

2002

Landschaftliche Brandkasse Hannover
Provinzial Lebensversicherung Hannover



Ein Teil der Landschaft

Wir sind eine Gruppe aus zwei Unternehmen. Die Brandkasse wurde schon 1750 im Kurfürstentum Hannover als „Brand-Assecurations-Sozietät“ gegründet. Die erste Anregung dazu gab, zwei Generationen zuvor, der hannoversche Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz. Die neue Initiative ergriff der evangelische Abt zu Loccum, Georg Ebell. Er war der Vorsitzende einer regionalen Selbstverwaltung im Fürstentum Calenberg-Grubenhagen, der so genannten „Landschaft“. Andere Landschaften im Kurfürstentum eiferten bald diesem Vorbild nach und gründeten eigene Versicherungen. Sie schlossen sich seit 1850 allmählich zusammen, und daraus entstand die „Landschaftliche Brandkasse Hannover“.

Getragen von den Landschaften, war die Brandkasse nie ein staatliches, aber auch kein privates Unternehmen. Sie ist unverändert seit ihrer Gründung selbstständig und heimatverbunden – in jedem Sinne ein Teil der Landschaft. Als eine Art Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit hat sie keinen Eigentümer und gibt ihre Überschüsse den Versicherten zurück.

Das andere Unternehmen unserer Gruppe, die Provinzial Lebensversicherung Hannover, wurde 1918 nach einem ostpreußischen Vorbild gegründet. Der Staat wollte durch diese öffentlichen Anstalten allen Bevölkerungskreisen eine günstige Lebensversicherung anbieten. Nach vier erfolgreichen Jahrzehnten hat sich die hannoversche Provinzial im Jahre 1957 mit der Brandkasse zusammengeschlossen zur VGH, der Versicherungsgruppe Hannover.

In starkem Verbund: Allen öffentlichen Versicherungen ist gemeinsam, dass sie nach Tradition und Satzung auf ihr heimisches Gebiet beschränkt sind. Das ist – anders, als man vermuten sollte – ein Vorteil, der die öffentlichen Versicherer in Niedersachsen zu Marktführern gemacht hat.

Seit 1989 sind wir dem niedersächsischen Sparkassenverband dadurch besonders verbunden, dass er und die Brandkasse je zur Hälfte am Trägerkapital der Provinzial beteiligt sind.

Diese enge Zusammenarbeit, die die Sparkassen und die öffentlichen Versicherer miteinander pflegen, ist auch politisch abgesichert worden – in einem Gesetz, das der Niedersächsische Landtag am 9. Dezember 1993 ohne Gegenstimme verabschiedet hat.

Dabei wurde auch die einzigartige Rolle der Landschaften bestätigt. Sie vertreten bei uns nach wie vor die Interessen der Versicherten. Und das soll auch so bleiben, denn unsere Versicherten sind damit gut gefahren – immerhin seit 1750.

Unternehmensergebnisse auf einen Blick


		2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996	1995	1994	1993
VGH											
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	1 531,2	1 511,3	1 462,8	1 436,2	1 367,0	1 347,1	1 335,4	1 307,1	1 258,1	1 150,4
Veränderung zum Vorjahr	%	1,3	3,3	1,9	5,1	1,5	0,9	2,2	3,9	9,4	8,7
Landschaftliche Brandkasse Hannover											
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	889,5	878,7	857,4	852,2	852,7	860,5	867,5	868,5	848,5	784,5
Veränderung zum Vorjahr	%	1,2	2,5	0,6	- 0,1	- 0,9	- 0,8	- 0,1	2,3	8,2	7,4
Aufwendungen für Versicherungsfälle in % der verdienten Bruttobeiträge	%	77,6	68,5	65,2	73,6	67,7	70,1	67,9	69,3	73,7	70,8
Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb in % der verdienten Bruttobeiträge	%	24,3	24,0	23,3	24,6	22,0	21,8	21,3	22,2	21,5	22,0
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	9,5	32,1	35,3	31,3	1,8	34,1	53,9	31,3	26,4	26,3
Kapitalanlagen	Mio. €	1 781,1	1 982,0	1 887,9	1 929,6	1 798,7	1 704,7	1 642,2	1 475,7	1 356,4	1 230,4
Eigenkapital	Mio. €	583,0	583,0	557,3	516,4	498,5	498,5	463,7	417,7	403,9	392,2
Versicherungstechnische Rückstellungen brutto	Mio. €	1 362,3	1 380,4	1 310,3	1 312,9	1 254,5	1 236,5	1 184,1	1 051,6	930,6	786,3
Provinzial Lebensversicherung Hannover											
Versicherungssumme selbst abgeschlossenes Geschäft	Mio. €	23 774,9	23 141,2	20 916,7	20 474,6	18 254,9	17 379,8	16 453,2	15 454,4	14 458,4	13 102,6
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	641,7	632,6	605,5	584,0	514,3	486,7	467,9	438,6	409,6	365,9
Veränderung zum Vorjahr	%	1,5	4,5	3,7	13,6	5,7	4,0	6,7	7,1	11,9	11,5
Ausgezahlte Leistungen an die Versicherungsnehmer	Mio. €	602,5	610,9	526,4	484,3	450,1	373,9	327,5	306,0	267,0	239,8
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	0,0	90,6	232,3	230,1	202,6	189,2	171,3	152,9	145,3	146,5
Direktgutschrift	Mio. €	77,1	74,6	71,6	68,3	65,3	61,6	57,5	53,5	49,1	47,3
Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb brutto in % der verdienten Bruttobeiträge	%	11,3	12,5	8,3	16,5	10,9	10,7	11,1	11,5	13,4	13,8
Kapitalanlagen	Mio. €	6 018,4	5 930,4	5 514,9	5 097,2	4 771,3	4 363,3	4 004,8	3 635,1	3 344,7	3 076,6







Berichte
über das
Geschäftsjahr

2002



Versicherungen

 Finanzgruppe

				
	Magazin			
	Elementarschadenversicherung	4		
	Vertrieb und Personal	14		
	Die VGH-Stiftung	22		
	Mitarbeiter-Jubiläen der VGH	24		
	Gremien			
	Organe der Landschaftlichen Brandkasse Hannover	28		
	Organe der Provinzial Lebensversicherung Hannover	33		
	Sparkassenbeirat der VGH	36		
	Landschaftliche Brandkasse Hannover			
	Lagebericht	39		
	Jahresabschluss			
	Jahresbilanz	48		
	Gewinn- und Verlustrechnung	50		
	Anhang	53		
	Bestätigungsvermerk	66		
	Bericht des Aufsichtsrats	67		
	Geschäftsentwicklung	68		
	Provinzial Lebensversicherung Hannover			
	Lagebericht	71		
	Jahresabschluss			
	Jahresbilanz	80		
	Gewinn- und Verlustrechnung	82		
	Anhang	84		
	Bestätigungsvermerk	107		
	Bericht des Aufsichtsrats	108		
	Geschäftsentwicklung	109		
	Die Gruppe öffentlicher Versicherer	110		

Wenn das Wasser bis zum Hals steht

Seit dem Elbehochwasser im Sommer 2002 haben Elementarschadenversicherungen Konjunktur. Das neue Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen (ZÜRS) leistet einen wertvollen Beitrag zur Abschätzung der Risiken.

In der zweiten Augustwoche 2002 geht der Wohlstand einer ganzen Region buchstäblich den Bach hinab. In Sachsen fallen Straßen, Brücken, ganze Industriege-

liarden Euro – eine Summe, mit der dieses Hochwasser als Jahrhundertflut Geschichte schreibt. Gerechnet nach der Zahl der Todesopfer und der Gesamthöhe



biete und eine Unzahl von Wohnhäusern einer Flutkatastrophe zum Opfer, die mit noch nie da gewesener Gewalt die Täler der Oberelbe und ihrer Nebenflüsse heimsucht. Sondersendungen im Fernsehen zeigen breite Schneisen der Verwüstung, überflutete Städte, gebrochene Deiche, treibende Fahrzeuge und Verzweifelte, die dort, wo einmal ihr Haus stand, nach Resten ihrer Habe suchen.

Nicht nur am deutschen Lauf der Elbe herrscht in diesen Tagen Notstand. Auch in Tschechien stehen die Menschen der Macht des Wassers hilflos gegenüber. Zur gleichen Zeit wälzt sich eine riesige Flutwelle die Donau hinab und richtet in Süddeutschland wie Österreich ebenfalls großen Schaden an. Am Ende bilanziert die Bundesregierung einen volkswirtschaftlichen Gesamtschaden von 9,8 Mil-

des Schadens ist sie mit großem Abstand die verheerendste aller Naturkatastrophen, die sich im Jahr 2002 weltweit ereignet haben.



Während der Flutkatastrophe im Sommer 2002 leisten Elbbauern mit ihren Traktoren Hand- und Spanndienste an der Hochwasser-Front.

Der Schaden wird allein in Sachsen auf sechs Milliarden Euro beziffert. Neben dem Verlust von Wohn- und Betriebsgebäuden schlagen vor allem die Schäden an den Verkehrswegen, der Wasser- und Energieversorgung, an Ackerland und Forsten sowie Einrichtungen der Telekommunikation zu Buche. Die Deutsche Bahn AG beklagt einen Teil- oder Totalverlust von 540 Kilometern Schienenstrecke und beziffert den ihr an Bahnanlagen insgesamt entstandenen Schaden auf rund eine Milliarde Euro.

sicherungen seit langem vertraut ist: Wie kann sich der Einzelne bei Naturkatastrophen vor solchen, bisweilen Existenz vernichtenden Verlusten an Sachwerten schützen? Darf die Gesellschaft das Problem den Betroffenen, den Hilfsorganisationen und spendenwilligen Bürgern überlassen? Oder muss der Staat Rahmenbedingungen schaffen, die das Schadensrisiko von vornherein mindern? Etwa durch die Herausnahme vom Hochwasser gefährdeter Gebiete aus den Bebauungsplänen, Auflagen zum baulichen



Verglichen mit Sachsen bleibt Niedersachsen von extremen Schäden verschont. Die Verluste an Gebäuden und Infrastruktur belaufen sich auf knapp 140 Millionen Euro.

Schätzungen zufolge machen jene Schäden der Flutkatastrophe, die von den Versicherungen zu tragen sind, etwa 20 Prozent des volkswirtschaftlichen Gesamtschadens aus, also knapp zwei Milliarden Euro. Allein für die Allianz betrug der Brutto-Schaden (vor Rückversicherung) einer Erhebung des Unternehmens zufolge 580 Millionen Euro. Die VGH dagegen kam glimpflich davon: Den einzigen Schaden, der ihr durch das Elbehochwasser entstand, verbuchte sie mit 32 000 Euro.

Die Flutkatastrophe hat in der Öffentlichkeit eine Frage aufgeworfen, die den Ver-

Hochwasserschutz oder auch die Schärfung des Gefahrenbewusstseins in der Bevölkerung.

Bei Sturm und Hochwasser rückt die Feuerwehr am häufigsten aus

Überschwemmungsrisiken werden oft unterschätzt, obwohl die Erfahrung lehrt, dass auch vermeintlich sichere Gebiete weitab von Fließgewässern überflutet werden können – zum Beispiel durch extreme Niederschläge in Verbindung mit der zunehmenden Bodenversiegelung oder überforderten Kanalisationssystemen. So bilden Überschwemmungen zusammen mit Sturmereignissen in Deutschland mittlerweile den Grund für die meisten Feuerwehreinsätze.



**Menschenkette an der Elbe:
Beim Verteilen der Sandsäcke am Deich
legen Hunderte von Helfern Hand an
(linke Seite).**

**Das malerische Städtchen Hitzacker
liegt nicht mehr an, sondern in der Elbe.
Das Hochwasser flutet auch die VGH-
Vertretung (rechte Seite).**

Große materielle Schäden infolge von Hochwasser, die der Einzelne nicht zu tragen vermag, können auf zweierlei Weise finanziert werden: Im Nachhinein (*ex post*)

dargemeinschaften effizient zu organisieren, ist die VGH ein zuverlässiger Partner für potenzielle Betroffene von Naturkatastrophen. Die Elementarschadenversi-

Hilfe aus der Luft: Ohne den Einsatz der Bundeswehr und ihrer Transporthelikopter wären die Elbdeiche nicht zu halten gewesen.



durch Kreditaufnahmen, staatliche Zuwendungen und private Spenden, oder vorher (*ex ante*) durch gemeinschaftliche Rücklagenbildung, in der Regel durch Solidargemeinschaften. Dabei gilt das Prinzip, die langfristig zu erwartende Schadenlast zeitlich und räumlich so zu verteilen, dass der Einzelne pro Zeiteinheit nur gering belastet wird, die gebildeten Rücklagen aber trotzdem selbst extreme Schadenausmaße decken können. Die Vorteile einer *ex ante*-Lösung liegen so offenkundig auf der Hand, dass der Staat angesichts der immensen Schäden, die das Elbehochwasser hervorrief, sogar eine Versicherungspflicht für Überschwemmungen diskutiert.

Versicherungen haben Erfahrung im Umgang mit Naturkatastrophen

Die *ex ante*-Lösung der VGH und anderer Versicherungen heißt „Elementarschadenversicherung“. Mit ihrer in Jahrhunderten erworbenen Kompetenz, Risiken zuverlässig abzuschätzen und große Soli-

cherung der VGH schützt vor den Folgen von Naturgewalten wie Überschwemmung, Erdbeben, Erdbeben, Erdbeben, Schneedruck oder Lawinen. Sie wird als Zusatz zur Gebäude- oder Hausratversicherung angeboten.

Lange galten Überschwemmungen als nicht versicherbares Risiko

Versicherungsschutz gegen Hochwasserfolgen ist hier zu Lande noch relativ jung. Als das Sturmtief „Xylia“ im Herbst 1998 in vielen Teilen Niedersachsens verheerende Sturm- und Überschwemmungsschäden anrichtete, wurden die Sturmschäden problemlos durch die Versicherer reguliert, aber im Fall von Überschwemmungen standen viele Betroffene ohne Versicherungsschutz da. Der Mangel lag darin begründet, dass Überschwemmungen vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen bis 1991 als „nicht versicherbares Risiko“ bewertet wurden. Und auch, als das Amt eine Genehmigung für eine Überschwemmungs-

versicherung als Teil der Elementarschadenversicherung erteilt hatte, übten die Versicherungsunternehmen angesichts des extremen Risikopotenzials zunächst große Zurückhaltung.

Versicherungen beruhen auf dem Prinzip des Risikoausgleichs

Das Problem lag nicht allein in der unbekanntenen Größenordnung eines Überschwemmungsereignisses, sondern insbesondere in der ungleich verteilten Risikostreuung. Es leuchtet ein, dass jemand, der in Ufernähe eines Flusses wohnt, grundsätzlich von Überflutungsgefahr bedroht ist und sich dagegen versichern möchte. Ein anderer, der auf ei-

zonen gibt es keinen Risikoausgleich, außerhalb davon keine Prämie.“

Aus diesem Grund wurde 1998 im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich gemeinsam mit einem Vertreter der „Länderarbeitsgemeinschaft Wasser“ (LAWA) dieses Problems annahm. In dreijähriger Arbeit gelang es der maßgeblich von der VGH initiierten Arbeitsgruppe, ein „Zonierungssystem für Überschwemmung, Rückstau und Starkregen“ (ZÜRS) zu erstellen, mit dem sich das Überschwemmungsrisiko praktisch für jede Adresse in Deutschland bestimmen lässt – differenziert nach drei Gefährdungsklassen, versicherungsspezifisch „Zonen“ genannt:



Land unter: Selbst wenn die Bausubstanz gefluteter Häuser unverletzt bleibt, geht der Schaden in die Zigtausende.

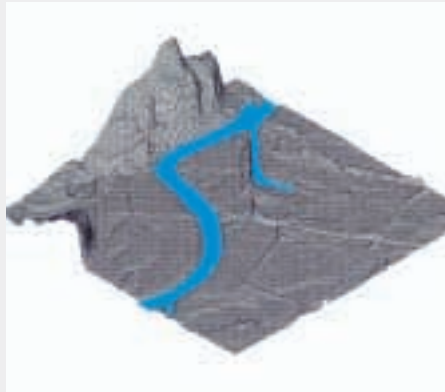
nem Berg wohnt, sieht diese Notwendigkeit nicht. Eine Versicherung beruht auf dem Prinzip des zeitlichen und räumlichen Risikoausgleichs in einem möglichst großen Kollektiv vieler gleich gefährdeter Einzelrisiken – einer so genannten „Kumulzone“. Es existierte aber keine objektive Methode, um diese Kumulzonen abzubilden und in ihnen eine am Risiko orientierte Versicherungsprämie zu berechnen. Damit bestand die Gefahr der Antiselektion, die einmal treffend mit den Worten beschrieben wurde: „Innerhalb der Kumul-

Zone 1: Regionen, die seltener als einmal in 50 Jahren überschwemmt werden;

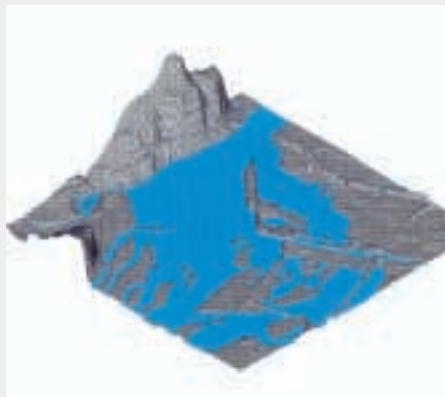
Zone 2: Regionen, die seltener als einmal in zehn Jahren, aber durchschnittlich einmal in 50 Jahren überschwemmt werden;

Zone 3: Regionen, die im Mittel einmal in zehn Jahren überschwemmt werden; Sachwerte in dieser Zone sind nicht gegen Überschwemmung versicherbar, es sei denn, das Risiko wird durch bestimmte Schutzmaßnahmen gemindert.

Simulation eines Überschwemmungsereignisses im Computermodell: Bei normalem Wasserstand fließt der Fluss in seinem Bett, ...



... bei Hochwasser beansprucht der Abfluss einen größeren Teil des Talprofils.



Basis dieses Systems ist ein deutschlandweites digitales Geländehöhenmodell mit einem dazu passenden Gewässernetz, in dem bestimmte Überschwemmungsereignisse simuliert werden können. Das Modell umfasst sämtliche Flüsse Deutschlands der ersten und zweiten Ordnung einschließlich aller Zuflüsse – insgesamt 41 000 Flusskilometer bezogen auf eine Einzugsfläche von 356 000 Quadratkilometern.

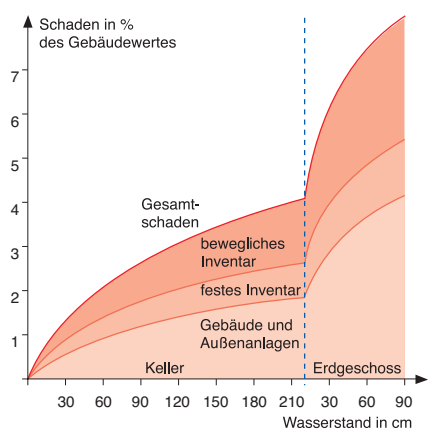
Hochwasser-Simulationen müssen mehrere Faktoren berücksichtigen

Der Wasserstand eines Hochwassers ist im Wesentlichen bestimmt durch die Wassermenge – den so genannten Hochwasserabfluss – und durch das Talprofil, das diese Wassermenge aufnimmt. Für die Simulation wurden zunächst die Pegel­daten bekannter Hochwasserserien zusammengestellt und einer statistischen Wahrscheinlichkeitsanalyse unterzogen. Die Berechnung ergab die Hochwasserabflüsse der gewählten 10er- und 50er-

Jährlichkeiten an den bekannten Pegel­orten. Im zweiten Schritt wurden diese Daten auf das beschriebene Flussnetz übertragen und eine Berechnungsformel aufgestellt, die es erlaubt, den Hochwasserabfluss an jeder beliebigen Stelle des Gewässers zu bestimmen. Diese hydrologischen Zwischenergebnisse wurden dann auf das Geländemodell übertragen und mit dem jeweiligen Talprofil verschnitten. Das Ergebnis war eine dreidimensionale Geländedarstellung mit den wahrscheinlichen Überschwemmungsflächen

Die Zeichen stehen auf Sturm

Ob Hochwasser, Erdbeben, Orkan – auch in Deutschland nimmt die Zahl der Naturkatastrophen bedrohlich zu. Selbst Gebiete, die bisher als kaum gefährdet galten, werden vermehrt von solchen Ereignissen heimgesucht. Ursache dafür ist zum einen die Erwärmung der Erdatmosphäre, die eine erhöhte Wahrscheinlichkeit von Stürmen und starken Niederschlägen mit sich bringt. Zum anderen tragen aber auch großflächige Überbauungen des Erdbodens dazu bei, dass Wasser bei starken Regenfällen nicht mehr versickern kann. Wenn dann noch das Fassungsvermögen der Kanalisation überschritten wird, steht vielen Menschen das Wasser schnell buchstäblich bis zum Hals.

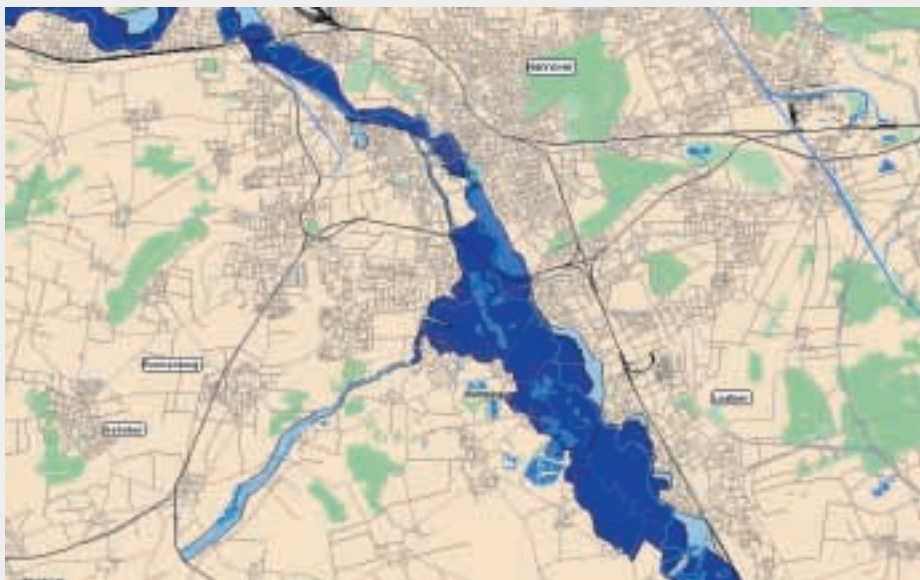


Ab dem Erdgeschoss wird's teuer: Die Kosten einer Gebäudeüberschwemmung richten sich danach, wie hoch die Flut steigt.

eines 10- beziehungsweise 50-jährigen Hochwasserereignisses, in die allerdings noch die Wirkung von Deichen, Ufermauern und ähnlichen Schutzbauwerken einfließen musste.

Schließlich wurde dieses Modell mit den digitalen Geodaten der Siedlungsflächen, des Straßennetzes und der darin hinterlegten Hausnummersystematik verschnitten. Hiermit ist es in Kombination mit einer eigens entwickelten Software möglich, zu einer gegebenen Anschrift,

nicht versicherbares Risiko eingestuft. Auch auf die Regionalisierung der Überschwemmungsgefährdung durch Starkregen beziehungsweise den dadurch verursachten Rückstau in der Abwasserkanalisation haben die Entwickler von ZÜRS verzichtet – wenn auch aus anderen Gründen. Bereits erste Untersuchungen ergaben, dass es in Deutschland zwar unterschiedlich stark und häufig regnet, sich aber andererseits Besiedlung und Bebauung, besonders hinsichtlich der Dimensionierung der Kanalisation,



Die Leineauen südlich von Hannover und ihre Hochwassergefährdung nach ZÜRS:

hellblau: Zone 2
mittelblau: Gewässer
dunkelblau: Zone 3

bestehend aus Postleitzahl, Ort, Ortsteil, Straße und Hausnummer, das Überschwemmungsrisiko mit hinreichender Genauigkeit zuzuordnen.

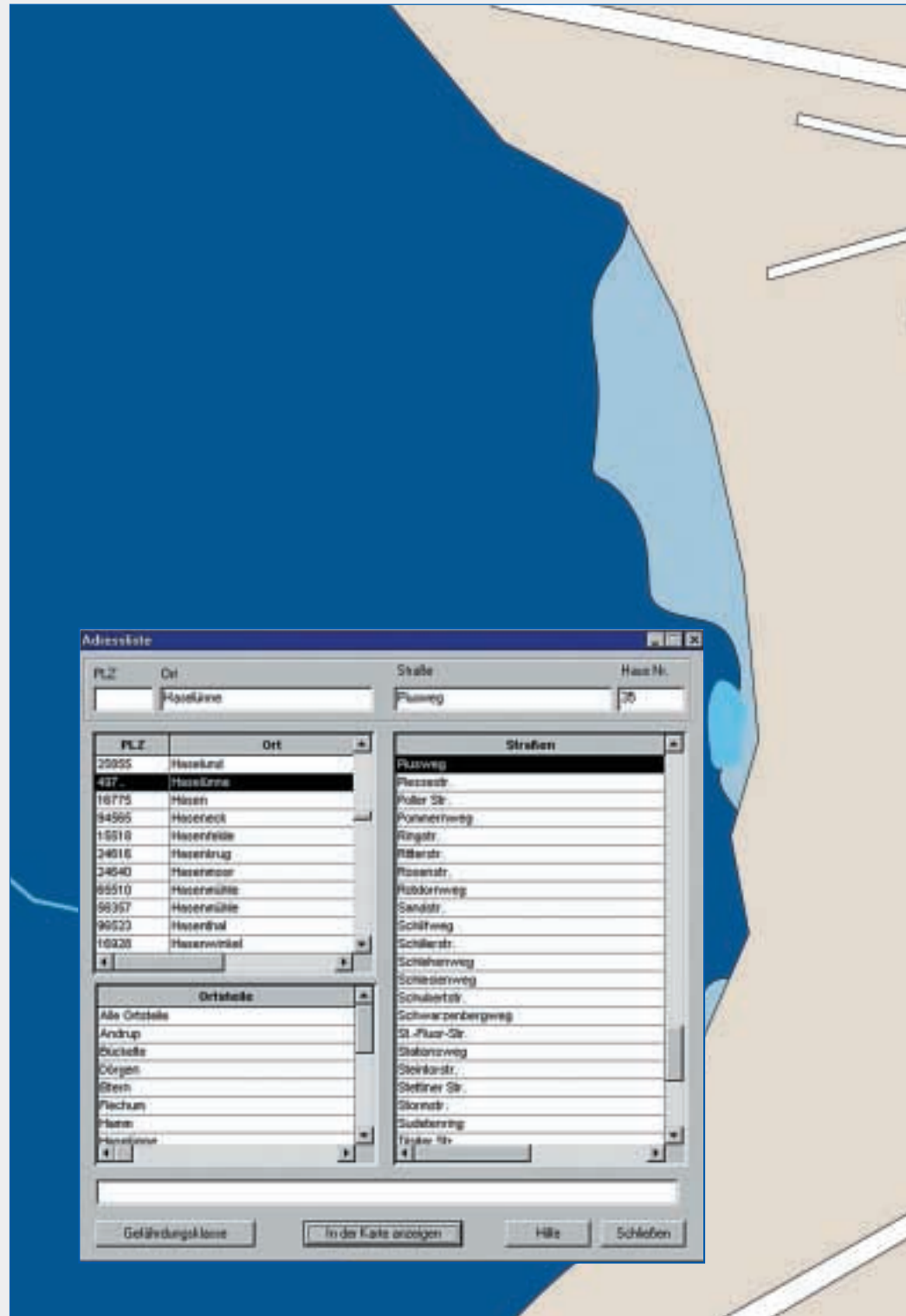
Sturmflutschäden sind nicht versicherbar

Obgleich ursprünglich beabsichtigt, gibt ZÜRS keine Auskunft über die regionalen Gefährdungsrisiken von Sturmflutereignissen. Zu diesem Zweck durchgeführte Schadensimulationen in den einzelnen Deichverbänden ergaben derart hohe Schadensummen allein für private Gebäudeeigentümer, dass für den einzelnen Versicherungsnehmer unvertretbar hohe Versicherungsprämien resultiert hätten. Deshalb wurde das Sturmflutrisiko als

diesen Witterungsverhältnissen angepasst haben. Insofern ist das Überschwemmungsrisiko durch Starkregen und Rückstau in Deutschland räumlich gleich verteilt und bedarf deshalb keiner Regionalisierung.

Für Niedersachsen liefert ZÜRS die Information, dass gut 94 Prozent aller Gebäude gegen Flusshochwasserschäden versichert werden können und das Starkregenrisiko flächendeckend versicherbar ist. Dabei legen die Entwickler des Modells Wert auf die Feststellung, dass ZÜRS keine „amtlichen“ Hochwassergebiete markiert, sondern lediglich der Versicherungswirtschaft eine – mit Hilfe der Wasserwirtschaftsbehörden zu Stande gekommene – Einschätzung der Hochwassergefahr liefert. Dabei kann es

Auf die Hausnummer genau liefert ZÜRS präzise Auskünfte zum Überschwemmungsrisiko bestimmter Adressen – beispielsweise in der Stadt Haselünne im Emsland. Gelegen am Ufer der Hase und umgeben von tiefliegenden Marschen sind Teile des Ortes per se vom Hochwasser gefährdet, wenn die Gewässer durch starke Niederschläge anschwellen. Per Klick auf eine bestimmte Straße in der Adressliste kann der dazu gehörende Kartenausschnitt mit dem Farbcode der Risikozonen aufgerufen werden – im dargestellten Fall der Piusweg in Haselünne. Das Beispiel zeigt, dass besonders die direkt an der Hase gelegenen Häuser hochgradig durch Überschwemmung gefährdet sind. Die Grenze zwischen den Risikozonen 2 und 3 verläuft zwischen Nachbarhäusern: Während das Haus mit der Nummer 33 noch versichert werden kann, liegt Nr. 35 im dunkelblauen Bereich der Zone 3. Gebäude in dieser Zone gelten als nicht versicherbar, sofern die Eigentümer nicht besondere Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser treffen.





durchaus vorkommen, dass einzelne in den Kumulzonen gelegene Risiken aufgrund einer besonderen Situation oder bestimmter Auflagen (etwa baulicher Hochwasserschutz) deutlich weniger gefährdet und daher versicherbar sind. Auf diese Weise kann ein Instrument wie ZÜRS staatlichen Institutionen wertvolle Hinweise liefern, etwa über die Wirkung lokaler Hochwasserschutzmaßnahmen, für den Erlass baulicher Auflagen oder die Ausweisung von Baugebieten.

Für die Versicherungswirtschaft leistet ZÜRS einen wertvollen Beitrag bei der Abschätzung aller mit der Hochwassergefahr einhergehenden Versicherungsrisiken, der Berechnung der langfristig mittleren Schadenlast und der daraus resultierenden Prämienabstufung.

Eine am Risiko orientierte Prämienstaffel, Selbstbehalte und Auflagen schaffen Reize zur Risikovermeidung. Zusammen mit staatlichen Maßnahmen zum Hochwasserschutz führt dies langfristig zu einer allgemeinen Verringerung der Überschwemmungsgefahr und damit auch zu einer Homogenisierung der Risikokollektive.



Am Dienstag kam die Welle

Interview mit Martin Aude, Regionaldirektor der VGH in Lüneburg

Herr Aude, wie haben Sie das Elbehochwasser erlebt?

Zunächst einmal in banger Erwartung, denn wir hatten ja eine schlimme Ahnung von dem, was auf uns zukommen könnte.

Sie meinen, vom Oberlauf der Elbe?

Ganz richtig. Es war, glaube ich, schon in der ersten Augustwoche, als außergewöhnlich heftige Regenfälle die Elbe in Tschechien über die Ufer treten ließen. Von da an war uns bewusst, dass die Flutwelle in nicht allzu ferner Zukunft auch uns erreichen würde. Unklar war nur, wie stark, und das hat uns beunruhigt.

Haben Sie die Ereignisse seinerzeit im Fernsehen verfolgt?

Das kam ja noch hinzu. Als immer mehr Schreckensberichte von den verheerenden Verwüstungen in Sachsen gezeigt wurden, bekamen es die Menschen entlang der Unterelbe richtig mit der Angst zu tun.

War denn auch das Gebäude der Regionaldirektion vom Hochwasser bedroht?

Nein. Aber unsere Hauptvertretungen liegen dicht an der Elbe, wie Perlen an einer Schnur. Es war schon eine gespenstische Situation: Herrlicher Sonnenschein, kein Tropfen Regen fällt, doch das Wasser steigt und steigt.

Konnten Sie sich auf den Ernstfall vorbereiten?

Wir haben natürlich die Nachrichten verfolgt – wie alle. Wo man auch hinkam – überall wurden dieselben Fragen besprochen: Wie hoch wird der Scheitelpunkt der Welle ausfallen, wenn Polder geflutet werden? Wie hoch, wenn nicht? Dabei war die Gefahr noch 300 Kilometer weit weg.

Was passierte in den Vertretungen?

Ab Mitte der zweiten Augustwoche standen die Menschen dort Schlange, oft bis zum späten Abend. In den Landkreisen an der Elbe ist mindestens jedes dritte Haus bei der VGH feuerversichert. Und jetzt wurden unsere Vertreter von Anfragen nach einer Elementarschadenversicherung förmlich überrannt. Je höher das Wasser stieg, desto größer wurde die Angst.

Und was konnten Sie Ihren Kunden sagen?

Unsere eigenen Kunden haben wir natürlich sofort versichert und ihnen für die vor der Tür stehende Überschwemmungskatastrophe eine Leistungszusage gemacht. Unsere Fachabteilung hatte die Risiken kalkuliert und für vertretbar gehalten. Die Fremdversicherten haben wir dagegen zu ihren Hausversicherungen geschickt. Aber dann stellten die ersten Mitbewerber die Zeichnung von Elementarschadenversicherungen ein. Und die Leute kamen zurück.

Wieso hat die VGH gezeichnet, wenn andere Versicherungen Bedenken hatten?

Wir haben uns konsequent an das von uns mitentwickelte System „ZÜRS“ gehalten. Die Altstadt von Hitzacker beispielsweise liegt in der hoch gefährdeten Zone 3. Dort haben wir natürlich nicht gezeichnet. Und das hat sich als richtig erwiesen. Zum Vergleich: In Dresden sind viele Versicherungsschäden an Gebäuden entstanden, die ebenfalls in der hoch gefährdeten Zone 3 liegen, denen aber vor Jahren dennoch Versicherungsschutz gewährt wurde. Das halten wir bei wirklichen Großschäden für nicht finanzierbar. Auf der anderen Seite sind Schadeneintritte in den günstigeren Zonen versicherungstechnisch zu bewältigen. Hieran haben wir uns gehalten.

Und wie ging es weiter?

Wenn die bisherigen Versicherer bereit waren, ihre Kunden aus den Gebäude- oder Hausratversicherungen zu entlassen, konnten wir den Leuten helfen. Denn die Elementarschadenversicherung gibt es bei uns nur als Zusatz zur Gebäude- oder zur Gebundenen Hausratversicherung. Die Menschen waren natürlich unglaublich erleichtert – kein Wunder in der Situation. Die Flutwelle stand ja schon in Sachsen-Anhalt.

Wann wurde es ernst?

Am Sonntag, dem 18. August kam der Katastrophenalarm. Diverse Mitarbeiter,

die Mitglied bei der Freiwilligen Feuerwehr oder beim Technischen Hilfswerk sind, hatten sich schon vorher auf unbestimmte Zeit abgemeldet. Am Dienstag kam dann die Welle. Eine Mitarbeiterin aus Amt Neuhaus benachrichtigte uns telefonisch, sie könne nicht mehr zur Arbeit kommen, weil sie evakuiert werde. Einer unserer EDV-Anwendungsberater wurde zur Vertretung in Artlenburg gerufen, um die Technik zu demontieren und in Sicherheit zu bringen. Am Mittwoch lag Hitzacker nicht mehr an, sondern in der Elbe – einschließlich unserer dortigen Hauptvertretung mit zugemauertem Eingang.

Gab es viele Schäden zu verzeichnen?

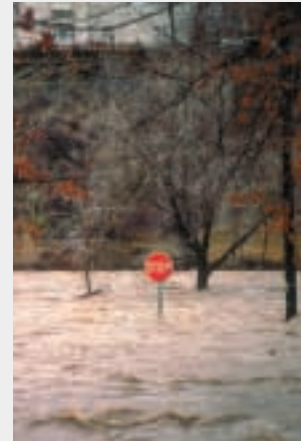
Zum Glück fiel die Flutwelle niedriger aus, als es zunächst aussah. Und die Deiche hielten – vor allem durch den ungeheuren Einsatz der vielen Helfer.

Welche Bilanz haben Sie nach den aufregenden Wochen gezogen?

Eine ganz klare Erfolgsbilanz. Innerhalb weniger Tage mussten wir rund 3.700 Elementarschadenversicherungen aufnehmen. Das war ein ungeheurer Kraftakt. Abgesehen davon waren in jenen Tagen offenbar alle Schutzengel unserer Region in Topform.

Wie viele Schäden musste die VGH denn regulieren?

Kurioserweise nur einen einzigen in Höhe von 32.000 Euro. Dem gegenüber aber steht ein ganz außerordentlicher Imagegewinn, den die VGH mit ihrer Zeichnungspolitik erzielt hat. Wir haben den Menschen beigestanden, als sie in großer Sorge waren – das werden sie uns so schnell nicht vergessen.



Kundennähe ist das wichtigste Prinzip der VGH

Viele große Wirtschaftsunternehmen legen Wert auf ein Image als „Global Player“. Für die VGH ist seit jeher die regionale Verankerung der Schlüssel zum Erfolg. Alle Maßnahmen der Personalentwicklung sind darauf ausgerichtet, den Vertrieb so kundennah wie möglich zu organisieren.

Provinziell im besten Sinne des Begriffs – diese schlichte Formel beschreibt bei der VGH noch am ehesten den weit gespannten Bogen zwischen Tradition und aktueller Geschäftspolitik. Denn auch wenn sich das Unternehmen durch konsequente Modernisierung seiner Organisationsstruktur den Herausforderungen des

Mitarbeitern, die bis in die kleinste dörfliche Einheit Niedersachsens hinein verwurzelt sind. Und auch die zeitliche Kontinuität ist ein Beleg für die Bodenständigkeit der VGH: Der Nachwuchs im Außendienst stammt überwiegend aus den Familien der Vertreter – in einem Fall schon in der vierten Generation.



Das Team vom „Projekt Teamorganisation“ (von links): Martin Ziehm, Karsten Paul, Manuela Ender, Ilona Pfaff, Frank Gerdes-Röben, Thorsten Graumann, Claudia Kuhn, Holger Baumert

Marktes anpasst: Das Ziel, ganz dicht am Kunden zu sein, hat sich in 250 Jahren nicht verändert.

Der Kunde als Nachbar – diesem Prinzip folgend unterhält die VGH fast 700 hauptberufliche Vertretungen mit über 1 400

Insgesamt arbeiten mehr als 4 000 Menschen für die Kunden der VGH im niedersächsischen Geschäftsgebiet, die vielen Sparkassenmitarbeiter gar nicht gerechnet. Rund ein Viertel der Mitarbeiter ist in der Direktion am Standort Hannover tätig, weitere 800 in den Regionaldirektionen an

12 niedersächsischen Standorten und in Bremen. Über 1700 Mitarbeiter arbeiten „in der Fläche“, mit Auge und Ohr am Kunden, seinen Bedürfnissen und Problemen.

Auf diese Weise können die Kunden die meisten ihrer Fragen direkt mit den Vertretern vor Ort klären – in gewohnter Umgebung und vertrauter Gesprächsatmosphäre. Für die Klärung spezieller Fragen – etwa bei komplexen Schäden – sitzt der entsprechende Ansprechpartner selten mehr als 50 Kilometer entfernt in der Regionaldirektion. Auch dieser Mitarbeiter kennt die Region, ihre Menschen und natürlich den hauptberuflichen Vertreter vor Ort.

Fachschulungen enthalten zunehmend verkäuferische Elemente

Der absolute Vorrang von Regionalität und Kundennähe findet seinen Widerhall auch in der Organisationsstruktur der VGH. Die Vernetzung von Innen- und Außendienst nimmt durch die von den Regionaldirektionen wahrgenommenen Serviceleistungen und verkaufsfördernden Tätigkeiten immer mehr zu. So werden schon seit längerem bisherige Sachbearbeiter zu Beratern ausgebildet, die den Vertretungen unterstützend zurarbeiten. Dem entsprechend enthalten Fachschulungen zunehmend verkäuferische Elemente. Und keiner der Auszubildenden bei der VGH lernt den Beruf des Versicherungskaufmanns ohne den zumindest zeitweisen Einsatz in einer Vertretung, wo er oder sie das direkte Kundengespräch erleben und erlernen kann.

Als Marktführer in Niedersachsen reagiert die VGH dynamisch auf die Anforderungen des Marktes und zu erwartende Entwicklungen. Damit die daraus resultierenden Veränderungen in den Abläufen, den Abteilungen und den Schnittstellen zwischen den Bereichen besser bewältigt werden, rückt die Geschäftsprozessoptimierung in den Vordergrund. Das Ziel sind effiziente und kostengünstige Abläufe – vom Kunden bis zur Direktion. Unterstützend bietet das Personal- und Sozial-

wesen eine Organisationsberatung an. Mit der „Organisationsdiagnose“ können Stärken und Schwächen innerhalb einer



VGH-Mitarbeiter diskutieren Zukunftsfragen auf einem Workshop.

Abteilung mit geringem Aufwand an Zeit und Ressourcen festgestellt werden. Aus Interviews werden Vorschläge für Maßnahmen und Prioritäten abgeleitet. Die Geschäftsprozessoptimierung zielt auf komplexe Arbeitsprozesse ab.

Teamorganisation schafft schlankere Strukturen

Die Teamorganisation der VGH wurde im September 1997 eingeführt. Hintergrund für diese Umstrukturierungsmaßnahme der Regionaldirektionen war eine stärkere Technisierung – unter anderem durch die Einführung von iVAS – und die Erkenntnis, den Bedürfnissen des Kunden stärker gerecht werden zu müssen. Die Teamorganisation soll unsere Vertriebsseinheiten optimal unterstützen, Kommunikations- wie Entscheidungswege verkürzen und die Effizienz steigern. Um diesen Prozess in den Regionaldirektionen zu unterstützen und Hindernisse abzubauen, wurde 2001

Vertrieb und Personal

das „Projekt Teamorganisation“ (PTO) mit acht teilweise freigestellten Mitarbeitern aufgesetzt.

Auch auf der Mitarbeiterenebene wurde die stärkere Vertriebsorientierung und der Zuwachs an Eigenverantwortung und Ent-

Kennzahlen	VGH	VGH	Veränderung in %	Branche	Veränderung z. Vorjahr in %
	2002	2001		2001	
Mitarbeiter-Kapazität (ist)	1 744,5	1 744,2	0,0	245.400	2,2
davon Direktion	1 049,5	1 056,1	-0,6		
davon Regionaldirektionen	695,0	688,1	1,0		
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit (Jahre)	14,1	14,0	0,7	13,9	6,9
Durchschnittsalter (Jahre)	40,2	40,0	0,5	40,5	3,1
Fluktuationsquote (Prozent)	4,5	4,4	2,3	8,9	-0,4

Ausgewählte Personal-Kennzahlen im Branchenvergleich: Die geringe Fluktuationsquote belegt die hohe Zufriedenheit der VGH-Mitarbeiter.

Zusätzlich kam in jeder Regionaldirektion ein eigens ausgebildeter Prozessbegleiter zum Einsatz, wodurch die Erweiterung der Teamorganisation auf die Bereiche „Krafftahrt“, „Schaden“ und „Zentrale Aufgaben“ deutlich reibungsloser ablief. So konnten binnen kurzem die Vollmachten erhöht, die Qualifikation der Mitarbeiter gefördert, die Eigenverantwortlichkeit gestärkt und die Teams zu weit gehender Selbstständigkeit angeleitet werden.

Wie beurteilt die VGH-Belegschaft die Teamorganisation?

Im Jahr 2002 hat PTO eine anonyme Befragung per Fragebogen organisiert. Mit der Auswertung wurde ein externes Marketing-Forschungsinstitut beauftragt, das hannoversche Unternehmen „Inviso“. Die Rücklaufquote der Fragebögen lag bei 70 Prozent – laut Inviso eine außergewöhnlich gute Beteiligung. Das Gesamtergebnis bestätigte die Qualität der neuen Organisationsstrukturen. Besonders die befragten Führungskräfte identifizieren sich sehr stark mit der neuen Arbeitsform.

scheidungsspielraum anerkannt. Kritisch sahen die Betroffenen dagegen die Zunahme der Arbeitsbelastung durch Technikprobleme und neue Aufgabengebiete. Dennoch verteilten die Mitarbeiter Bestnoten bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Unternehmen (siehe Abbildung gegenüber).

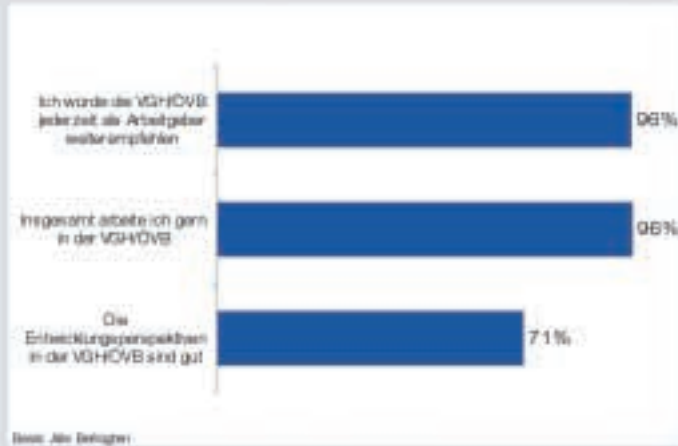
Dieses Ergebnis bestätigt einen langjährigen, unternehmensweiten Trend, der sich in den Kennzahlen „Fluktuationsquote“ und „Krankheitsquote“ widerspiegelt. Die Fluktuationsquote liegt bei der VGH traditionell weit unter dem Branchendurchschnitt (siehe Tabelle) und auch die Krankheitsquote bewegt sich auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Individuelle Verträge – an den Bedürfnissen der Mitarbeiter orientiert

Eine hohe Akzeptanz als Arbeitgeber – mit diesem Image sieht sich die VGH für ihre langjährigen Bemühungen um Vertrags- und Arbeitsbedingungen belohnt, die sich an den individuellen Bedürfnissen

Loyalität der Mitarbeiter zum Arbeitgeber

(Frage 27) – Topbox 2 *trifft voll und ganz zu / trifft zu* - Anteil der Nennungen



Quelle: Alle Befragten



Die VGH wird als Arbeitgeber gut beurteilt: ein Teilergebnis der anonymen Mitarbeiterbefragung in den Regionaldirektionen.

und Möglichkeiten der einzelnen Mitarbeiter orientieren. So hält das Unternehmen über 50 verschiedene Arbeitszeitmodelle vor und bietet attraktive Möglichkeiten für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Daher gibt es eine große Be-

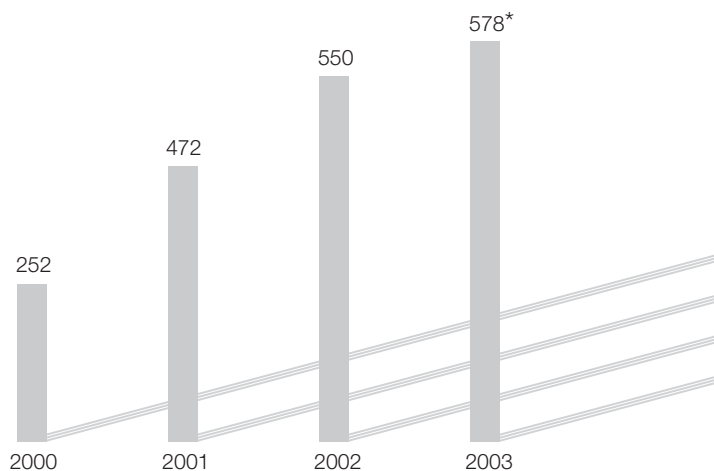
reitschaft bei den älteren Mitarbeitern, ihre Position für die jüngere Generation freizumachen.

In den letzten Jahren hat die VGH neue Aufgaben und Funktionen für 200 Mitar-

Seminare zum Thema „verkäuferische Qualifizierung“

■ Teilnehmer

* Anmeldungen Stand 1.3.2003



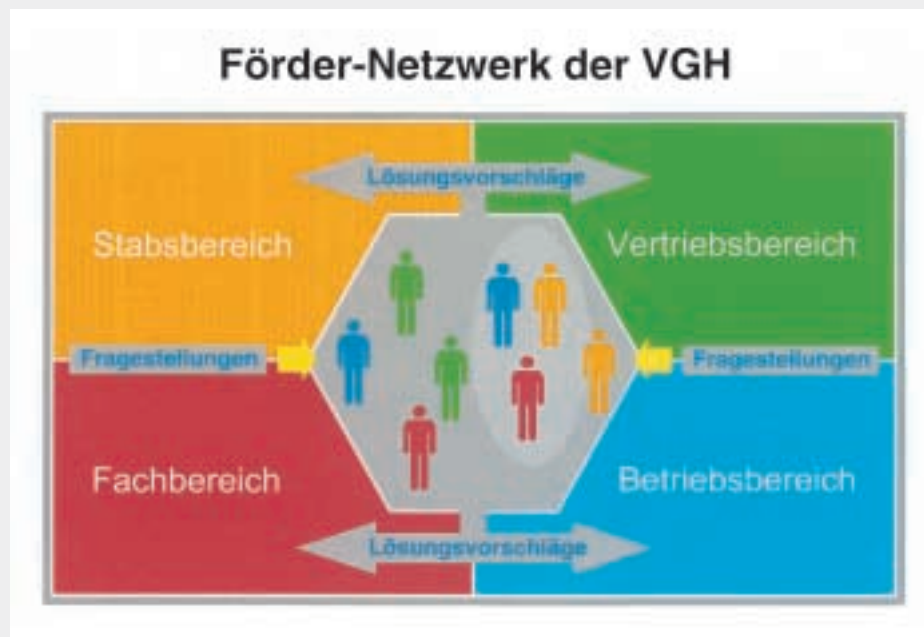
In der Personalentwicklung belegt die verkäuferische Qualifizierung der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert.

beiter geschaffen. Trotz konstanter Personenzahl konnten seit 1995 pro Jahr durchschnittlich 86 neue Mitarbeiter eingestellt werden – einschließlich der übernommenen Auszubildenden. Die Ausbildungszahlen wurden 2002 gegenüber den Vorjahren weiter gesteigert. Im Jahr

Vorjahr um 30 Prozent und 2002 nochmals um 22 Prozent erhöht. Im Jahr 2003 soll das Niveau gehalten werden.

Als besonders erfolgreich haben sich die Seminare für den Vertrieb herausgestellt. Sie weisen bei der Teilnehmerzahl zwei-

Die Teilnehmer des Fördernetzwerks bearbeiten im Team bereichsübergreifende Fragestellungen und sammeln Erfahrung mit Führungssituationen.



2002 wurden 84 neue Ausbildungsverträge geschlossen, sodass ab Herbst insgesamt 217 junge Leute in der Ausbildung zum Versicherungskaufmann oder zur Versicherungskauffrau standen. In Kooperation mit der „Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH“ (ivv) bildet die VGH erstmals vier Personen zum Wirtschaftsinformatiker aus.

Darüber hinaus sorgt die VGH mit einer Qualifikationsoffensive unter den Mitarbeitern für eine optimale Nachwuchsbildung für den Innen- und Außendienst. So wurden 2002 insgesamt 288 Seminare und Trainings für rund 3 100 Teilnehmer veranstaltet. Über 100 Mitarbeiter der Vertretungen befinden sich zurzeit in einer beruflichen Fortbildung, davon werden 40 zum Versicherungsfachwirt, -fachmann, -kaufmann oder -betriebswirt ausgebildet. Die Kosten für Qualifizierungsmaßnahmen wurden 2001 gegenüber dem

stellige Steigerungsraten auf. Im Jahr 2002 nutzten 550 Mitarbeiter die Angebote, die sich vor allem der verkäuferischen Qualifikation widmen und Produktkenntnisse vermitteln, aber auch Themen wie „Umgangsformen“ oder „Farb-, Stil- und Imageberatung“ bedienen.

Das Mitarbeitergespräch bietet als zentrales Instrument alle zwei Jahre die Möglichkeit, einzelne Personen individuell in ihrer Entwicklung zu fördern und zu beraten. Für die Förderung potenzieller Führungskräfte und die Nachfolgeplanung ist die Potenzialanalyse das zentrale Verfahren. Sie ermöglicht eine detaillierte Rückmeldung bezüglich der persönlichen Anforderungen, die für die erfolgreiche Wahrnehmung von Führungsaufgaben bei der VGH wesentlich sind. Auf diese Weise konnte die VGH in den letzten Jahren einen Großteil ihres Führungskräftebedarfs intern entwickeln: auf der Ebene

der Vorstände, Direktoren und Geschäftsführer 80 Prozent, bei Abteilungsleitern und Organisationsleitern sogar über 90 Prozent.

Das „Fördernetzwerk“ dient der Vorbereitung künftiger Führungskräfte

Im Jahr 2001 wurde der Entwicklung des Führungskräftenachwuchses ein weiterer Baustein hinzugefügt – das Fördernetzwerk. Als Ergänzung zur Potenzialanalyse, die auf die Entwicklung persönlicher Führungseigenschaften abzielt, soll das Fördernetzwerk auf die Wahrnehmung künftiger Führungsaufgaben vorbereiten und den Mitgliedern Gelegenheit geben,

Die Pilotphase mit den ersten sieben Teilnehmern wurde im Herbst 2002 beendet. Zu den Schwierigkeiten, mit denen die Gruppe während der Pilotphase zu kämpfen hatte, stellten Teilnehmer wie Betreuer übereinstimmend fest, dass sie durchaus ein gutes Training für künftige Führungsaufgaben darstellen.

Auf allen Ebenen ist die Personalentwicklung auf das eine Ziel hin ausgerichtet, die Vertriebsleistung zu verbessern. Dafür ist eine enge, serviceorientierte Verzahnung von Innen- und Außendienst ebenso wichtig wie die lokale Verwurzelung der Agenturen. Nur mit einem hohen Qualitätsstandard in der Beratung bei gleichzeitiger Verschlinkung der Organisations-



Die ersten Absolventen des Pilotprojekts „Fördernetzwerk“, flankiert vom Vorstandsvorsitzenden der VGH, Dr. Robert Pohlhausen (links), und ihrem Betreuer Kay Bremer (rechts): Oliver Hahnkopf, Marco Spannuth, Thorsten Graumann, Claudia Marahrens, Jens Carnehl, Christian Steher (von links).

Erfahrungen mit Führungssituationen zu sammeln. Die Teilnehmer bearbeiten für die Dauer eines Jahres besondere Themen. Zusätzlich treffen sich die „Netzwerker“ zum Erfahrungsaustausch und zu Statusberichten über den Fortschritt ihrer gemeinsamen Aufgabe und nehmen auch besondere Seminarangebote wahr. Wesentliche Prinzipien des Netzwerkes sind die Selbstorganisation und die Teamarbeit.

strukturen ist es der VGH möglich, den Vertrieb auszubauen und die Marktführerschaft in Niedersachsen auf längere Sicht zu behaupten.

Erfolg mit System

Mit einer „Workshop-Kaskade“ leitete die VGH bevorstehende Strukturreformen ein, die das ganze Unternehmen betreffen werden. Der Startschuss für diese in der Geschichte der VGH einmalige Aktion fiel am 1. März 2003.

Kostenstrukturen, Organisation von Arbeitsabläufen, neue Kommunikationstechniken, Preis, Qualität und Rentabilität – wie alle Versicherungen muss sich auch die VGH durch interne Veränderun-

gen gruppe von vier Personen, die aus möglichst unterschiedlichen Bereichen des Unternehmens kommen. Danach werden die vier Teilnehmer selbst zu Moderatoren weiterer 4-Personen-Workshops und so

Einstimmen auf die Auseinandersetzung mit der Zukunft: Im Licht der VGH-Farben nehmen die Teilnehmer der Workshop-Kaskade ersten Kontakt auf.



gen dynamisch den Bedingungen eines sich wandelnden Marktes stellen. Doch anders als die meisten ihrer Mitbewerber, die Effizienz durch Zentralisierung zu erreichen suchen, verfolgt die VGH das ehrgeizige Ziel, Prozesse und Strukturen zu verschlanken, ohne sich aus der Fläche zurückzuziehen.

Um die Notwendigkeit dieser Veränderung bis in die kleinste Unternehmenseinheit zu kommunizieren, die Mitarbeiter zur Mitgestaltung anzuregen und sie damit gleichsam von Betroffenen zu Beteiligten zu machen, hat sich die VGH für einen neuen Weg entschieden: eine so genannte „Workshop-Kaskade“, die gemeinsam mit der hannoverschen „Gesellschaft für Unternehmensentwicklung“ konzipiert wurde.

Das Verfahren funktioniert nach dem Schneeballprinzip: Ein Moderator leitet zu einem festgelegten Thema eine Arbeits-

weiter Konsequenterweise durchgeführt, können auf diese Weise in wenigen Tagen Tausende von Mitarbeitern gestaltend an unternehmenswichtigen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen mitwirken. Dass die Ergebnisse einer solchen Workshop-Kaskade sorgfältig dokumentiert und ausgewertet werden, versteht sich dabei von selbst.

Unter dem Titel „Erfolg mit System“ begann die Kaskade bei der VGH am 1. März mit 32 Arbeitsgruppen der Führungskräfte, die von eigens geschulten Moderatoren aus den eigenen Reihen geleitet wurden. Eine Woche später wurde der Teilnehmerkreis auf die Regionaldirektion Hannover ausgedehnt, und am 22. März kam die Kaskade in den weiteren Regionaldirektionen an.

In seinem Eingangsreferat steckte Dr. Robert Pohlhausen, der Vorsitzende des VGH-Vorstands, den ambitionierten

Rahmen für die Diskussion ab: Die Reorganisation der VGH als notwendige Antwort auf die Herausforderungen des Marktes – von der Einführung der technischen Arbeitsplattform „iVAS“ als Standardplattform für die fallabschließende Vorgangsabwicklung im Breitengeschäft, über die ebenfalls durch iVAS unterstützte Neu-Organisation aller sonstigen Bearbeitungsvorgänge bis hin zur langfristigen strategischen Ausrichtung des Unternehmens am Markt.

In den aus allen Bereichen der VGH und ivv zusammengesetzten Arbeitsgruppen wurde vorbehaltlos alles angesprochen, was – heruntergebrochen auf die operative Ebene – in diesem Rahmen von Bedeutung ist: unterschiedliche Service- und Kompetenz-Standards, Erreichbarkeitsprobleme, Fragen zur Effizienz von Verwaltungsvorgängen oder zur Kundenloyalität. Die Teilnehmer zogen Praxisbeispiele heran, tauschten ihre Perspektiven aus und entwickelten unter Berücksichtigung unterschiedlicher Erfahrungen und Blickwinkel Antworten, die von der Arbeitsgruppe auf Aktionsbögen festgehalten wurden.



Am Ende bewerteten alle Teilnehmer die Workshop-Kaskade als die spannendste Veranstaltung, die es in der VGH je gegeben hat. Durch sie hat sich die gesamte, in ganz Niedersachsen verteilte Belegschaft innerhalb weniger Wochen mit den wichtigsten Zukunftsfragen der VGH auseinandergesetzt – hierarchiefrei, konstruktiv, problemorientiert und zielführend. Mit einer Auswertung der Ergebnisse ist Mitte des Jahres zu rechnen.



Mit der Methode „Vier plus eins“ geht es an die Arbeit: Ein Moderator leitet jeweils eine Arbeitsgruppe von vier Personen, die beim nächsten Workshop selbst als Moderatoren tätig werden.

Profilierte Förderpraxis im zweiten Jahr

Die Ende 2000 gegründete VGH-Stiftung konnte bereits im zweiten Jahr ihres Bestehens ein deutlich akzentuiertes Profil gewinnen. Insgesamt wurden im Geschäftsgebiet der VGH in Niedersachsen und Bremen 29 Projekte mit mehr als 350 000 Euro unterstützt.

Scheckübergabe an das Osnabrücker Hospiz; von links nach rechts: Klaus Tisson, VGH-Regionaldirektor, Sigrid Leimkuhle, Leiterin der Hospiz-Geschäftsstelle, Dr. Rüdiger Cording, Vorsitzender des Hospizvereins, und Ludwig von Bar, Kuratoriumsmitglied der VGH-Stiftung

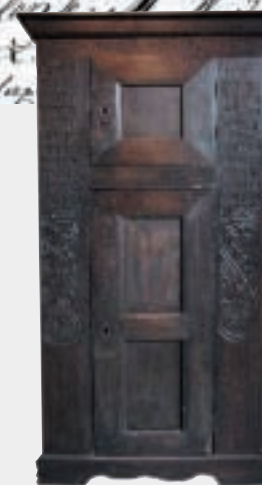


Im Förderbereich Mildtätigkeit wurde das „Osnabrücker Hospiz“ bedacht, eine stationäre Einrichtung mit acht Betten, die Sterbenden in ihrer letzten Lebensphase ein menschenwürdiges Leben bietet. Mit den von der VGH-Stiftung bereitgestellten Mitteln konnte ein Multifunktionsraum eingerichtet werden, in dem sich Angehörige der Sterbenden in ruhiger Atmosphäre treffen, aber auch Teambesprechungen, Vorträge oder Fortbildungsmaßnahmen stattfinden können. Im Förderbereich Kultur/Denkmalpflege leistete die VGH-Stiftung einen Beitrag zur Instandsetzung des Brockmann'schen Gartens in der Stadt

Die Vielfalt nimmt zu. In größerem Rahmen als in ihrem ersten Geschäftsjahr konnte die VGH-Stiftung 2002 positive Akzente setzen (siehe Übersicht). Dabei bildeten eigene Vorhaben wie der erstmals vergebene Förderpreis Museumspädagogik einen besonderen Schwerpunkt. Der Preis, der an Hand beispielhafter Projekte helfen soll, Kinder und Jugendliche für Museen zu interessieren, wurde an sechs Einrichtungen vergeben.

Große Resonanz erfuhr auch der jährlich verliehene Bibliothekspreis der VGH-Stiftung, mit dem 2002 die Stadtbücherei Hameln und die Stadtbibliothek Salzgitter ausgezeichnet wurden – zwei sehr unterschiedliche Bibliotheken, die aber jede auf ihre Weise hervorragende Arbeit leisten. Der Preis für kleine Bibliotheken im ländlichen Raum ging an die Stadtbücherei Fallingbostel.

Im Förderbereich Wissenschaft wurde ein Projekt vom Archiv des Landkreises Cuxhaven in Otterndorf gefördert, das über 1 000 Inventare privater Haushalte des 17. bis 19. Jahrhunderts aus dem Land Hadeln besitzt. Die Kranichhausgesellschaft Otterndorf wertet diese Inventare jetzt wissenschaftlich aus und präsentiert sie anschließend in – besonders für Jugendliche – attraktiver Weise im „Kranichhaus. Museum des alten Landes Hadeln“.



Ein 300 Jahre alter Bauernschrank aus dem Land Hadeln; die gesammelten Haushaltsinventare wurden in zeitgenössischen Handschriften sauber aufgelistet.

Obernkirchen. Dabei handelt es sich um einen jener historischen bürgerlichen Gärten aus dem 19. Jahrhundert, die nur in wenigen Exemplaren erhalten sind. Er wurde von der Familie des Arztes Ferdinand Brockmann in den Jahren um 1840 als nur etwa 25 mal 25 Meter großer Ziergarten angelegt. Ausgestattet mit Laube, Steintisch, Pavillon und einem schmiedeeisernen Tor, bietet die Anlage einen schönen Ausblick in die Schaumburgische Landschaft. Der mittlerweile der Stadt Obernkirchen gehörende Garten soll für die Öffentlichkeit geöffnet werden.

Im Förderbereich Kultur/Bildende Kunst hat die VGH-Stiftung den Kunstverein Lingen beim Einrichten eines Medienraums unterstützt, der Jugendlichen einen kreativen Zugang zum Computer ermöglicht. Beim Projekt „Energie – Sommerakademie im Wasserturm“ direkt nach der Eröffnung haben Lehrkräfte aus den Bereichen Computertechnik, Malerei und Performance mit Jugendlichen gemeinsam eine Installation erarbeitet, die in einer Ausstellung gezeigt wurde. Die Sommerakademie soll auf Dauer etabliert werden; darüber hinaus wird der Medienraum für die Jugendarbeit des Kunstvereins genutzt.

Im Förderbereich Kultur/Literatur wurde der Kinderbuchpreis „Nordstemmer Zuckerrübe“ unterstützt, der von den Kindern der Verlässlichen Grundschule Nordstemmen vergeben wird. Die Kriterien zur Beurteilung der Bücher erarbeiten sich die Schüler mit Unterstützung ihrer Lehrer selbst. Das Modell fördert sowohl lesestarke als auch leseschwächere Schüler, indem es die Kinder nicht nur zum Lesen motiviert, sondern auch dazu, sich ein Urteil über das Gelesene zu bilden und dieses im Klassenverband zu diskutieren. Das Projekt soll lokal fortgesetzt werden.

Alle Förderungen und Preisverleihungen wurden in enger Zusammenarbeit mit den Regionaldirektionen und den Historischen Landschaften durchgeführt.

Wissenschaft

- Erschließung der Judaica-Bestände in der Niedersächsischen Landesbibliothek Hannover
- Gutachten zur Restaurierung der ehemaligen fürstbischöflich-hildesheimischen Stiftsburg Steuerwalde
- Projekt „Zehn Jahre Schaumburger Landschaft“, Bückeburg
- Denkmalpflegerische Untersuchungen am Hochaltar von St. Jacobi in Göttingen
- Veranstaltungsreihe zur Erhaltung historischer Gärten im Hardenbergschen Haus in Hannover
- Forschungs- und Vermittlungsprojekt „Die Inventare des Landes Hadeln“
- Fachtagung „Historische Gärten in Gegenwart und Zukunft – Bedeutung und Konsequenzen“ in Osnabrück

Kultur

Denkmalpflege

- Restaurierung des Kurparks in Lüneburg
- Restaurierung des historischen Gartens in Henneckenrode
- Restaurierung der ehemaligen Wassermühle im Gutspark Remeringhausen
- Restaurierung des Parks am Rittergut Rosenthal
- Restaurierung des Brockmann'schen Gartens in Obernkirchen
- Herrichtung des Biedermeiergartens am Quaet-Faslem-Haus in Nienburg
- Restaurierung des Gutsparks Hasperde

Bildende Kunst

- Ausstellung und Jugendworkshop der Künstlerin Nana Petzet im Kunstverein Sprinhornhof, Neuenkirchen
- Projekt der Kunstschule Lingen „Computer und Kunst“
- Projekt „Regionale Vernetzung Museumspädagogik – Osnabrücker Land“
- Ausstellungsprojekt „Goethes Lotte“ – Vermittlung der Ausstellungsinhalte an Kinder in Workshops
- Kinderakademietagung „Leben wie die Mönche“ im Kloster Loccum

Literatur

- Literarisches Projekt: „Sacro Art 2002 – das klingende Wort der Prophetie“ in Loccum
- Projekt „Atlas der Literaturen II“
- Kinderbuchpreis „Nordstemmer Zuckerrübe“
- Kulturprojekt am Otto-Hahn-Gymnasium in Springe
- Jubiläumsveranstaltung zum 250sten Geburtstag von Adolph Freiherr Knigge in Hannover

Mildtätigkeit

- Projekt „Eigenverantwortlichkeit und Geschäftsfähigkeit – Jugendhilfe im ländlichen Raum“ im Kreis Stade
- Multifunktionaler Raum im Osnabrücker Hospiz
- Multifunktionaler Raum im hannoverschen Werkheim
- Kucheneinrichtung der Lüneburger Tafel

Sonstiges

- Aufführung der Monooper „Briefe des van Gogh“ von Grigori Frid, Hannover

**Alles auf einen Blick:
Die Förderprojekte der VGH-
Stiftung im Jahr 2002**



**Silberschale aus Hadeln mit
Gravur „Gerdt Bull A.D. 1700“**

Mitarbeiter-Jubiläen 2002

40 Jahre

■ April 2002

Berthold, Peter
Deiters, Wilfried
Dunse, Norbert

Müller, Heinz-Uwe
Rode, Hans-Heinrich

Schaden-Zentral
Regionaldirektion Hameln, Regionaldirektor
HK-Schaden Direktion,
Freistellungsphase Altersteilzeit
Regionaldirektion Göttingen, Regionaldirektor
Verbundene Versicherungen

25 Jahre

■ Januar 2002

Michaelis, Holger
Spieß, Ulrike

Regionaldirektion Göttingen,
Kundenberatung Schaden
Regionaldirektion Hannover,
Kundenberatung Vertrag Krafftahrt

■ Februar 2002

Tensdahl, Annegret

Regionaldirektion Stade,
Kundenberatung Vertrag

■ März 2002

Engelhardt, Randalf

Regionaldirektion Lüneburg,
Zentrale Aufgaben

■ April 2002

Matthies, Heinz
Ohlmeyer, Adolf

Zentrale Büroorganisation
Regionaldirektion Nienburg,
Kundenberatung Schaden,
Freistellungsphase Altersteilzeit

■ Mai 2002

Linne, Dorothea

Verwaltungsabteilung

■ Juni 2002

Thiem, Heiner

EDV-Begleitung Personenversicherungen

Jubiläare

■ Juli 2002

Bischoff, Claus	Schadenversicherungen, Technik u. Grundsatzfragen
Jungmann, Irene	Regionaldirektion Lüneburg, Zentrale Aufgaben
Kleiner, Hans-Joachim	Industrie-Haftpflicht, Freistellungsphase Altersteilzeit

■ August 2002

Gooßen, Carmen	EDV-Begleitung Personenversicherungen
Hermann, Reiner	Regionaldirektion Celle, Kundenberatung Schaden
Jung, Harry	Regionaldirektion Lüneburg, Kundenberatung Vertrag
Lambrecht, Wolfgang	Vertrieb-Provision
Noll, Susanne	Vertrieb-Provision
Schröder, Hans-Georg	Vertrieb-Makler

■ September 2002

Becker, Bernd	HK-Schaden Direktion
---------------	----------------------

■ Oktober 2002

Esemann, Heinz	Regionaldirektion Göttingen, Kundenberatung Schaden
Gastrock, Willi	Regionaldirektion Hildesheim, Kundenberatung Schaden
Stockmeier, Hermann	Haftpflicht-/Rechtsschutzversicherung
Willmann, Michael	Kraftfahrt Großkunden

■ Dezember 2002

Dahlke, Karl-Heinz	Marketing Schulung
Wille, Eckhard	Regionaldirektion Hameln, Kundenberatung Vertrag



Landschaftliche Brandkasse Hannover

Provinzial Lebensversicherung Hannover

Brandkassenausschuss (Trägerversammlung) der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

■ D. Horst Hirschler
Landesbischof i. R., Abt zu Loccum,
Präsident der Calenberg-
Grubenhagenschen Landschaft,
Rehburg-Loccum,
Vorsitzender

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
stellv. Vorsitzender

■ Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof,
Krs. Wolfenbüttel

■ Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

■ Andreas Graf v. Bernstorff
Rechtsanwalt und Notar,
Land- und Ritterschaftssyndikus,
Celle

■ Martin Biermann
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Celle

■ Heinrich Blanke
Bürgermeister, Grasberg,
Krs. Osterholz

■ Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e. V.,
Meppen

■ Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn

■ Werner Burdorf
Bürgermeister, Warpe, Krs. Nienburg,
bis 15. 4. 2002

■ Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

■ Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim

■ Manfred Diesner
Stadtdirektor a. D., Landschaftsrat,
Bad Münder, bis 31. 12. 2002

■ Rainer Fabel
Landwirt, Landschaftsrat, Suhlendorf,
Krs. Uelzen

■ Dietrich Freiherr v. Hake
Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Emmerthal, Rittergut Ohr,
Krs. Hameln-Pyrmont

■ Dirk Hattendorf
Stadtdirektor, Landschaftsrat,
Stade

■ Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz

■ Burchard Hillmann-Köster
Landwirt, Uenzen, Krs. Diepholz,
seit 15. 4. 2002

■ Goetz von Hohnhorst
Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der
Landschaft des ehem. Fürstentums
Lüneburg, Hohnhorst, Krs. Celle

■ Dieter Hüsemann
Stadtdirektor, Rehburg-Loccum,
seit 1. 1. 2003

■ Lippold v. Kléncke
Ministerialrat, Hämelschenburg,
Krs. Hameln-Pyrmont,
bis 31. 12. 2002

■ Adolf Knölke
Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Krs. Hannover

■ Lothar Koch
MdL, Landschaftsrat,
Duderstadt

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden, Obergut
Lenthe, Krs. Hannover

■ Horst Lükíng
Dipl.-Ing. agr., Landschaftsrat,
Steimbke, Sonnenborstel, Krs. Nienburg

■ Ulrich Mádge
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Lüneburg

■ Herbert Meisteríng
Stadtdirektor, Landschaftsrat, Uslar

■ Thomas Möhlmann †
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Landschaftsrat,
Friedland, Kl. Schneen, Krs. Göttingen,
bis 29. 9. 2002

■ Georg Mönter
Landwirt, Landschaftsrat,
Eielstädt, Bad Essen, Krs. Osnabrück

■ Georg Rahlfs
Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle

■ Hans Heinrich Rohlíng
Landwirtschaftsmeister, Landschaftsrat,
Emmerthal, Krs. Hameln-Pyrmont

■ Erích Sander
Ing. agr., Landwirt, Nette,
Krs. Hildesheim

■ Hermann Schlüter
Landwirt, Einbeck, Krs. Northeim

■ Reinhard Slíwka
Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

■ Jürgen Stegemann
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident der
Hoya-Diepholzischen Landschaft,
Hilgermissen, Rittergut Mehríngen,
Krs. Nienburg

■ Dr. Hans-Detlev Freiherr v. Stíetencron
Emmerthal, Gut Welsede,
Krs. Hameln-Pyrmont, seit 1. 1. 2003

■ Hans-Peter Suermann
Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

■ Gerhard Teichmann
Landwirt, Landschaftsrat, Gleichen,
Krs. Göttingen, seit 1. 1. 2003

■ Stephan Weil
Stadtkämmerer, Landschaftsrat,
Hannover

Aufsichtsrat der Landschaftlichen Brandkasse Hannover

Ehrevorsitzender

■ Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
Ehrevorsitzender

■ Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade

■ Goetz von Hohnhorst
Forstwirt, Präs. Landschaftsrat der Land-
schaft des ehem. Fürstentums Lüneburg,
Hohnhorst, Krs. Celle

Ordentliche Mitglieder

■ Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden,
Obergut Lenthe, Krs. Hannover,
Vorsitzender

■ Horst Lükling
Dipl.-Ing. agr., Landschaftsrat, Steimbke,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg

■ Bernd Meyer
Senator a. D., Verbandsdirektor,
Verband der Wohnungswirtschaft in
Niedersachsen und Bremen e. V.,
Hannover

■ Klaus Rathert
Präsident des Niedersächsischen Spar-
kassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender bis 31. 12. 2002

■ Erich Sander
Ing. agr., Landwirt,
Nette, Krs. Hildesheim

■ Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender seit 1. 2. 2003

■ Dr. Manfred Sohn
Mitglied des Gesamtpersonalrats
der VGH, Edemissen

■ Jochen Berendsohn
Vorsitzender des örtlichen Personalrats
der VGH-Direktion, Hannover,
2. stellv. Vorsitzender

■ Eva Stahl
stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonal-
rats der VGH, Appel, Krs. Harburg

■ Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle

■ Jürgen Stegemann
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Präsident
der Hoya-Diepholzischen Landschaft,
Hilgermissen, Rittergut Mehringen,
Krs. Nienburg

■ Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e.V., Meppen

■ Klaus Treiber
Dipl.-Kaufmann, Vorstandsmitglied
der Gilde Brauerei AG, Hannover

■ Klaus Busch
Geschäftsführender Sekretär,
Gewerkschaft ver.di, Bremen

■ Jan de Vries
Sekretär, Gewerkschaft ver.di, Hannover

■ Karl-Heinz Dahlke
Schulungsleiter der Landschaftlichen
Brandkasse Hannover, Langenhagen

■ Stephan Weil
Stadtkämmerer, Landschaftsrat,
Hannover

Stellvertretende Mitglieder

- Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof, Krs. Wolfenbüttel

- Andreas Graf v. Bernstorff
Rechtsanwalt und Notar,
Land- und Ritterschaftssyndikus, Celle

- Josef Brüggemann
Oberkreisdirektor, Nordhorn

- Dietrich Freiherr v. Hake
Rechtsanwalt und Notar, Landschaftsrat,
Emmerthal, Rittergut Ohr,
Krs. Hameln-Pyrmont

- Dr. Hubertus Haller
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse
Hildesheim, Hildesheim

- Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat, Stade

- Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz

- Adolf Knölke
Landwirt, Landschaftsrat,
Gehrden, Krs. Hannover

- Hubert-H. Lange
Dipl.-Kaufmann, Hannover

- Frank-Peter Oppenborn
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche GmbH & Co. KG
Verlag und Druckerei, Hannover

- Reinhard Sliwka
Stadtrat, Sozial- und Kultusdezernent,
Landschaftsrat, Osnabrück

- Hans-Peter Suermann
Erster Stadtrat, Landschaftsrat, Göttingen

Beratende Mitglieder

- Dr. Hubertus Haller
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Kreissparkasse
Hildesheim, Hildesheim

- Prof. Dr. Hans-Jürgen Kirsch
Leiter des Instituts für Unternehmens-
rechnung und -besteuerung,
Rechnungslegung und Wirtschafts-
prüfung der Universität Hannover,
Hannover

- Hubert-H. Lange
Dipl.-Kaufmann, Hannover

- Wilhelm Niemeyer
Landwirt, Präsident des Landesverbands
des Niedersächsischen Landvolkes e. V.,
Hilter

- Frank-Peter Oppenborn
Geschäftsführender Gesellschafter,
Schlütersche GmbH & Co. KG
Verlag und Druckerei, Hannover

- Fritz Stegen
Präsident der Landwirtschaftskammer
Hannover, Hannover

Vorstand

- **Dr. Günter Schmidt**
Vorsitzender bis 30. 6. 2002
- **Dr. Robert Pohlhausen**
stellvertretender Vorsitzender
bis 30. 6. 2002,
Vorsitzender seit 1. 7. 2002
- **Dieter Feldkamp**
bis 30. 6. 2002
- **Bernd Schnabel**
ordentliches Vorstandsmitglied
bis 30. 6. 2002,
stellvertretender Vorsitzender
seit 1. 7. 2002
- **Rainer Tewes**
stellvertretendes Vorstandsmitglied
bis 30. 6. 2002,
ordentliches Vorstandsmitglied
seit 1. 7. 2002
- **Thomas Vorholt**
stellvertretendes Vorstandsmitglied
bis 30. 6. 2002,
ordentliches Vorstandsmitglied
seit 1. 7. 2002

Direktoren

- **Jochen Herdecke**
- **Hermann Kasten**
- **Uwe Weinkopf**
Verantwortlicher Aktuar

Trägerversammlung der Provinzial Lebensversicherung Hannover

- Arno Schreiber
Oberstadtdirektor, Vorsitzender der
Verbandsversammlung und des
Verbandsvorstands des Nieder-
sächsischen Sparkassen- und
Giroverbands, Wilhelmshaven,
Vorsitzender bis 31. 12. 2002
- Adolf Freiherr v. Wangenheim
Land- und Forstwirt, Präs. Landschaftsrat
der Calenberg-Grubenhagenschen
Landschaft, Waake, Krs. Göttingen,
stellv. Vorsitzender bis 31. 12. 2002,
Vorsitzender seit 1. 1. 2003
- Volkmar v. Alten
Landwirt, Gut Söderhof,
Krs. Wolfenbüttel
- Hermann Bröring
Landrat, Präsident der
Emsländischen Landschaft e. V.,
Meppen, bis 13. 2. 2003,
Landrat, Vorsitzender der Verbands-
versammlung und des Verbands-
vorstands des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands,
Meppen, seit 13. 2. 2003
- Dirk Hattendorff
Stadtdirektor, Landschaftsrat,
Stade
- Dr. Josef Bernhard Hentschel
Sprecher des Vorstands der
Sparkasse Osnabrück, Osnabrück
- Helene Hofmann
Bürgermeisterin, Bad Sachsa
- Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden, Obergut
Lenthe, Krs. Hannover
- Heinz Lüers
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Harburg-
Buxtehude, Hamburg
- Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen
Sparkassen- und Giroverbands, Hannover,
seit 1. 2. 2003
- Georg Rahlfs
Kreislandwirt, Landschaftsrat,
Adelheidsdorf, Krs. Celle
- Klaus Rathert
Präsident des Niedersächsischen Spar-
kassen- und Giroverbands, Hannover,
bis 31. 12. 2002
- Gerhard Scharner
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Göttingen,
Göttingen

Aufsichtsrat der Provinzial Lebensversicherung Hannover

- Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Landschaftsrat, Gehrden, Obergut
Lenthe, Krs. Hannover,
Vorsitzender
- Klaus Rathert
Präsident des Niedersächsischen Spar-
kassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender bis 31. 12. 2002
- Thomas Mang
Präsident des Niedersächsischen Spar-
kassen- und Giroverbands, Hannover,
1. stellv. Vorsitzender seit 1. 2. 2003
- Heinz Wösten
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats
der VGH, Ronnenberg, Krs. Hannover,
2. stellv. Vorsitzender
- Ludwig v. Bar
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt,
Präsident der Landschaft des ehem.
Fürstentums Osnabrück, Melle
- Dorothea Bartram
Sachbearbeiterin der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hemmingen
- Martin Biermann
Oberbürgermeister, Landschaftsrat,
Celle
- Dr. h. c. Manfred Bodin
Konsul, Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutschen Landesbank Girozentrale,
Hannover
- Johann v. d. Decken
Dipl.-Ing. agr., Landwirt, Deckenhausen,
Krummendeich, Krs. Stade
- Hans-Alfred Deseke
Abteilungsleiter der Gewerkschaft ver.di,
Wedemark, Krs. Hannover
- Dr. Konrad Deufel
Oberstadtdirektor, Hildesheim
- Michael Feldnick
Sachbearbeiter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover,
Hannover
- Hans-Peter Fitschen
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Stade,
Stade
- Gerold Haag
Gewerkschaft ver.di, Hannover
- Dr. Hubertus Haller
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Kreissparkasse
Hildesheim, Hildesheim
- Herbert Heidemann
Stadtdirektor, Diepholz
- Helmut Heyne
Oberbürgermeister, Cuxhaven
- Konrad Huhmann
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Melle,
Melle
- Hans Jürgen Krauß
Oberkreisdirektor Hameln-Pyrmont,
Hameln
- Gabriele Kurzendörfer
stellv. Vorsitzende des örtl. Personalrats
der VGH-Direktion, Sehnde, Mandat ruht
- Horst Lüking
Dipl.-Ing. agr., Landschaftsrat, Steimbke,
Sonnenborstel, Krs. Nienburg
- Klaus-Jürgen Salomon
Organisationsleiter der Provinzial
Lebensversicherung Hannover, Lingen,
Ersatzmitglied
- Manfred Tuchel
Abteilungsleiter der Provinzial Lebens-
versicherung Hannover, Edemissen

Vorstand, Direktoren und Treuhänder der Provinzial Lebensversicherung Hannover

Vorstand

- **Dr. Günter Schmidt**
Vorsitzender bis 30. 6. 2002

- **Dr. Robert Pohlhausen**
stellvertretender Vorsitzender
bis 30. 6. 2002,
Vorsitzender seit 1. 7. 2002

- **Dieter Feldkamp**
bis 30. 6. 2002

- **Bernd Schnabel**
ordentliches Vorstandsmitglied
bis 30. 6. 2002,
stellvertretender Vorsitzender
seit 1. 7. 2002

- **Rainer Tewes**
stellvertretendes Vorstandsmitglied
bis 30. 6. 2002,
ordentliches Vorstandsmitglied
seit 1. 7. 2002

- **Thomas Vorholt**
stellvertretendes Vorstandsmitglied
bis 30. 6. 2002,
ordentliches Vorstandsmitglied
seit 1. 7. 2002

Direktoren

- **Hermann Kasten**

- **Uwe Weinkopf**
Verantwortlicher Aktuar

Treuhänder

für den Deckungsstock

- **Dr. Heinz Rose**

- **Martin Wodausch**
Stellvertreter

Sparkassenbeirat der VGH

- Günter Distelrath
Verbandsgeschäftsführer des
Niedersächsischen Sparkassen- und
Giroverbands, Hannover, Vorsitzender
- Rainer Bagung
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Aurich –
Norden, Norden
- Ernst-Otto Bahr
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse
Fallingbostel in Walsrode, Walsrode
- Manfred Breuer
Dipl.-Volkswirt, Direktor, Vorsitzender des
Vorstands der LBS Norddeutsche
Landesbausparkasse Berlin – Hannover,
Hannover
- Wilhelm Brüggemann
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Weserberg-
land, Hameln, bis 31.3. 2002
- Herbert Fischer
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Wittmund,
Wittmund, bis 8. 10. 2002
- Hans Hartmann
Generalbevollmächtigter, Norddeutsche
Landesbank Girozentrale, Hannover
- Ingo Hinrichs
Sparkassendirektor, 1. stellv. Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Emsland,
Meppen
- Jürgen Hösel
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Peine,
Peine
- Dieter Kanzelmeyer
Sparkassendirektor, Sprecher des
Vorstands der Sparkasse Stade – Altes
Land, Stade
- Werner Koch
Sparkassendirektor, stellv. Sprecher
des Vorstands der Sparkasse Hannover,
Hannover,
kooptiertes Mitglied bis 21.3. 2002,
ordentliches Mitglied seit 21.3. 2002
- Wolfgang Lamot
Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender
der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde,
Bremervörde, seit 1. 1. 2003
- Achim Monzel
stellv. Abteilungsdirektor beim
Niedersächsischen Sparkassen- und
Giroverband, Hannover, seit 26. 6. 2002
- Günter Morisse
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Lüchow-
Dannenberg, Dannenberg
- Michael Tillmann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Kreissparkasse
Grafschaft Bentheim zu Nordhorn,
Nordhorn
- Rolf Watermann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Schaumburg,
Rinteln, seit 1. 4. 2002
- Helmut Weermann
Sparkassendirektor, Mitglied des
Vorstands der Sparkasse Emden,
Emden, seit 5. 12. 2002
- Ulrich Weiterer
Sparkassendirektor, stellv. Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse
Goslar/Harz, Goslar
- Jens Wohlers
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse
Rotenburg – Bremervörde, Zeven,
bis 31. 12. 2002
- Dr. Heinrich Jagau
Sparkassendirektor, stellv. Sprecher
des Vorstands der Sparkasse Hannover,
Hannover,
kooptiertes Mitglied seit 21.3. 2002



Bericht über das 253. Geschäftsjahr 2002

vorgelegt in der Sitzung
des Brandkassen Ausschusses
vom 1. April 2003

Das Wichtigste in Kürze

■ Positive Beitrags- und Bestandsentwicklung fortgesetzt

Die Beitragseinnahme im selbst abgeschlossenen Geschäft erhöht sich um 1,9 Prozent auf 853 Millionen Euro.

Die Kraftfahrt-Sparte wächst überdurchschnittlich. Im gewerblichen und industriellen Sachgeschäft unterstützen Sanierungsmaßnahmen das Wachstum.

Der Vertragsbestand wächst um 0,7 Prozent auf über 4,6 Millionen Stück.

■ Gute Position in der Kraftfahrtversicherung ausgebaut

Der Marktanteil kann trotz des anhaltenden Verdrängungswettbewerbs auf 19 Prozent ausgebaut werden.

Entgegen der Marktentwicklung schreibt die Brandkasse in der Kraftfahrt-Versicherung einen technischen Gewinn.

■ Extreme Schadenbelastung durch Sturmereignisse

Über 100 000 Sturmschäden wurden reguliert.

Die Sturmereignisse belasten das Ergebnis mit über 90 Millionen Euro brutto.

■ Leicht positives Gesamtergebnis

Die Bewertung der Kapitalanlagen erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die Nettoverzinsung beträgt insgesamt 2,7 Prozent.

Trotz hoher Schadenbelastung und Abschreibungsbedarf auf Wertpapiere wird vor Steuern und Zuführung zur Rückvergütung insgesamt ein leicht positives Ergebnis erzielt.

■ Hohe Rückvergütung an unsere Kunden

Aus vorhandenen Mitteln erhalten unsere Kunden im Geschäftsjahr 31 Millionen Euro als erfolgsabhängige Rückvergütung gutgeschrieben.

Für die künftige Gewinnbeteiligung werden weitere 9 Millionen Euro den Rückstellungen zugeführt.

Wirtschaftliches Umfeld

Die gesamtwirtschaftliche Situation hat sich entgegen den Erwartungen in 2002 nicht verbessert. Weder die Unternehmensinvestitionen noch die Ausgaben für den privaten Konsum gaben ausreichende Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

Aufgrund der zahlreichen Elementarschadenereignisse musste die Assekuranz in der technischen Rechnung einen deutlichen Verlust ausweisen. Darüber hinaus belastete der dramatische Kursverfall auf den Kapitalmärkten teilweise erheblich die Bilanzen der Versicherer. Auf der Beitragsseite konnte die Versicherungsbranche jedoch den Konsolidierungskurs fortsetzen. Die Beitragseinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung stiegen um 2,8 Prozent¹⁾. Insbesondere in den Autosparten wurde ein Beitragszuwachs von 2,9 Prozent erzielt.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die gesamte Beitragseinnahme der Brandkasse lag im Geschäftsjahr bei 889,5 Millionen Euro. Im selbst abgeschlossenen Geschäft erzielten wir einen Zuwachs von 1,9 Prozent, die Schadenquote stieg von 66,1 Prozent im Vorjahr auf 76,7 Prozent an. Neben vermehrten Feuerschäden führten die zahlreichen Sturmereignisse zu stark steigenden Schadenlasten. Insbesondere das Sturmereignis vom 27. Oktober 2002 verursachte mit 33 400 Schäden einen Schadenaufwand von 22,0 Millionen Euro. Durch Sturmmassenschäden wurde das Ergebnis der Brandkasse in Höhe von 67,9 Millionen Euro brutto belastet. Die Kostenquote im selbst abgeschlossenen Geschäft stieg aufgrund der EDV-Aktivitäten an und betrug nach 23,5 Prozent im Vorjahr 24,1 Prozent. Ein deutlicher Abstand zum Marktdurchschnitt von über 27 Prozent bleibt weiterhin erhalten.

Aufgrund der Entwicklung auf den Kapitalmärkten verringerte sich das Kapitalanlageergebnis von 96,7 Millionen

Euro auf 50,6 Millionen Euro. Dies entspricht einer Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,7 Prozent.

Von dem erwirtschafteten Bruttoüberschuss in Höhe von 11,6 Millionen Euro werden 9,4 Millionen Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. An Ertragssteuern erfordert das Ergebnis 2,2 Millionen Euro.

Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr haben wir 31,4 Millionen Euro an unsere Kunden als erfolgsabhängige Beitragsrückgewähr ausgezahlt. Aus dem laufenden Geschäftsergebnis konnten 9,4 Millionen Euro (Vorjahr 30,7 Millionen Euro) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Der Rückgang resultiert vor allem aus der Sparte Wohngebäude, die aufgrund der Sturmereignisse ein negatives Ergebnis ausweist. Für ungekündigte Verträge sind 2003 folgende Rückvergütungssätze festgelegt.

Sparte	Rückvergütung	Voraussetzungen
Wohngebäude*	15 %	volle Anwendung der ab 1.3.1991 gültigen Tarife
Hausrat*	15 %	Vertrag gemäß VHB 92, VHB 98, VHB 2000
Haushalt-Glas*	10 %	
Privat-Haftpflicht*	10 %	ab dem 1.1.1995 gültige Tarife mit 5 Mio. DM pauschal oder HT 96/98/2001
Jagd-Haftpflicht	15 %	Vertragsbeginn bis 31.3.2002, Vertrag zur Hauptfälligkeit ungekündigt
Feuer-Landwirtschaft	20 %	empfohlene Brandschutzmaßnahmen akzeptiert
Kraftfahrt-Teilkasko*	25 %	landwirtschaftliche Zugmaschinen, Beitrag mit einer Fälligkeit zwischen dem 1.10.2002 und dem 30.9.2003
Einbruchdiebstahl	10 %	Sparkassen
Sturm*	10 %	landwirtschaftliche Gebäude

¹⁾ alle Marktdaten Stand März 2003, Quelle GDV

* weitere Voraussetzung: Vertrag war im Vorjahr schadentfrei

Hervorragende Bewertungen durch Rating-Agenturen

Die Aktualisierungen der Ratings durch verschiedene Agenturen haben die gute Position der Brandkasse bestätigt. Das Rating des Wirtschaftsdienstes „map-report“ für die Kraftfahrtversicherung konnte im Berichtsjahr aufgrund des guten Servicestandards und der hohen Kundenzufriedenheit gehalten werden. Die Stiftung Warentest (Finanztest) bestätigte ebenfalls ihre Einschätzung, welche die Brandkasse im Spitzenfeld der deutschen Kraftfahrtversicherer positioniert.

Erstmals veröffentlichte der „map-report“ im April 2002 eine Bewertung der deutschen Hausratversicherer. Hier erreichte die Brandkasse die Höchstnote („mmm“). Besonders herausragend war die Kombination aus gutem Service und günstigen Prämien.

Im August wurde das Rating der Brandkasse durch Standard & Poor's mit der Bewertung „AApi“ bestätigt. Dieses ist die bisher beste erreichte Bewertung für Unternehmen, welche nur aufgrund extern zugänglicher Geschäftsdaten beurteilt werden.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Unfallversicherung

In der Allgemeinen Unfallversicherung stiegen die Beitragseinnahmen um 2,2 Prozent auf 48,9 Millionen Euro (Markt: 1,5 Prozent). Wie in den vergangenen Jahren hatte die Dynamikanpassung der Versicherungssummen und Beiträge einen großen Anteil. Der Abwärtstrend beim Neugeschäft setzte sich bei gleichzeitig steigender Stornoquote fort, sodass ein Bestandsabrieb zu verzeichnen war. Die Schadenquote verbesserte sich auf 43,0 Prozent.

Der Beitragsrückgang hat sich in der Insassenunfallversicherung gegenüber dem Vorjahr vermindert. Das Beitragsaufkommen reduzierte sich um 5,2 Prozent auf 4,4 Millionen Euro. Die Schadenquote lag auf dem Niveau der Vorjahre.

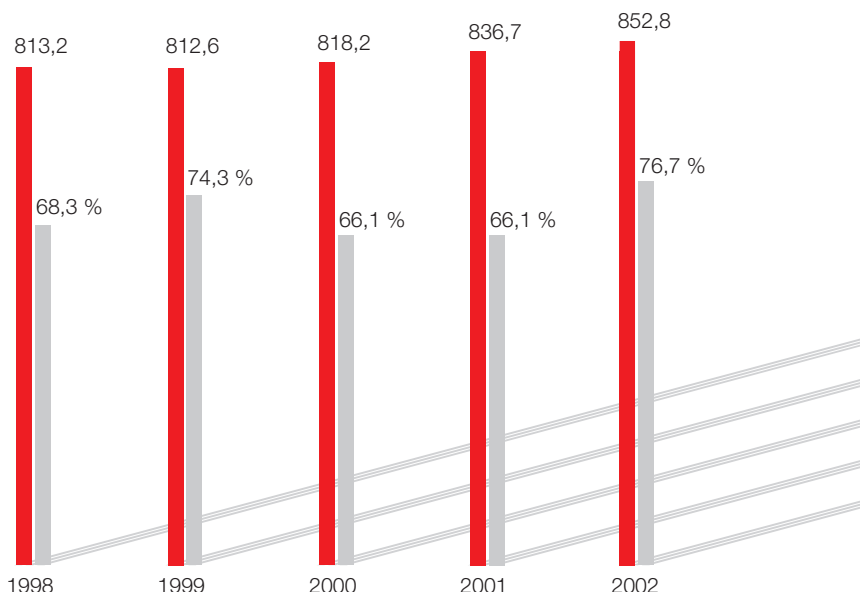
Haftpflichtversicherung

Der Preis- und Bedingungs Wettbewerb in der Haftpflichtversicherung hielt weiterhin an, konzentrierte sich jedoch spürbar auf bestimmte Marktteilnehmer. Der Vertragsbestand konnte um 0,4 Prozent ausgebaut werden, die Beitragseinnahme war jedoch mit -1,1 Prozent leicht rückläufig (Markt: 1,0 Prozent). Die Schadenquote verringerte sich auf 52,8 Prozent.

Im Firmenkundengeschäft entwickelte sich der Bestand insbesondere durch den Einsatz von branchenorientierten Spezialpolicen und einer spartenübergreifenden Gewerbe-Kombi-Police positiv. Die Beitragseinnahme stieg deutlich an.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote selbst abgeschlossenes Geschäft

■ gebuchter Bruttobeitrag in Mio. €
■ Bruttoschadenquote in %



Im landwirtschaftlichen Geschäft führten weitere Betriebsaufgaben und Betriebszusammenlegungen zur Abnahme unseres Bestandes. Dem Preiswettbewerb musste mit Beitragsreduzierungen begegnet werden.

Im Privatkundengeschäft konnte der Vertragsbestand wiederum leicht ausgebaut werden. Die Beitragseinnahme ging zurück, weil Teile des Bestandes im Rahmen einer Bestandssicherungsaktion auf den günstigeren aktuellen Verkaufstarif umgestellt wurden. Künftig soll durch den Einschluss der Schadenersatzausfallversicherung der Beitragsabrieb gemindert werden.

Kraftfahrtversicherung

Das Ergebnis im Kraftfahrtversicherungsmarkt war im Jahr 2002 durch eine ungünstige Schadenentwicklung geprägt. Insbesondere Elementarschäden in den Sparten Voll- und Teilkasko trugen zu diesem negativen Schadenverlauf bei. Aus diesem Grund verschlechterte sich trotz gesteigerter Prämieinnahmen das Spartenergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Erfreulicherweise gehört die Brandkasse zu den Versicherern, die trotz dieser Entwicklung ein positives Ergebnis vor Dotierung der Schwankungsrückstellung ausweisen konnten.

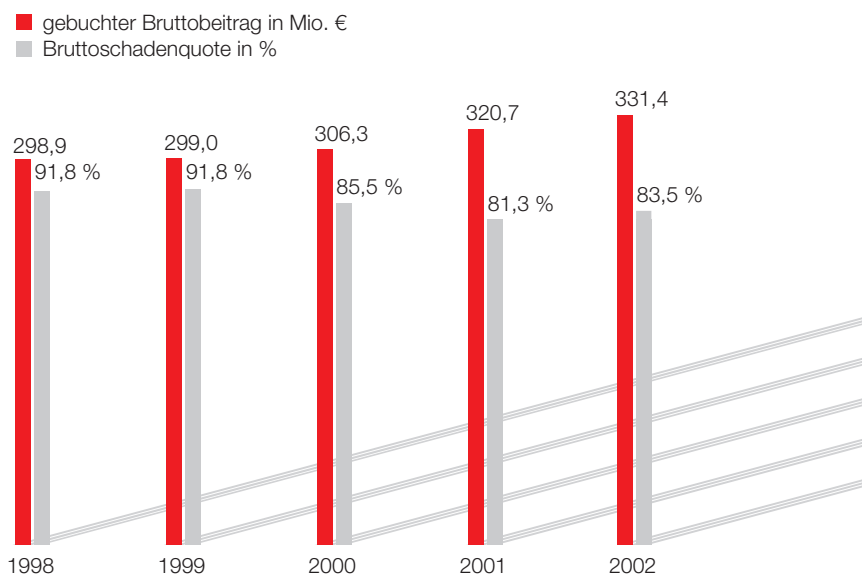
Das geringe Marktwachstum und der rückläufige Neuwagenabsatz führten zu einem anhaltenden Verdrängungswettbewerb, insbesondere am Jahreswechsel. Eine weitere Verschärfung war durch das zunehmende Versicherungsangebot von branchenfremden Anbietern wie Automobilherstellern und dem ADAC zu beobachten. Trotz dieses wachsenden Wettbewerbs sind die Tarife mit Blick auf eine risikogerechtere Tarifierung nahezu durchgängig angehoben worden. Dieser Entwicklung folgend haben wir mit der Einführung eines neuen Tarifs in allen Teilsparten zum 1. September 2002 die Prämien marktgerecht angepasst. Neben den Prämienänderungen wurden zusätzlich Tarifstufen für Wenigfahrer eingeführt und die Deckungssumme in der Haftpflicht auf 50 Millionen Euro begrenzt.

Das Großkundengeschäft wies 2002 mit einem Bestandswachstum von 14,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutliche Zuwächse aus. Insbesondere im Bereich der Autohauspolizen waren nennenswerte Steigerungen zu verzeichnen.

Im Rahmen einer Herbstoffensive wurden Neukunden anderer Sparten angeschrieben, um sie für die Kraftfahrtversicherung zu gewinnen. Überdies haben wir erneut eine Kündigerrückhol-Aktion durchgeführt, bei der stornierte Kundenverbindungen durch unseren Außendienst aktiv nachgearbeitet wurden. So konnte der Marktanteil bei einem Bestandswachstum von 2,1 Prozent weiter ausgebaut werden. Die Beitragseinnahme stieg um 3,3 Prozent (Markt: 2,9 Prozent).

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Kraftfahrtversicherung gesamt

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2002 Mio. €	in % zum Vorjahr	2002 %	2001 %
Kraftfahrt-Haftpflicht	202,3	2,6	84,7	86,5
Kraftfahrt-Vollkasko	97,7	6,6	85,4	78,3
Kraftfahrt-Teilkasko	31,4	-0,7	70,2	57,3



Feuerversicherung

Erstmals seit 1997 konnten wir in der Feuerversicherung ein leichtes Umsatzwachstum verzeichnen. Die Beitragseinnahme stieg um 0,6 Prozent auf 78,0 Millionen Euro. Die Schadenquote verminderte sich auf 58,2 Prozent.

Die Marktberuhigung in der industriellen Feuerversicherung und die fortgesetzten Sanierungen haben zu einem Prämienzuwachs von 30,5 Prozent auf 7,4 Millionen Euro geführt. Ursächlich hierfür war die Verknappung der Zeichnungskapazitäten durch einige Marktteilnehmer. Trotz drei größerer Schäden lag die Schadenquote bei 68,2 Prozent.

In der sonstigen Feuerversicherung verzeichneten wir einen leichten Anstieg der Beiträge und Bestände. Sanierungsmaßnahmen in einzelnen Segmenten haben auch hier zu Prämiensteigerungen beigetragen; einzelne Kündigungen mussten allerdings bei der Sanierung hingenommen werden. Im kommunalen Geschäft konnte das Beitragsaufkommen weitgehend stabil gehalten werden. Die Schadenquote reduzierte sich auf 77,0 Prozent.

In der landwirtschaftlichen Feuerversicherung setzte sich der Verdrängungswettbewerb weiter fort. Die Brandkasse musste einen Bestandsrückgang von 2 Prozent verzeichnen, der jedoch weitgehend auf die sinkende Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe zurückzuführen ist. Zum 1. Juli 2002 hat die Brandkasse als Reaktion auf das Marktumfeld einen neuen Tarif mit Haftungserweiterungen und Prämienreduzierungen eingeführt. Die Wettbewerbsposition hat sich dadurch verbessert; die Bestände konnten gesichert werden. Der Schadenaufwand hat sich – analog zum Markt – erhöht. Dennoch ermöglicht das Spatenergebnis eine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 5,0 Millionen Euro.

Verbundene Gebäudeversicherung

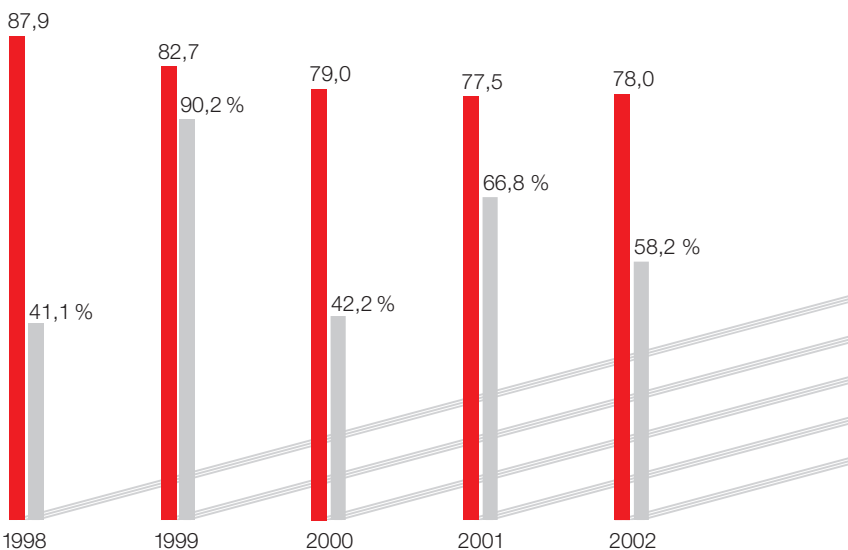
Trotz verschärften Wettbewerbs und starken Rückgangs des Neubaupotenzials konnten der Marktanteil und die Beitragseinnahmen von 137,0 Millionen Euro auf hohem Niveau gehalten werden (Markt: 1,5 Prozent). Als besondere Maßnahme wurde im Privatkundengeschäft eine Bestandssicherungsaktion durchgeführt mit dem Ergebnis, dass 25,1 Prozent des Vertragsbestands auf den aktuellen Tarif umgestellt worden sind. Der besondere Erfolg der Aktion lag in den vorgefertigten Angeboten, verbunden mit einer vereinfachten Antragsaufnahme durch den Außendienst.

Die Überschwemmungen an der Elbe und ihren Nebenflüssen haben die Versicherungsnehmer für die Elementarschadenversicherung sensibilisiert. Um auch hier den Risikoeinschluss für eine große Kundenzahl zu steigern, wurden im Rahmen einer erneuten Mailing-Aktion alle Kunden angeschrieben, für die ein Einschluss der Elementarschadenversicherung möglich ist.

Aufgrund mehrerer heftiger Stürme ist die Schadenquote auf 104,5 Prozent angestiegen.

Entwicklung der Beitragseinnahme und Schadenquote Feuerversicherung gesamt

■ gebuchter Bruttobeitrag in Mio. €
■ Bruttoschadenquote in %



Verbundene Hausratversicherung

In der Hausratversicherung konnte die Beitragseinnahme um 1,3 Prozent auf 59,7 Millionen Euro gesteigert werden (Markt: 1,0 Prozent). Das Wachstum resultierte wesentlich aus dem Einschluss zusätzlicher Deckungserweiterungen im Neugeschäft und im Bestand. Die Neuordnungsaktion im Privatkundengeschäft hat auch in dieser Sparte die Bestandsversicherung gefördert. 26,8 Prozent des Vertragsbestandes sind auf den neuesten Tarif umgestellt worden. Durch den Einschluss der Elementarschadenversicherung erzielte diese Sparte ebenfalls einen zusätzlichen Beitrag. Die Schadenquote stieg durch witterungsbedingt erhöhte Schadenstückzahlen auf 57,9 Prozent.

In den Technischen Versicherungen hat vor allem die Elektronik- und Maschinenversicherung zu dem Beitragswachstum beigetragen. Die Witterungseinflüsse des vergangenen Jahres hatten in der Elektronik- und Bauleistungsversicherung einen belastenden Einfluss auf das Schadenaufkommen.

Die Hagelversicherung verzeichnete in 2002 einen erfreulichen Beitragszuwachs. Dem stand jedoch ein sehr schadenbelastetes Jahr gegenüber. In vielen Regionen des Geschäftsgebiets gab es schwere Hagelunwetter, die zu einer Verdopplung der Schadenanzahl im Vergleich zum Vorjahr führten.

Sonstige Sachversicherung

Die Sparten der gewerblichen Gebäude- und Inhaltsversicherungen verzeichneten ein erfreuliches Beitragswachstum. Hier hat sich die Bestandsarbeit der letzten Jahre und die günstigere Marktsituation positiv ausgewirkt.

Der außergewöhnlich hohe Beitragszuwachs in der Einbruchdiebstahlversicherung ist fast ausschließlich auf einmalige Beiträge anlässlich der Währungsumstellung zurückzuführen. Dennoch stieg die Schadenquote an, da insbesondere im Krankenhausbereich und im kommunalen Geschäft die Schadensituation unbefriedigend verlief. Darüber hinaus hat ein großer Raubschaden die Ergebnissituation belastet.

Das Ergebnis in der Sparte Leitungswasser hat sich im letzten Jahr verschlechtert. Sanierungsmaßnahmen wurden in den besonders schadenträchtigen Segmenten begonnen und werden im Jahr 2003 weiter ausgebaut.

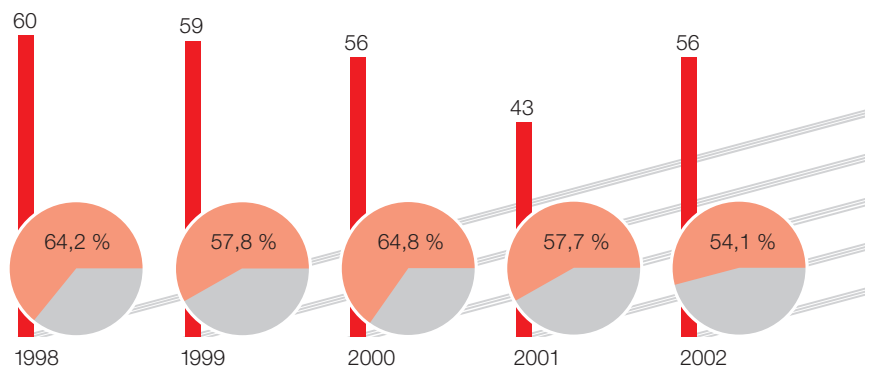
In der Sturmversicherung haben mehrere starke Stürme, insbesondere im Oktober 2002, zu einer ungewöhnlich hohen Belastung der Sparte geführt.

Entwicklung der sonstigen Sachversicherung

	gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2002 Mio. €	in % zum Vorjahr	2002 %	2001 %
Leitungswasser	15,0	1,8	87,1	85,3
Sturm	14,4	2,1	133,9	19,6
Glas	12,4	3,1	60,7	58,8
Technik	12,6	5,5	75,2	65,6
Einbruch-Diebstahl	11,9	7,8	76,8	59,3
Hagel	2,1	6,8	195,1	63,0

Feuer-Großschäden in der Gebäudeversicherung der Landwirtschaft

- Anzahl der Schäden über 50 000 €
- prozentualer Anteil dieser Schäden am Gesamt-Schadenaufwand



Rechtsschutzversicherung

Der Vertragsbestand konnte aufgrund der positiven Entwicklung des Neugeschäfts und einer geringen Stornoquote um 0,8 Prozent ausgebaut werden. Aktiv unterstützt wurde diese Entwicklung durch eine Mailing-Aktion und konsequente Bestandsbetreuung. Insbesondere im gewerblichen Geschäft haben wir unsere Marktposition gestärkt.

Unterstützt durch die Beitragsangleichung zum 1. Oktober 2002 erhöhte sich das Beitragsaufkommen um 1,3 Prozent auf 23,6 Millionen Euro (Markt: 1,0 Prozent). Die Schadenquote hat sich durch Großschäden auf 69,8 Prozent erhöht.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Die Beitragseinnahme im übernommenen Geschäft verringerte sich um 12,9 Prozent auf 36,7 Millionen Euro, vor allem in den Sparten Allgemeine Haftpflicht und Luftfahrt-Haftpflicht.

Das positive Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Auflösung von Schwankungsrückstellungen in der Allgemeinen Haftpflichtversicherung zurückzuführen.

Schadenverhütung

Der Schadenverhütung wird bei der Brandkasse ein großes Gewicht beigemessen. Die Beratung unserer Kundengruppen Landwirtschaft, Kommunen und Gewerbe/Industrie wurde kontinuierlich ausgebaut und fortgesetzt. Die zur Sicherheitsberatung weiterentwickelte Brandschutzberatung für die Landwirtschaft wurde im Geschäftsjahr mit großem Erfolg aufgenommen.

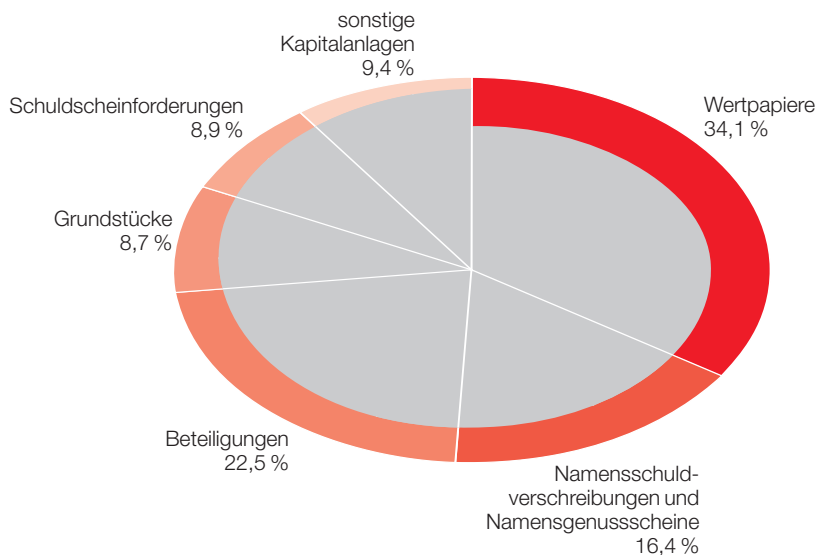
Zur Brandschutzberatung der alltäglichen Gefahren im Haushalt wurde ein Brandschutzmobil in Betrieb genommen. In selbstablaufenden Versuchen wird die Brandgefahr von entzündlichen Flüssigkeiten und Elektrizität sowie die Wirkungsweise von Vorbeugungs- und Löschmaßnahmen demonstriert. Das Brandschutzmobil setzen wir in unserem Geschäftsgebiet vorwiegend bei öffentlichen Veranstaltungen ein, die von unseren Vertretungen und den Sparkassen vorbereitet werden.

Für die Schadenverhütung stellte die Brandkasse weitere finanzielle Mittel zur Verfügung:

- 9,2 Millionen Euro Feuerschutzsteuer
- 1,1 Millionen Euro freiwillige Leistungen für gezielte Schadenverhütungsarbeit in der Öffentlichkeit und für Einzelberatungen
- 2,1 Millionen Euro neue zinsgünstige Darlehen an Kommunen zur Förderung des Feuerlöschwesens in Niedersachsen.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Kapitalanlagen

Die Situation auf den Kapitalmärkten hat die Versicherungsbranche schwer getroffen. Ein Rückgang der Aktienmärkte im dritten Jahr hat marktweit zu hohen Abschreibungen geführt; die stillen Reserven sind stark zurückgegangen.

Im Laufe des Geschäftsjahres haben wir unseren Aktienbestand reduziert und teilweise gegen weitere Kursrückgänge abgesichert. Trotz dieser Maßnahmen mussten Abschreibungen auf die Kapitalanlagen von insgesamt 230 Millionen Euro vorgenommen werden. Darin ent-

halten sind 97,8 Millionen Euro aus einem Aktientausch, dem 90,4 Millionen Euro Abgangsgewinne gegenüber stehen.

Im Zinspapierbereich erfolgten die Investitionen vornehmlich in Papiere mit längeren Laufzeiten. Dabei wurde der erstklassigen Bonität der Schuldner Vorrang gegeben vor höherverzinsten Papieren bei Schuldnern geringerer Bonität. Außerordentliche Erträge ergaben sich durch Realisierungen von stillen Reserven in dieser Anlageposition.

Zum Aufbau der neuen Geschäftsfelder im Bereich der Altersvorsorge wurden die Provinzial Pensionskasse Hannover AG und die Provinzial Pensionsfonds Hannover AG gegründet.

Der Kapitalanlagebestand fiel um 10,1 Prozent auf 1 781 Millionen Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen verringerte sich auf 50,6 Millionen Euro. Damit erzielte die Brandkasse eine Nettoverzinsung von 2,7 Prozent. Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 10,6 Prozent der gesamten Kapitalanlagen.

Verbundene Unternehmen

Die verbundenen Unternehmen sind in den Anhangangaben auf Seite 59 dieses Berichts aufgeführt. Nach § 290 HGB besteht die Verpflichtung, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt nach Aufstellung und Prüfung im Bundesanzeiger.

Entwicklung im Geschäftsjahr 2003 und Ausblick

Der Preis- und Bedingungswettbewerb hat sich leicht entschärft. In den Sparten, die in den letzten Jahren von deutlichen Beitragsverlusten betroffen waren, erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr spürbare Beitragsanpassungen.

Insbesondere in der Kraftfahrtversicherung hat sich marktweit eine Besserung ergeben, sodass Bestandstarife angehoben werden konnten. Auch in der industriellen Feuerversicherung macht sich die Verknappung der Zeichnungskapazitäten durch steigende Prämien bemerkbar. Im gewerblichen und industriellen Sachgeschäft sind marktweit Sanierungen möglich. Tarifierhöhungen können fallweise vereinbart werden.

Unsicher ist die weitere wirtschaftliche Situation. Trotz leicht steigender Nettoeinkommen besteht bei den Verbrauchern eine Kaufzurückhaltung, die auch zu einer weiteren Überprüfung des Versicherungsbedarfs führen kann.

Insgesamt rechnen wir bei der Brandkasse mit einem Beitragswachstum von etwa 2 Prozent. Da in den Kapitalanlagen keine stillen Lasten vorhanden sind, erwarten wir bei gleichbleibender Marktlage im Zins- und Aktienmarkt ein verbessertes Gesamtergebnis.

Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum 1. Januar 2001 sind auch öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems verpflichtet. Ein derartiges System besteht bei der Brandkasse seit mehreren Jahren und wird freiwillig einer Prüfung durch den Abschlussprüfer unterzogen.

Um die Risiken der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Brandkasse frühzeitig erkennen und im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzen wir umfangreiche interne Berichts-, Planungs- und Steuerungssysteme. Darüber hinaus wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Maßnahmen zur Optimierung der Risikolage werden laufend überprüft.

Wettbewerbsrisiken

Der Wettbewerb um den Kunden zeigt sich in einem erheblichen Preisdruck. Versicherungsangebote branchenfremder Wettbewerber verschärfen in einigen Sparten den Bedingungs-wettbewerb. Um dieser Entwicklung zu begegnen, setzen wir auf eine serviceorientierte Marktstrategie. Die Aus- und Weiterbildung des Innen- und Außen-dienstes sowie die Einführung der fallabschließenden Bearbeitung bei den Vertretungen und Sparkassen fördern die Kundennähe.

Versicherungstechnisches Risiko

Als Regionalversicherer mit hohem Marktanteil in der Gebäudeversicherung besteht das versicherungstechnische Risiko in erster Linie in der Sturmgefahr. Wegen des Kumulcharakters kann sich dort ein Schadenereignis erheblich auf die Ertragslage auswirken. Auf Basis entsprechender Schadenszenarien bieten verschiedene Rückversicherungen bei langfristigen Vertragsbeziehungen einen guten Ergebnisschutz.

Der Ausschluss von Terrorrisiken aus den Rückversicherungsverträgen hat die Risikolage nur leicht erhöht, da sich im gezeichneten Erstgeschäft ebenfalls ein Ausschluss vereinbaren ließ. Unsere Kunden im Bereich Industrie und Großbetriebe haben aber die Möglichkeit, das Spitzenrisiko beim Spezialversicherer EXTREMUS abzuschließen.

Risiken aus der Unsicherheit bei der Schadenreservierung werden insbesondere in Sparten mit länger andauernder Regulierung durch laufende Beobachtung der Schadenbestände und Schadenleistungen minimiert. Weitere Erfolge in der Abwicklung werden durch Reha-Management, telefonische Schadenregulierung und weitere Maßnahmen beim Schadenmanagement erzielt.

Entwicklung des Schadenrisikos (Gesamtgeschäft)

	Netto-Schadenquote in %	Abwicklung Schadenreserve VJ* netto in %
2002	78,3	6,9
2001	71,7	5,7
2000	68,2	7,4
1999	72,9	7,9
1998	70,8	9,1
1997	71,9	9,7
1996	65,2	11,0
1995	68,5	9,6
1994	73,2	- 1,1
1993	70,7	8,3

* in % der Eingangsrückstellung

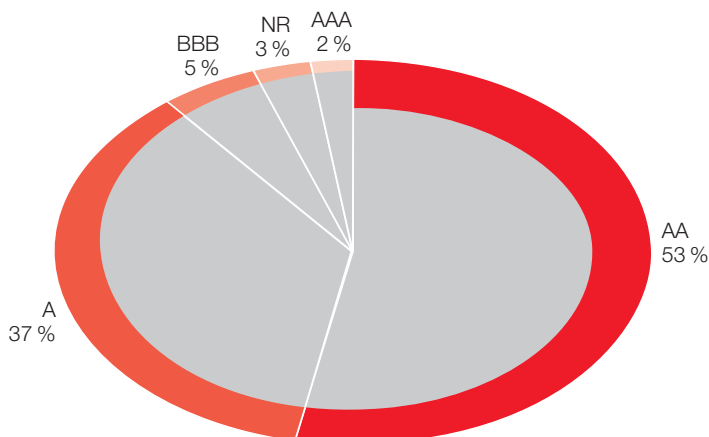
Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Brandkasse gering. Gegenüber Versicherungsnehmern wird diesem Risiko mittels eines IT-gestützten Inkasso- und Mahnwesens begegnet. Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag rund 13,9 Millionen Euro. Dies entspricht 1,6 Prozent der Brutto-Beiträge aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft (Markt: 3,7 Prozent).

Das Risiko von Forderungsausfällen besteht in der Erstversicherung darüber hinaus gegenüber den Rückversicherern. Die Brandkasse sichert sich gegen einen Forderungsausfall durch eine systematische Auswahl und Diversifikation der Rückversicherungspartner ab.

Abgegebene Rückversicherungsbeiträge 2002

nach Ratingklassen Standard & Poor's



Die nebenstehende Grafik zeigt die Verteilung der abgegeben Beiträge aus dem Rückversicherungsgeschäft auf die Rückversicherer gemäß deren Rating nach Standard & Poor's (S&P).

Kapitalanlagerisiken

Die Brandkasse verwaltet die Kapitalanlagen unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess. Marktpreisrisiken werden laufend überwacht und bewertet. Durch eine ausgewogene Mischung und Streuung der Anlagen sowie Volumenlimite je Anlagegeschäft wird das Preisrisiko begrenzt. Um die Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage jederzeit beurteilen zu können, werden auf Basis des aktuellen Kapitalanlagebestands regelmäßig Simulationen durchgeführt. Dabei wird erkennbar, dass bei gleichbleibender Marktlage im Zins- und Aktienmarkt ein verbessertes Anlageergebnis erwartet werden kann.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten begegnet die Brandkasse durch die sorgfältige Auswahl der Emittenten und eine kontinuierliche Ratingüberprüfung. Die Liquidität der Brandkasse wird durch kurz- und langfristige Finanzplanungen sichergestellt. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro getätigt wird.

Für die Stressszenarien wurden die Parameter in Anlehnung an den GDV-Stresstest für Lebensversicherer gewählt. Es wird überprüft, ob bei definierten Marktwertverlusten die Solvabilitätsanforderungen an das Unternehmen noch erfüllt werden. Die erste Simulation unterstellt einen Marktwertverlust von 20 Prozent auf die Aktienbestände und von 5 Prozent auf die festverzinslichen Werte. Die zweite Simulation wird unter der Annahme eines Wertverlustes von 35 Prozent bzw. 10 Prozent auf die jeweiligen Bestände durchgeführt. Bei beiden Berechnungen stehen der Brandkasse ausreichende Sicherheitsmittel zur Verfügung.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Betriebliche Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Aufgaben der EDV-Anwendungen und -Technik auf die Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv) übertragen wurden, hat die Brandkasse Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine systematische ivv-Revision sowie interne Kontrollen gewährleisten darüber hinaus die Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das interne Kontrollsystem begegnet, welche das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und bei dolosen Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Berechtigungen. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko doloser Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird durch die Revision planmäßig überwacht.

Zusammenfassend ist keine Entwicklung erkennbar, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Brandkasse nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Hannover, den 24. Februar 2003

Der Vorstand

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2002

Jahresabschluss

Aktiva	€	€	2002 €	2001 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			3 176 256	6 219 899
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		153 168 388		155 135 719
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	140 521 944			133 384 935
2. Beteiligungen	257 391 194			243 176 364
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	641 250	398 554 388		0
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	558 517 085			772 790 868
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	45 504 826			70 089 801
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	28 310 522			29 297 378
4. Sonstige Ausleihungen	449 001 722			529 134 476
5. Einlagen bei Kreditinstituten	137 600 000	1 218 934 155		40 021 321
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		10 397 712	1 781 054 643	8 933 215
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	13 860 289			12 775 179
2. Versicherungsvermittler	4 370 835	18 231 124		4 270 106
davon: an verbundene Unternehmen 15 172 (36 153) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 482 719 (435 249) €				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		7 918 593		4 221 435
davon: an verbundene Unternehmen 0 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 2 290 818 (334 936) €				
III. Sonstige Forderungen		210 164 966	236 314 683	30 356 838
davon: an verbundene Unternehmen 989 458 (1 392 303) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 181 024 152 (2 408 051) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		15 103 834		17 957 540
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		17 837 968		15 223 540
III. Andere Vermögensgegenstände		1 569 290	34 511 092	1 661 578
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		21 489 875		16 266 317
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		16 154 916	37 644 791	11 475 328
Summe der Aktiva			2 092 701 465	2 102 391 837

Passiva	€	€	2002 €	2001 €
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		20 000 000		20 000 000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	2 000 000			2 000 000
2. Rücklage für außergewöhnliche Risiken	55 000 000			55 000 000
3. Rücklage für Sturmrisiken	35 000 000			35 000 000
4. Andere Gewinnrücklagen	471 000 000	563 000 000	583 000 000	471 000 000
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			9 447 789	17 437 221
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	154 654 518			155 262 076
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	16 375 204	138 279 314		15 787 012
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	8 565 577			7 137 427
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	8 565 577		0
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1 006 508 616			966 188 860
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	216 336 713	790 171 903		204 101 074
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	93 161 542			116 335 437
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	93 161 542		0
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		105 204 980		131 677 257
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	7 895 705			3 772 229
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	- 1 002 523	8 898 228	1 144 281 544	- 978 436
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		207 584 971		200 050 833
II. Steuerrückstellungen		18 986 870		25 325 784
III. Sonstige Rückstellungen		57 534 441	284 106 282	53 418 634
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			394 947	278 408
Übertrag:			2 021 230 562	2 040 974 516

	€	€	2002 €	2001 €
Übertrag:			2021 230 562	2040 974 516
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	37 358 682			31 894 244
2. Versicherungsvermittlern	3 849 744	41 208 426		3 081 588
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 10 106 (8 824) € davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 229 271 (178 020) €				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 890 446 (866 045) € davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 1 813 358 (1 075 781) €		4 427 001		5 522 788
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8 727		987
IV. Sonstige Verbindlichkeiten davon: aus Steuern 6 719 968 (6 115 390) € davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 1 986 204 (1 898 889) € davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 6 127 964 (4 669 656) € davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (0) €		24 609 843	70 253 997	19 459 867
G. Rechnungsabgrenzungsposten			1 216 906	1 457 847
Summe der Passiva			2 092 701 465	2 102 391 837

Versicherungsmathematische Bestätigungen gemäß AktuarV:

Für die Unfallversicherungen:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C II 1 der Passiva und die unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11c VAG ist nicht vorhanden.

Für die Haftpflichtversicherungen:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C III 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB berechnet worden ist.

Hannover, den 24. Februar 2003

Weinkopf

Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002

Jahresabschluss

	€	€	2002 €	2001 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	889 493 870			878 739 929
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	130 537 019	758 956 851		126 793 643
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	607 558			1 080 186
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	588 192	1 195 750	760 152 601	– 1 023 855
2. Technischer Zinsertrag feR			3 160 093	3 068 780
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			958 444	1 009 430
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	650 336 793			555 223 000
bb) Anteil der Rückversicherer	79 449 935	570 886 858		60 677 357
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	40 319 757			47 646 031
bb) Anteil der Rückversicherer	15 835 640	24 484 117	595 370 975	2 744 819
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		– 1 428 151		– 1 840 698
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		– 4 147 563	– 5 575 714	– 33 092
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			9 457 017	32 139 746
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		216 737 463		211 483 373
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		34 638 177	182 099 286	40 277 391
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			14 085 607	10 542 509
9. Zwischensumme			– 42 317 461	871 945
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			26 472 277	– 21 104 828
11. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			– 15 845 184	– 20 232 883
Übertrag:			– 15 845 184	– 20 232 883

	€	€	2002 €	2001 €
Übertrag:			- 15 845 184	- 20 232 883
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	9 808 731			12 801 088
davon: aus verbundenen Unternehmen				
700 446 (1 254 155) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	92 184 861			95 748 332
davon: aus verbundenen Unternehmen				
0 (0) €				
c) Erträge aus Zuschreibungen	5 070 657			632 982
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	176 256 152			22 320 877
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	11 029			3 070
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	8 803 698	292 135 128		4 962 900
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	8 480 498			7 951 168
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	229 518 769			11 083 243
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2 702 946			17 998 588
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil	814 266	241 516 479		2 777 350
		50 618 649		96 658 900
3. Technischer Zinsertrag		- 3 173 224	47 445 425	- 3 079 904
4. Sonstige Erträge		11 511 070		7 657 002
5. Sonstige Aufwendungen		40 190 678	- 28 679 608	40 778 670
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2 920 633		40 224 445
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2 166 980		13 760 366
8. Sonstige Steuern		753 653	2 920 633	772 229
9. Jahresüberschuss			0	25 691 850
10. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			0	25 691 850
11. Bilanzgewinn			0	0

Versicherungszweige und
Versicherungsarten

Lebensversicherung¹⁾

Krankenversicherung¹⁾

Allgemeine Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Kraffahrtversicherung

Luftfahrtversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuerversicherung

**Einbruchdiebstahl- und Raub-
versicherung**

Leitungswasserversicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

**Verbundene
Wohngebäudeversicherung**

Hagelversicherung

Tierversicherung¹⁾

Technische Versicherungen

Einheitsversicherung

Transportversicherung

Kredit- und Kautionsversicherung¹⁾

**Versicherung zusätzlicher Gefahren
zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunter-
brechungs-Versicherung
(Extended Coverage-Versicherung)**

**Betriebsunterbrechungs-
Versicherung**

Beistandsleistungsver-sicherung

**Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflicht-
versicherung**

Sonstige Schadenversicherung

Ausstellungsversicherung

Garderobenversicherung

Jagd- und Sportwaffenversicherung

Musikinstrumentenversicherung

Fotoapparateversicherung

Kühlgüterversicherung

Warenversicherung in Tiefkühlanlagen

Atomanlagen-Sachversicherung

Automatenversicherung

Reisegepäckversicherung

Valorenversicherung (privat)

Campingversicherung

Schlüsselverlustversicherung

Mietverlustversicherung

Tank- und Fasseckageversicherung

Filmtheater-Einheitsversicherung

Vertrauensschadenversicherung

¹⁾ Diese Versicherungszweige werden nur im
übernommenen Geschäft betrieben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Ein erworbener Versicherungsbestand wird entsprechend der voraussichtlich mittleren Bestandsdauer abgeschrieben.

B. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6b EStG und auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind grundsätzlich in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet.

Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen sind mit dem Nennbetrag ausgewiesen.

Die Depotforderungen sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

C. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag und unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften pro rata temporis ermittelt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft werden die Aufgaben der Zedenten angesetzt. Das BdF-Schreiben vom 30. 4. 1974 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird für jeden einzelnen Vertrag nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Vorversicherer eingestellt oder geschätzt.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft individuell je Schadenfall. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Für noch nicht abgewickelte Schäden der Sparte Rechtsschutz aus den Ereignisjahren 1998 und später wird die Rückstellung aufgrund eines statistischen Verfahrens pauschal ermittelt.

Die noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen sind nach dem BMF-Schreiben vom 2. 2. 1973 berechnet.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszins von 4,0 % bei einem Rentenbeginn bis 1. 7. 2000 und mit 3,25 % bei einem Rentenbeginn ab 1. 7. 2000 berechnet. Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden in vertragsmäßiger Höhe berücksichtigt und in Einzelfällen wertberichtigt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch für das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellungen, die Rückstellungen für die Produkthaftpflicht-Versicherungen von Pharmarisiken (Pharmarückstellungen) und die Atomanlagenrückstellungen nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Die Stornorückstellung für zu erwartende Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ist individuell in Höhe der je Vertrag errechneten anteiligen Beiträge zwischen Stilllegungstermin und nächster Fälligkeit gebildet.

Die Rückstellung aufgrund der Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft zur Verkehrsofferhilfe e.V. wurde gemäß der Angabe des Vereins gebildet.

Die Höhe der Rückstellung für noch nicht verdiente Gewinnanteile aus abgegebenem und übernommenem Rückversicherungsgeschäft ergibt sich aus den Rückversicherungsverträgen.

In einer Sparte wurde in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

D. Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (SFAS 87) unter Berücksichtigung der „Richttafeln 1998“ von Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 6 %. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 3,0 %/2,0 % p. a. berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag und den Erfüllungsrückstand. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert bzw. Barwert, noch nicht feststehende Fälle werden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme bilanziert. Für beide Rückstellungen sind die Richttafeln 1998 angewendet worden.

Des Weiteren wurde eine Rückstellung zum Ausgleich von Rentenabschlägen bei vorgezogenem Ruhestand im Zusammenhang mit der Altersteilzeit gebildet. Die Berechnung erfolgte analog der für die Pensionsrückstellungen angewendeten Methoden.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Die Richttafeln 1998 sind angewendet worden.

Die Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB ist mit dem Barwert der künftigen Verpflichtungen unter Berücksichtigung von Fluktuationsabschlägen bewertet worden. Der Zinssatz beträgt 5,5 %.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

F. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Sonstige Angaben

Alle Posten in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages bewertet.

Einzelne Rückversicherungsabrechnungen wurden geschätzt bzw. zeitversetzt bilanziert.

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2002

	Bilanzwerte
	2001
	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	6 220
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	155 136
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	133 385
2. Beteiligungen	243 176
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
Summe B II.	376 561
B III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	772 791
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	70 090
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	29 297
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	237 422
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	236 883
c) Übrige Ausleihungen	54 830
5. Einlagen bei Kreditinstituten	40 021
Summe B III.	1 441 334
Insgesamt	1 979 251

Zeitwertangabe nach § 54 ff RechVersV

Für zum Anschaffungswert ausgewiesene Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 1 241 Millionen Euro (einschließlich der Grundstücke) beträgt der Zeitwert 1 431 Millionen Euro.

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Der Zeitwert für Grundstücke und Bauten ist im Einzelfall unter Berücksichtigung des Ertrags- und Substanzwerts ermittelt worden, wobei grundsätzlich der niedrigere Ansatz gewählt worden ist.

Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	2002 Tsd. €
111	0	0	0	3 155	3 176
7 244	0	186	0	9 025	153 169
33 875	0	1 138	0	25 600	140 522
20 261	0	9 292	5 060	1 814	257 391
641	0	0	0	0	641
54 777	0	10 430	5 060	27 414	398 554
199 385	0	221 086	0	192 573	558 517
20 626	0	44 716	11	506	45 505
1 276	0	2 263	0	0	28 310
843 839	0	790 380	0	0	290 881
410 401	0	489 419	0	0	157 865
320 388	0	374 962	0	0	256
1 347 033	0	1 249 454	0	0	137 600
3 142 948	0	3 172 280	11	193 079	1 218 934
3 205 080	0	3 182 896	5 071	232 673	1 773 833

Das Grundstück der Hauptverwaltung wird mit dem Mittel aus Ertrags- und Substanzwert bewertet. Bei einem weiteren eigengenutzten Verwaltungsgebäude sowie bei einer eigengenutzten Immobilie, die in den letzten Jahren umgebaut bzw. erweitert wurden, basiert der Zeitwert auf einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte im Jahr 2002.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilsverkauf/-veräußerung hergeleitet. Bei einigen Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Erläuterungen zu den Aktiva

B. Kapitalanlagen

B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst:
28 Grundstücke mit Geschäftsbauten
17 Grundstücke mit Wohnbauten
2 Grundstücke ohne Bauten

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen den Bau des Gebäudes der Regionaldirektion Lüneburg.

Die Abgänge des Geschäftsjahres betreffen den Verkauf einer Teileinheit eines Geschäftsgebäudes in Osnabrück und eines Wohngebäudes in Hannover sowie die Erstattung von in Vorjahren gezahlten Erschließungskosten.

Im Geschäftsjahr sind Übertragungen nach § 6 b EStG von 1 956 Tausend Euro vorgenommen worden.

Der Bilanzwert der von uns im Rahmen unserer Tätigkeit selbst genutzten Grundstücke beträgt zum Bilanzstichtag 60 937 (60 249) Tausend Euro.

B III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Hier handelt es sich überwiegend um Hypothekendarlehen an unsere Mitarbeiter. Abschreibungen waren nicht erforderlich.

B III 4. Sonstige Ausleihungen

Unter den Übrigen Ausleihungen sind ausschließlich Namensgenussrechte ausgewiesen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen, Namensgenussscheine und Schuldscheinforderungen von 13 812 (9 367) Tausend Euro, anteiligen Zinsen für 2002, die erst in 2003 fällig werden in Höhe von 21 490 (16 266) Tausend Euro, vorausgezahlte Abschlussprovisionen von 1 647 (1 393) Tausend Euro sowie Beitragsguthaben von 553 (496) Tausend Euro.

B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
B II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	55,00	6 938	61
Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR, Bremen*)	93,25	3 110	114
VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR, Hannover*)	95,00	31 229	599
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Landschaftlichen Brandkasse Hannover mbH, Hannover**)	100,00	74 578	- 2 822
VGH Rechtsschutz Schaden-Service-GmbH, Hannover*) ***)	100,00	51	0
VGH Projekt GmbH, Hannover	100,00	39	8
VGH Beteiligungs GmbH, Hannover	100,00	686	- 131
ivv Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover	63,67	10 833	62
Grundberg:/ Garant Gebäudemanagement GmbH, Hannover	59,21	56	- 7
Provincial Pensionskasse AG, Hannover ****)	100,00	6 000	-
Provincial Pensionsfonds AG i.G., Hannover *****)	100,00	4 000	-
B II 2. Beteiligungen			
Provincial Lebensversicherung Hannover, Hannover*)	50,00	171 000	0
Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg	45,00	93 759	3 222
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg	45,00	7 846	77
Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	30 080	3 469
Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	35,00	6 153	169
Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich	25,00	31 030	79
Provincial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover	37,45	6 840	- 841
VGH Projekt GmbH & Co. Prager Platz KG, Hannover*)	50,00	33 010	- 762
Nordwestdeutsche Treuhand Hannover GmbH, Hannover	40,00	2 230	275
Bürgergemeinschaft Marktplatz Hildesheim GmbH & Co. KG, Hannover	25,64	402	4
Herrenhausen Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover****)	25,00	8 385	0
Bildungszentrum der hannoverschen Versicherungsunternehmen GbR, Hannover	26,85	2 706	70
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts der Gesellschafter der Herrenhausen Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover	25,00	- 1 220	- 633
IfMOS Institut für Mittelstandsfragen gGmbH, Osnabrück	20,00	176	152
Pro-City GmbH Göttingen, Göttingen	20,00	144	- 21
HMG Beteiligungs-GbR der S-Finanzgruppe, Hannover	25,00	158	- 56

*) Die angegebenen Werte beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2002

**) Das Geschäftsjahr endet am 30. September

***) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

****) Die Gesellschaft wurde 2002 gegründet

Erläuterungen zu den Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten enthält eine Rücklage gemäß § 6 b EStG mit 1 635 (2 777) Tausend Euro aus übertragungsfähigen Verkäufen von Grundstücken. Weiterhin sind Wertberichtigungen aus einer Übertragung gemäß § 6 b EStG auf die Grundstücke der VGH & Partner Grund-

stücksgesellschaft bR bzw. Grundstücksgesellschaft Öffentliche Versicherungen Bremen bR mit 7 050 (7 533) Tausend Euro und eine Rücklage gemäß § 14 BerlinFG mit 763 (763) Tausend Euro enthalten.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

	versicherungstechnische Bruttorückstellungen insgesamt		Bruttorückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	
	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €
Unfall	75 843	74 342	52 119	55 666	10 052	5 296
Haftpflicht	252 568	247 656	194 712	195 135	22 971	16 264
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	576 356	550 850	537 075	527 590	35 316	18 130
sonstige Kraftfahrt	36 936	42 536	16 581	14 304	12 613	19 556
Feuer und Sach	274 031	314 854	99 556	77 433	7 242	39 763
davon: Feuer	59 133	67 868	19 415	19 358	2 213	1 798
Verbundene Hausrat	46 449	53 685	7 868	7 119	0	0
Verbundene Gebäude	113 726	135 377	44 286	30 490	0	23 782
sonstige Sach	54 723	57 924	27 987	20 466	5 029	14 183
Rechtsschutz	44 765	41 477	35 756	33 384	752	55
Selbst abgeschlossenes Geschäft	1 273 702	1 284 920	945 255	913 976	91 776	100 949
Übernommenes Geschäft	88 574	95 453	61 254	52 213	13 429	30 728
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1 362 276	1 380 373	1 006 509	966 189	105 205	131 677

C VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

In der Sparte Leitungswasser wird eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 4 Millionen Euro gebildet.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 72 (192) Tausend Euro sowie Disagio-beträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 1 145 (1 266) Tausend Euro.

D I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der handelsrechtliche Ansatz bei der Rückstellung für Pensionen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 207 585 Tausend Euro, der Teilwert gemäß § 6 a EStG beträgt 166 840 Tausend Euro.

D III. Sonstige Rückstellungen

	2002	2001
	Tsd. €	Tsd. €
Rückstellung für Ausgleichsansprüche nach § 89 b HGB	17 767	21 299
Rückstellung für Provisionen	11 223	7 895
Rückstellung für Verpflichtungen aus Vorruhestand und Altersteilzeit	11 290	10 862
Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen	2 277	2 159
Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Gleitzeit und Tantiemen	3 111	2 692
Rückstellung für Belastungen aufgrund des Gesetzes zu Art. 131 GG	580	658
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete Herstellungs- und Instandhaltungsaufwendungen	1 587	245
Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen	7 300	4 634
Übrige Rückstellungen	2 399	2 975
Insgesamt	57 534	53 419

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	gebuchte Bruttobeiträge		verdiente Bruttobeiträge		verdiente Nettobeiträge	
	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €
Unfall	53 266	52 469	52 932	52 487	44 341	44 075
Haftpflicht	87 460	88 597	87 035	89 010	66 056	64 376
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	202 277	197 170	203 417	197 622	195 918	191 590
sonstige Kraftfahrt	129 148	123 553	129 745	123 894	128 052	122 341
Feuer und Sach	349 270	344 578	349 299	344 489	279 405	277 425
davon: Feuer	77 966	77 501	78 714	77 771	51 340	50 718
Verbundene Hausrat	59 647	58 910	59 317	58 637	58 808	58 180
Verbundene Gebäude	137 027	137 120	137 366	137 139	116 431	117 396
sonstige Sach	74 630	71 047	73 902	70 943	52 826	51 131
Rechtsschutz	23 562	23 256	23 323	23 271	23 270	23 242
Selbst abgeschlossenes Geschäft	852 822	836 656	853 535	837 874	740 176	725 980
Übernommenes Geschäft	36 672	42 084	36 566	41 946	19 977	26 023
Gesamtes Versicherungsgeschäft	889 494	878 740	890 101	879 820	760 153	752 003

I 3. Technischer Zinsertrag f.e.R.

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft umfasst die Zinszuführung zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung ausschließlich Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Sie wird brutto durch Multiplikation des arithmetischen Mittels von Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellung mit 4 % bzw. 3,25 % ermittelt. Bei dem Anteil der passiven Rückversicherung handelt es sich um die den Rückversicherern gutgeschriebenen Depotzinsen. Für das in Rückdeckung übernommene

Versicherungsgeschäft werden im Lebensversicherungsgeschäft die vom Vorversicherer erhaltenen Depotzinsen angesetzt.

I 7 a. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 81 500 (73 991) Tausend Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 135 237 (137 492) Tausend Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Rückversicherungs-Saldo		versicherungs-technisches Ergebnis für eigene Rechnung	
2002 Tsd. €	2001 Tsd. €	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €	2002 Tsd. €	2001 Tsd. €
21 142	23 709	15 545	16 495	- 2 183	- 1 186	9 173	8 306
45 678	48 453	29 070	29 897	- 2 458	- 4 589	82	- 5 471
172 274	170 986	26 998	26 612	2 479	13	- 10 268	- 8 436
105 948	90 367	27 704	25 968	- 1 381	- 1 359	1 785	7 087
289 879	201 946	99 269	90 914	3 012	- 11 932	- 22 201	4 785
45 782	51 923	24 507	21 598	- 3 291	4 979	- 3 766	- 2 781
34 342	30 487	18 918	17 515	- 507	- 439	2 549	3 012
143 604	79 523	32 031	30 050	3 590	- 9 972	- 13 481	4 784
66 151	40 012	23 813	21 751	3 220	- 6 500	- 7 503	- 230
16 271	15 027	4 645	5 340	818	- 867	- 417	- 1 023
654 437	554 077	205 355	197 177	- 977	- 20 809	- 21 668	5 455
36 220	48 792	11 382	14 306	952	- 3 309	5 822	- 25 688
690 657	602 869	216 737	211 483	- 25	- 24 118	- 15 845	- 20 233

I 8. Sonstige versicherungs-technische Aufwendungen f.e.R.

Die Abschreibung auf den in 1997 erworbenen Rechtsschutz-Versicherungsbestand beträgt 2 995 Tausend Euro und ist dieser Position zugeordnet.

II 1 b. Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus anderen Kapitalanlagen resultieren 14 817 (15 006) Tausend Euro aus Grundstücken und 77 368 (80 743) Tausend Euro aus anderen Kapitalanlagen.

II 2 b. Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Dieser Posten enthält außerplanmäßige Abschreibungen auf Grundstücke in Höhe von 1 259 Tausend Euro, auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 25 600 Tausend Euro und Beteiligungen in Höhe von 1 814 (1 015) Tausend Euro.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2002	2001
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	85 864	81 896
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	4 504	5 513
3. Löhne und Gehälter	75 382	72 105
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	13 777	13 415
5. Aufwendungen für Altersversorgung	6 249	9 894
6. Aufwendungen insgesamt	185 776	182 823

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2002	2001
	Stück	Stück
Unfall	374 600	383 441
Haftpflicht	687 259	684 617
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	990 997	970 486
sonstige Kraftfahrt	761 807	748 305
Feuer und Sach	1 619 116	1 616 090
davon: Feuer	186 367	188 118
Verbundene Hausrat	491 812	492 522
Verbundene Gebäude	490 455	490 313
sonstige Sach	450 482	445 137
Rechtsschutz	168 008	166 649
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	4 612 326	4 580 032

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen 1 153 Tausend Euro.

Gegenüber einem Lebensversicherungsunternehmen besteht die Verpflichtung, weitere Organisationszuschüsse zu leisten, insbesondere um die geschäftsplanmäßige Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss sicherzustellen. Derzeit wird mit einer Forderung nicht gerechnet.

Als Mitglied des Vereins „Verkehrsofferhilfe e.V.“ sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereins-

zwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ferner sind wir Mitglied des Vereins „Deutsches Büro Grüne Karte e.V.“.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Pool-Mitglieder zahlungsunfähig wird. Gleichartige Verpflichtungen bestehen aufgrund von Verträgen mit der Deutschen Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft und mit dem Deutschen Luftpool.

Als Mitglied des „Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer“ haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 22,38 Millionen Euro beschränkt.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 312 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen von 53518 Tausend Euro sowie Schuldversprechen von 6212 Tausend Euro (davon an verbundene Unternehmen 4034 Tausend Euro).

Das Ausmaß der Ergebnisbeeinflussung durch im Geschäftsjahr und in Vorjahren vorgenommene steuerliche Abschreibungen und gebildete Sonderposten mit Rücklageanteil ist aufgrund der Abschreibungsdauern gering.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 1 448. Hiervon entfallen im Innendienst 717 auf die Hauptverwaltung und 650 auf unsere Regionaldirektionen. Im Außendienst sind 81 Mitarbeiter bei uns angestellt. Mitarbeiter, die auch mit der Provinzial Lebensversicherung Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihrem Arbeitseinsatz anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 1 224 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 46 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 10 und 33 Jahren. Der Zinssatz beträgt 4,6 %. An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene sind insgesamt 794 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 12 096 Tausend Euro passiviert. An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 196 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 46 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeit der Kredite beträgt 28 Jahre; der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,6 %. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 10 Tausend Euro.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 30 bis 32 angegeben.

Hannover, den 24. Februar 2003

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Tewes

Vorholt

Bestätigungs- vermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landschaftlichen Brandkasse Hannover für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Fest-

legung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 11. März 2003

KPMG NORDTREU GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Geib
Wirtschaftsprüfer

Schuster
Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben auf Grund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Landschaftlichen Brandkasse Hannover unterrichtet worden. Ferner befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2003, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2003 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Der Aufsichtsrat wurde über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet. Im Rahmen der turnusgemäßen Berichterstattung nach KonTraG wurden die Bereiche Kapitalanlagen und Rückversicherung detailliert behandelt.

Der Aufsichtsrat hat einen Hauptausschuss und einen Ausschuss für Vertriebsfragen gebildet. Der Hauptausschuss tagte im Geschäftsjahr dreimal. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die Kapitalanlagetätigkeiten und die Situation auf den Finanzmärkten. Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Kundenbindung bei der VGH sowie den Vertriebsschwerpunkten in der VGH Produktpalette. Im Hinblick auf die 50%ige Trägerschaft der Landschaftlichen Brandkasse Hannover an der Provinzial Lebensversicherung Hannover konstituierte sich im August 2002 aus Mitgliedern des Aufsichtsrats der Provinzial ein Ausschuss, in den auch Mitglieder des Aufsichtsrats der Brandkasse berufen wurden. Aufgabe des Arbeitskreises war es, unter Einbeziehung externer Berater die Auswirkungen des Verfalls der Kapitalmärkte auf die Provinzial zu untersuchen sowie die Risikotragfähigkeit des Portefeuilles der Provinzial zu bewerten. Über die Ergebnisse hat der Arbeitskreis sowohl den Aufsichtsrat der Provinzial als auch den der Brandkasse informiert.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die KPMG NORDTREU GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Landschaftlichen Brandkasse Hannover hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Darüber hinaus nahm der Abschlussprüfer in seinem Bericht zu dem bestehenden Überwachungs- und Risikokontrollsystem des Vorstands nach § 91 Abs. 2 AktG Stellung.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt dem Brandkassenausschuss den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Der bisherige Vorstandsvorsitzende Herr Dr. Günter Schmidt und das Vorstandsmitglied Herr Dieter Feldkamp sind am 30. Juni 2002 in den Ruhestand getreten. Der Aufsichtsrat dankt ihnen für ihre langjährige erfolgreiche Arbeit. Mit Wirkung zum 1. Juli 2002 wurde Herr Dr. Robert Pohlhausen zum Vorstandsvorsitzenden und Herr Bernd Schnabel zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt. Die Herren Rainer Tewes und Thomas Vorholt wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 25. März 2003

v. Lenthe
Vorsitzender

Landschaftliche Brandkasse Hannover, gegründet im Jahre 1750 durch die Calenberg-Grubenhagensche Landschaft.

Jahr	Beiträge	Versicherungs- summen	Anschluss der Brandversicherungsanstalten
1751	4 896 Thl	8 811 900 Thl	
1850	182 036	82 092 250	Fürstenthum Hildesheim
1851	299 224	94 994 600	Fürstenthum Lüneburg
1873	300 552	133 739 164	Grafschaften Hoya und Diepholz
1878	1 383 649 M	761 250 370 M	Fürstenthum Osnabrück
1882	2 069 202	981 222 635	Herzogthümer Bremen und Verden
1925	6 705 983 RM	3 686 312 425 RM	
1938	11 702 000	—	
1945	14 476 000	—	

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Stammkapital und offene Rücklagen
	TDM	TDM	TDM	TDM
1950	19 052	16 796	3 648	7 956
1955	33 051	28 230	24 546	10 737
1960	48 494	40 724	48 304	18 644
1965	83 853	68 188	75 542	32 623
1970	133 052	105 564	88 229	51 300
1975	234 010	177 923	128 510	65 400
1980	367 670	279 246	291 556	100 100
1985*	957 740	828 532	1 070 388	357 000
1990	1 274 648	1 056 452	1 267 300	609 600
1991	1 372 519	1 169 276	1 298 067	656 000
1992	1 428 119	1 227 235	1 347 250	714 000
1993	1 534 363	1 287 901	1 330 139	767 000
1994	1 659 596	1 428 461	1 535 834	790 000
1995	1 698 567	1 439 608	1 750 753	817 000
1996	1 696 696	1 444 304	1 904 101	907 000
1997	1 682 915	1 427 052	2 033 167	975 000
1998	1 667 724	1 424 509	2 068 364	975 000
1999	1 666 838	1 419 752	2 109 081	1 010 000
2000	1 676 859	1 434 713	2 139 868	1 090 000
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	878 740	751 946	1 161 464	583 000
2002	889 494	758 957	1 144 282	583 000

* ab 1984 einschließlich HUK-Versicherungen

Währungseinheiten:

- 1751–1817 Thaler-Cassemünze
- 1817–1834 Thaler-Conventionsmünze
- 1834–1874 Thaler-Courant
- 1875–1923 Mark
- 1924–1948 Reichsmark
- 1949–2000 Deutsche Mark
- ab 2001 Euro

Mit Beginn der Reichsmark-Zeit verlieren die Versicherungssummen, die einen

Aussagewert nur im Gebäude-Feuer-
geschäft haben, an Bedeutung. Die
anderen Versicherungszweige wie u. a.
Leitungswasser, Sturm, Glas, Hagel,
Transport, Maschinen, Bauleistungen
sowie das Mobiliar-Feuergeschäft
gewinnen ständig an Gewicht. Der Aus-
sagewert verlagert sich nunmehr auf die
Beitragseinnahmen und die technischen
Werte.

Bericht über das 84. Geschäftsjahr 2002

vorgelegt in der Sitzung
der Trägerversammlung
vom 1. April 2003

■ Beitrags- und Bestandsentwicklung im Markttrend

Die laufende Beitragseinnahme steigt um 3,6 Prozent. Insgesamt erhöhen sich die gebuchten Beiträge auf 642 Millionen Euro.

Der Bestand wächst um 2,7 Prozent auf 23,8 Milliarden Euro Versicherungssumme.

Die Stornoquote liegt mit 3,9 Prozent erneut unter den Vergleichszahlen des Marktes.

■ Zurückhaltung der Verbraucher bei Riester-Produkten

Marktweit sind die Erwartungen nicht erfüllt. Die Provinzial akquiriert 50 000 Verträge. Die Beitragseinnahme beträgt 5 Millionen Euro.

■ Hervorragende Kostensituation gehalten

Die Verwaltungskostenquote liegt bei 1,9 Prozent, die Abschlusskostenquote für die konventionellen Sparten bei 4,4 Prozent.

Wie in den Vorjahren liegt die Provinzial mit diesen Kennzahlen in der Spitzengruppe aller Anbieter.

■ Negative Entwicklung auf den Aktienmärkten belastet das Gesamtergebnis

Aufgrund der hohen Wertverluste bei Kapitalanlagen sinkt die Nettoverzinsung auf 1,6 Prozent. Der Abschreibungsbedarf wird weitestgehend verkraftet.

Es verbleiben stille Lasten in Höhe von 19 Millionen Euro.

■ Überschussbeteiligung angepasst

Die Überschussbeteiligung an unsere Kunden wird entsprechend der Marktentwicklung auf eine Gesamtverzinsung der Guthaben von 4 Prozent angepasst.

Zusätzlich werden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben.

Wirtschaftliches Umfeld

Die gesamtwirtschaftliche Situation hat sich entgegen den Erwartungen in 2002 nicht verbessert. Weder die Unternehmensinvestitionen noch die Ausgaben für den privaten Konsum gaben ausreichende Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

Mit der Einführung der neuen staatlich geförderten Altersvorsorge durch das Altersvermögensgesetz (AVmG) wurden marktweit hohe Absatzerwartungen verbunden. Diese haben sich nicht eingestellt. Dennoch wird der Notwendigkeit einer zusätzlichen privaten Vorsorge in der Bevölkerung ein hoher Stellenwert beigemessen.

Der dramatische Kursverfall auf den Aktienmärkten belastete die Bilanzen der Lebensversicherer wiederholt in einem hohen Maß. Risikopositionen mussten zurückgeführt werden, um den Abschreibungsbedarf zu begrenzen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen aufgrund des Steuersenkungsgesetzes schränkten jedoch den Handlungsspielraum ein. Die weitere Entwicklung in der Steuergesetzgebung bleibt abzuwarten. Die rückläufigen Erträge aus den Kapitalanlagen führten zu einer marktweiten Senkung der Überschussbeteiligung.

Insgesamt steigerte der deutsche Versicherungsmarkt das Neugeschäft um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Beitragswachstum erreichte 4,8 Prozent.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Das Neugeschäft der Provinzial lag mit einer Versicherungssumme von 2 143 Millionen Euro auf dem Niveau eines Geschäftsjahres, welches nicht durch Sondereinflüsse geprägt ist. Im Vorjahr führten die Einschränkungen in der gesetzlichen Erwerbsunfähigkeitsversicherung bei der Provinzial zu einem erheblichen Anstieg des Neugeschäfts. Das gesamte Neugeschäft lag, gemessen in Versicherungssumme, zwar um 38,7 Prozent unter dem Vorjahreswert, dennoch konnten die laufenden Beiträge

um 3,6 Prozent auf 591,8 Millionen Euro (Markt: 3,7 Prozent) gesteigert werden.

Aufgrund der Entwicklung auf den Aktienmärkten verringerte sich das Kapitalanlageergebnis von 265 Millionen Euro auf 98 Millionen Euro. Dies entspricht einer Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 1,6 Prozent (Vorjahr: 4,6 Prozent). Stillen Lasten in Höhe von 86 Millionen Euro standen zum Bilanzstichtag stille Reserven von 67 Millionen Euro gegenüber.

Die Provinzial weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Zur Finanzierung der zugesagten Direktgutschrift wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 77,1 Millionen Euro entnommen. Die Eigenmittelquote beträgt 180 Prozent.

Die Provinzial hat bereits frühzeitig angekündigt, die Gewinnbeteiligung abzusenken. Die Versicherungsnehmer erhalten für 2003 eine Gesamtverzinsung ihrer Guthaben von 4 Prozent (Vorjahr: 6 Prozent). Darüber hinaus werden unseren Kunden Kosten- und Risikogewinne gutgeschrieben sowie die (nicht garantierte) Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile erhöht.

Bewertungen durch Rating-Agenturen

Wie in den vergangenen Jahren wurde die Provinzial auf Basis der Geschäftsdaten 2001 positiv beurteilt. Beim Morgen & Morgen-Rating erreichte die Provinzial mit einer 4-Sterne-Bewertung abermals eine gute Position. Der Wirtschaftsdienst „map-report“ hat der Provinzial mit der Note „mm“ ebenfalls sehr gute Leistungen testiert.

Der Geschäftsverlauf im Einzelnen

Neuzugang

Der Neuzugang aus eingelösten Versicherungsscheinen und Erhöhungen erreichte 2 143 Millionen Euro Versicherungssumme. Aufgrund der Veränderungen in der gesetzlichen Erwerbsunfähig-

keitsversicherung konnte im Vorjahr ein überdurchschnittlich gutes Vertriebsergebnis erzielt werden, sodass im Geschäftsjahr der Neuzugang um 38,7 Prozent (Markt: 0,1 Prozent) unter dem Vorjahreswert lag. Der Absatz der Verträge nach dem AVmG hat unsere Erwartungen nicht erfüllt. Ursächlich war neben der negativen Berichterstattung auch der frühzeitige Abschluss von Rahmenvereinbarungen der Gewerkschaften und Arbeitgeber, die Teile der Arbeitnehmer durch Gruppenverträge in ihren Möglichkeiten zu individuellen Altersvorsorgelösungen eingeschränkt hat.

Trotz der marktweit sehr zurückhaltenden Nachfrage nach den AVmG-Rentenversicherungsverträgen konnten wir über 50 000 Verträge mit einem laufenden jährlichen Beitrag von 5 Millionen Euro akquirieren.

um 2,8 Prozent auf 598,9 Millionen Euro. Die Anzahl der Verträge erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 6,9 Prozent und betrug 726 944 Stück (Markt: 2,3 Prozent). Die betriebenen Versicherungsarten sind auf Seite 106 aufgeführt.

Die öffentliche Diskussion in den Medien über die Zukunft der Lebensversicherung hat viele Verbraucher verunsichert. Daher musste auch bei der Provinzial ein Anstieg der Stornoquote auf 3,9 Prozent hingenommen werden. Diese wichtige Kennzahl eines Lebensversicherers liegt weiterhin deutlich unter dem Marktdurchschnitt von 4,9 Prozent. Der laufende Beitrag erreichte 591,8 Millionen Euro und lag um 3,6 Prozent (Markt: 3,7 Prozent) über dem Vorjahreswert. Aufgrund des geringeren Neugeschäfts bei Verträgen gegen Einmalbeitrag haben sich die gebuchten Beiträge insgesamt nur um 1,5 Prozent auf 641,7 Millionen Euro erhöht (Markt: 4,8 Prozent).

Bestand und Beitragseinnahme

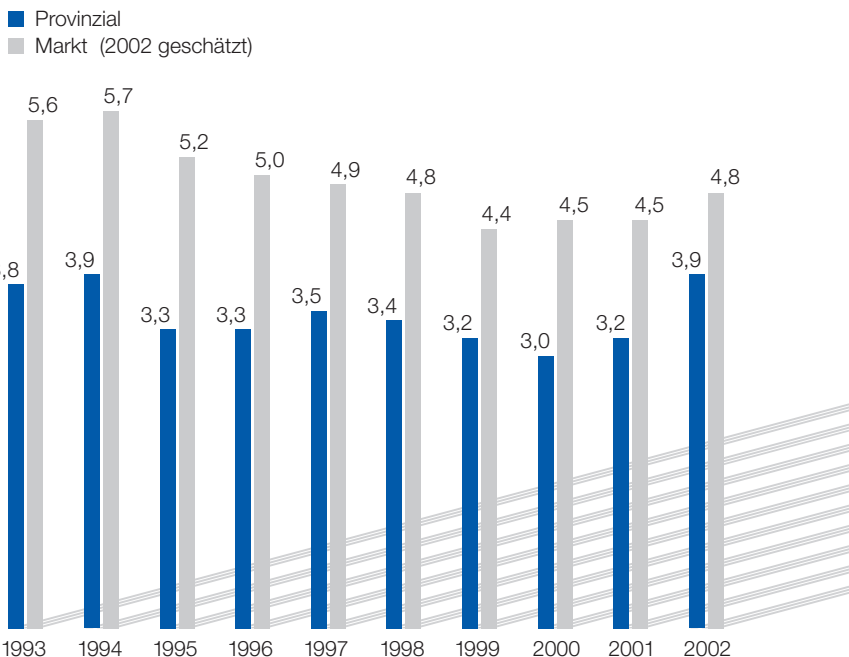
Der Versicherungsbestand stieg um 2,7 Prozent auf 23,8 Milliarden Euro Versicherungssumme (Markt: 5,3 Prozent). Gemessen am statistischen Jahresbeitrag vergrößerte sich der Bestand

Versicherungsleistungen

Für Versicherungsfälle, ausgezahlte Gewinnanteile und Rückkäufe leisteten wir 602,5 Millionen Euro. Diese Leistungen waren ganz überwiegend Erlebensfallleistungen. Zur Sicherstellung der künftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden führten wir der Deckungsrückstellung, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und dem Ansammlungsguthaben unserer Versicherungsnehmer 70,2 Millionen Euro zu.

Entwicklung der Stornoquote

bis 1994 in % der Versicherungssumme des mittleren Bestands
ab 1995 in % des statistischen Jahresbeitrags des mittleren Bestands



Risiko- und Kostenergebnis

Die Aufwendungen für vorzeitige Versicherungsfälle gestalteten sich erneut günstiger, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn ergab 56,4 Millionen Euro.

Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, sodass sich ein positives Kostenergebnis von 20,1 Millionen Euro ergab. Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnete sich für die laufenden Aufwendungen ein Kostensatz von 1,90 Prozent.

Die Abschlusskostenquote der Provinzial betrug für die konventionellen Sparten (ohne AVmG-Verträge) 4,41 Prozent der Beitragssumme des Neugeschäfts. Darüber hinaus enthalten die Abschlusskosten Investitionen für den Aufbau des Geschäftsfelds „Prämienrente“.

Wie in den Vorjahren lagen wir bei den Kennzahlen, welche die Kostensituation eines Lebensversicherers beurteilen, in der Spitzengruppe aller Anbieter.

Kapitalanlagen

Die Situation auf den Kapitalmärkten hat die Versicherungsbranche schwer getroffen. Ein Rückgang der Aktienmärkte im dritten Jahr hat marktweit zu hohen Abschreibungen geführt. Nachdem die Provinzial bereits 2001 die Aktienbestände reduziert hatte, erfolgte im ersten Halbjahr 2002 ein weiterer Abbau bzw. die Sicherung der Aktienbestände gegen weitere Kursrückgänge. Trotz der Vorsichtsmaßnahmen wurden zur Anpassung der Buchwerte an die aktuelle Marktlage Abschreibungen in Höhe von 379 Millionen Euro vorgenommen.

Bei der Bewertung der Kapitalanlagen hat die Provinzial die Langfristigkeit ihres Versicherungsgeschäfts berücksichtigt. Die Zuordnung der Kapitalanlagen zum Anlagevermögen erlaubt eine längerfristige und auf eine Stabilisierung des Marktes abstellende Kapitalanlagepolitik. Insgesamt hat die Provinzial in Kapitalanlagen mit einem Gesamtvolumen von 345,0 Millionen Euro Abschreibungen in Höhe von 86,1 Millionen Euro vermieden. Soweit die künftige Entwicklung auf den Aktienmärkten es erfordert, könnten in den folgenden Geschäftsjahren zusätzliche Abschreibungen in Höhe der stillen Lasten entstehen.

Durch den sukzessiven Abbau von Risikopositionen wurde der Anteil der festverzinslichen Papiere erhöht. Außerordentliche Erträge ergaben sich durch Realisierung von stillen Reserven in dieser Anlageart.

Der Kapitalanlagebestand erhöhte sich um 1,5 Prozent auf 6 018 Millionen Euro.

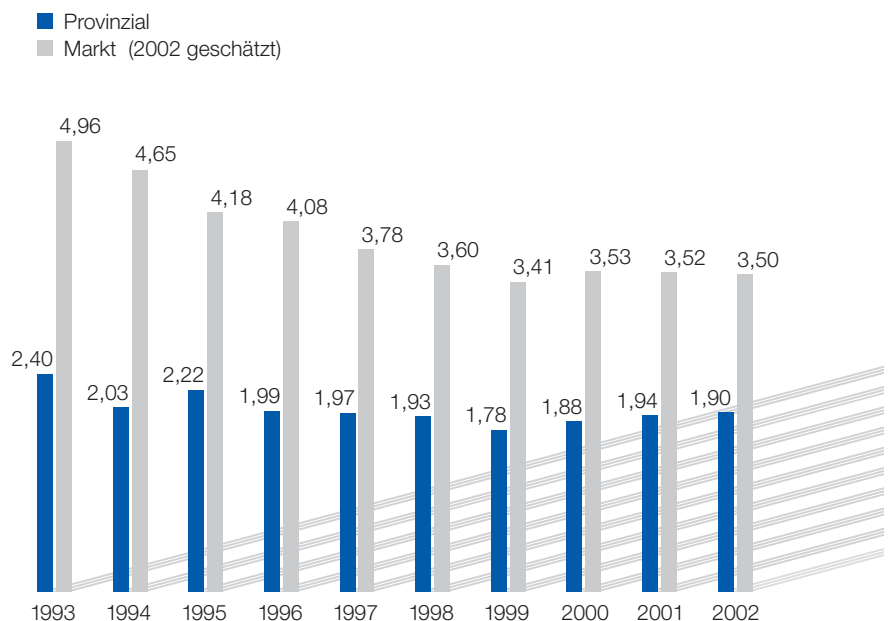
Das Nettoergebnis erreichte 98 Millionen Euro. Die Nettoverzinsung sank auf 1,6 Prozent (Vorjahr 4,6 Prozent). Die stille Last als Differenz der Markt- und Buchwerte aller zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 19 Millionen Euro.

Entwicklung im Geschäftsjahr 2003 und Ausblick

Aufgrund der schwierigen Situation auf den Kapitalmärkten hat die Provinzial die Gewinnbeteiligung am Zinsüberschuss auf eine Gesamtverzinsung der Guthaben von vier Prozent angepasst. Da der eigenverantwortlichen Altersvorsorge nach wie vor eine große Bedeutung zukommt und die Nachfrage nach Lebensversicherungsprodukten als echte Altersvorsorge steigt, erwarten wir bei der Provinzial ein Neugeschäftsvolumen auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2002. Aufgrund der relativ hohen Bestandsfestigkeit werden sich die laufenden Beiträge positiv entwickeln.

Entwicklung der Verwaltungskostenquote

in % der gebuchten Bruttobeiträge
ab 1995 geänderte Rechnungslegung



Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum 1. Januar 2001 sind auch öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems verpflichtet. Ein derartiges System besteht bei der Provinzial seit mehreren Jahren und wird freiwillig einer Prüfung durch den Abschlussprüfer unterzogen. Um die Risiken der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Provinzial erkennen und im Bedarfsfall entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzen wir umfangreiche interne Berichts-, Planungs- und Steuerungssysteme. Darüber hinaus wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Maßnahmen zur Optimierung der Risikolage werden laufend überprüft.

Wettbewerbsrisiken

Der Wettbewerb um den Kunden zeigt sich in einem erheblichen Preisdruck. Verschärft wird die Situation in der Lebensversicherung durch die steigende Konkurrenz weiterer Finanzprodukte in der Altersvorsorge. Um dieser Entwicklung zu begegnen, setzen wir auf eine serviceorientierte Marktstrategie. Die Aus- und

Weiterbildung des Innen- und Außendienstes sowie die Einführung der fallabschließenden Bearbeitung bei den Vertretungen und Sparkassen fördern die Kundennähe.

Versicherungstechnische Risiken

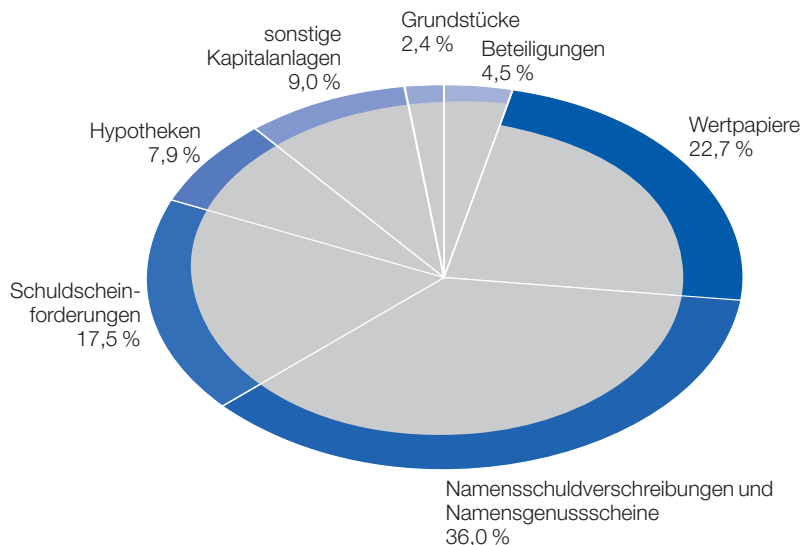
Das versicherungstechnische Risiko in der Lebensversicherung besteht im Wesentlichen aus dem Änderungsrisiko, dass sich durch die Langfristigkeit der Verträge ergibt. Zur Beschränkung dieses Risikos werden in den Kalkulationsgrundlagen der Lebensversicherer Sicherheitszuschläge berücksichtigt. Die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Aktuarsvereinigung als ausreichend für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Das mögliche Risiko eines Forderungsausfalls im Versicherungsgeschäft ist bei der Provinzial gering. Gegenüber Versicherungsnehmern spielen die noch nicht fälligen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft eine besondere Rolle. Durch vorsichtige Kalkulation und gute Beratung des Außendienstes mit der Folge niedriger Stornoquoten wird das Verlustrisiko reduziert. Die Beitragsaußenstände betragen 1,6 Prozent der gebuchten Brutto-Beiträge.

Kapitalanlagen

Aufteilung nach Anlagearten



Kapitalanlagerisiken

Die von der Provinzial verwalteten Kapitalanlagen dienen zum weit überwiegenden Teil der Deckung von zukünftigen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern. Dies stellt besondere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlage und an ein damit korrespondierendes Risikomanagement.

Die Provinzial tätigt Kapitalanlagen unter strikter Beachtung der innerbetrieblichen Bestimmungen in einem strukturierten Anlageprozess. Marktpreisrisiken werden unterjährig laufend überwacht und

bewertet. Durch eine ausgewogene Mischung und Streuung der Anlagen sowie Volumenlimite je Anlagegeschäft wird das Preisrisiko begrenzt. Regelmäßige Simulationen und eine ständige Steuerung der Mischung der verschiedenen Kapitalanlagen ermöglichen einen Nutzen aller Chancen unter Beachtung des vorhandenen Risikokapitals.

Bonitätsrisiken der Kontrahenten begegnet die Provinzial durch die sorgfältige Auswahl der Emittenten und eine kontinuierliche Ratingüberprüfung. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögensanlage im Wesentlichen in Euro getätigt wird.

Soweit die künftige Entwicklung auf den Aktienmärkten es erfordert, könnten in den folgenden Geschäftsjahren zusätzliche Abschreibungen in Höhe der stillen Lasten entstehen. Trotz dieser möglichen Ergebnisbelastung können bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten die bestehenden Zinsverpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern erfüllt werden.

Die Stressszenarien wurden nach dem vom Gesamtverband der Versicherungswirtschaft empfohlenen Stresstest durchgeführt. Dieser Test prüft, ob bei definierten Marktwertverlusten die Solvabilitätsanforderungen an das Unternehmen noch erfüllt werden. Die erste Simulation unterstellt einen Marktwertverlust von 20 Prozent auf die Aktienbestände und von 5 Prozent auf die festverzinslichen Werte. Die zweite Simulation wird unter der Annahme eines Wertverlustes von 35 Prozent bzw. 10 Prozent auf die jeweiligen Bestände durchgeführt. Bei beiden Berechnungen sind unter Berücksichtigung der zum Bilanzstichtag vorhandenen Sicherungsmaßnahmen, im ersten Fall auch ohne Sicherungen, die Solvabilitätsanforderungen erfüllt. Zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung ist ein Rückgang der Aktienindices annähernd in Höhe der ersten Simulation eingetreten.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko betrifft Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einfluss-

faktoren entstehen oder die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Betriebliche Risiken können insbesondere durch eine unzureichende Systemverfügbarkeit sowie den Ausfall technischer Einrichtungen entstehen. Da die wesentlichen Aufgaben der EDV-Anwendungen und -Technik auf die Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH (ivv) übertragen wurden, hat die Provinzial Rahmenvereinbarungen mit der ivv getroffen, um die EDV-Risiken zu begrenzen. Eine systematische ivv-Revision sowie interne Kontrollen gewährleisten darüber hinaus die Sicherheit und Verfügbarkeit der IT-Anlagen, Daten und Programme.

Risikoaspekten im organisatorischen und funktionalen Verwaltungsbereich wird durch das interne Kontrollsystem begegnet, welche das Fehlerrisiko in den Geschäftsprozessen und bei dolosen Handlungen reduziert. Alle Zahlungsströme unterliegen strengen Regelungen hinsichtlich der Vollmachten und Berechtigungen. Entsprechende Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip sowie Stichprobenverfahren nach dem Zufallsprinzip minimieren das Risiko doloser Handlungen bei der Erledigung von Geschäftsvorfällen. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems wird durch die Revision planmäßig überwacht.

Zusammenfassend ist keine Entwicklung erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Provinzial Lebensversicherung bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Hannover, den 24. Februar 2003

Der Vorstand

Lagebericht

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2002

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Einmalbeitrag in Tsd. €	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	679 741	582 672		23 141 197
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	100 962	61 435	38 631	2 047 479
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)	107 953	3 728	11 310	95 981
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	0	0		192 630
3. Übriger Zugang	1 889	279	44	34 119
4. Gesamter Zugang	102 851	65 442	49 985	2 370 209
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	1 680	1 102		48 090
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	24 523	24 833		738 941
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	23 250	20 523		689 849
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	4 301	2 350		235 095
5. Übriger Abgang	1 894	421		24 521
6. Gesamter Abgang	55 648	49 229		1 736 496
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	726 944	598 885		23 774 910

Einzelversicherungen

Kollektivversicherungen

Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonst. Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversiche- rungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Laufender Beitrag für 1 Jahr in Tsd. €
450 864	428 580	111 249	39 930	75 504	102 638	808	1 438	41 316	10 086
25 621	31 868	15 440	6 277	51 336	21 522	180	313	8 385	1 455
91 947	3 163	2 061	51	8 817	418	0	0	5 128	96
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
263	246	42	14	1	10	0	0	1 583	9
25 884	35 277	15 482	6 342	51 337	21 950	180	313	9 968	1 560
1 014	691	263	108	197	287	0	0	206	16
10 141	14 488	8 051	2 200	187	7 316	0	0	6 144	829
17 599	16 545	1	61	4 152	3 354	69	101	1 429	462
0	511	4 296	1 704	0	120	0	0	5	15
189	155	38	10	7	14	0	0	1 660	242
28 943	32 390	12 649	4 083	4 543	11 091	69	101	9 444	1 564
447 805	431 467	114 082	42 189	122 298	113 497	919	1 650	41 840	10 082

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	679 741	23 141 197
davon beitragsfrei	121 043	1 338 045
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	726 944	23 774 910
davon beitragsfrei	101 328	1 351 562

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

Zusatzversicherungen insgesamt		
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	267 824	11 395 094
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	263 811	11 754 062

Einzelversicherungen

Kollektivversicherungen

Kapitalversicherungen
(einschl. Vermögensbildungs-
versicherungen) ohne
Risikoversicherungen und
sonst. Lebensversicherungen

Risikoversicherungen

Rentenversicherungen
(einschl. Berufsunfähigkeits-
und Pflegerentenversiche-
rungen) ohne sonstige
Lebensversicherungen

Sonstige
Lebensversicherungen

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
68 097	715 557	16 356	166 393	7 619	245 700	0	0	28 971	210 395
447 805	13 855 440	114 082	5 683 357	122 298	3 640 877	919	24 343	41 840	570 893
60 036	781 964	5 408	40 280	8 894	316 986	0	0	26 990	212 332

Unfall-
Zusatzversicherungen

Berufsunfähigkeits-
oder Invaliditäts-
Zusatzversicherungen

Risiko- und Zeitrenten-
Zusatzversicherungen

Sonstige Zusatz-
versicherungen

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in Tsd. €
121 214	2 926 732	134 331	8 707 733	14	320	8 252	119 277

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2002

Jahresabschluss

Aktiva	€	€	2002 €	2001 €
A. Ausstehende Einlagen auf das Trägerkapital			45 000 000	45 000 000
davon eingefordert: 0 (0) €				
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			6 458	8 881
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				
C. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		147 870 308		135 605 338
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	187 550 000			195 650 000
2. Beteiligungen	93 185 257			88 591 810
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1 282 500	282 017 757		0
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 170 821 547			1 493 420 068
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	162 914 076			135 271 001
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	473 688 576			483 778 142
4. Sonstige Ausleihungen	3 339 095 661			3 319 108 097
5. Einlagen bei Kreditinstituten	442 000 000	5 588 519 860	6 018 407 925	79 000 000
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen			2 086 083	1 189 024
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	39 718 600			44 996 634
2. Versicherungsvermittler	446 778	40 165 378		326 380
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		25 269		0
III. Sonstige Forderungen		12 128 877	52 319 524	16 188 291
davon: an verbundene Unternehmen 2 884 (0) €				
davon: an Beteiligungsunternehmen 22 963 (0) €				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		736 157		1 094 827
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		25 398 941		27 307 601
III. Andere Vermögensgegenstände		2 818 216	28 953 314	0
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		95 656 074		70 946 177
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		139 295 325	234 951 399	15 479 089
Summe der Aktiva			6 381 724 703	6 152 961 360

Passiva	€	€	2002 €	2001 €
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		60 000 000		60 000 000
II. Kapitalrücklage		100 000 000		100 000 000
III. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	6 000 000			6 000 000
2. Andere Gewinnrücklagen	5 000 000	11 000 000		5 000 000
IV. Bilanzgewinn		0	171 000 000	766 938
B. Sonderposten mit Rücklageanteil			364 598	388 906
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	98 735 263			97 971 794
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	17 951 475	80 783 788		16 663 534
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	5 383 383 472			5 083 716 466
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	102 473 881	5 280 909 591		83 582 057
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	26 388 564			24 615 751
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 997 167	23 391 397		2 957 770
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	333 798 614			563 149 675
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0	333 798 614	5 718 883 390	0
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag		2 086 083		1 189 024
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		0	2 086 083	0
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		37 363 145		40 455 172
II. Steuerrückstellungen		1 880 882		1 790 897
III. Sonstige Rückstellungen		12 275 825	51 519 852	11 746 021
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			120 425 356	100 245 591
Übertrag:			6 064 279 279	5 993 832 874

	€	€	2002 €	2001 €
Übertrag:			6 064 279 279	5 993 832 874
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	122 032 432			141 023 605
2. Versicherungsvermittlern	2 086 736	124 119 168		2 114 778
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1 183 245		1 034 682
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1 605 390		1 631 432
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		186 046 569	312 954 372	7 565 204
davon: aus Steuern				
832 869 (1 023 530) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit				
327 774 (327 809) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 181 139 521 (2 229 411) €				
H. Rechnungsabgrenzungsposten			4 491 052	5 758 785
Summe der Passiva			6 381 724 703	6 152 961 360

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C II 1 und D der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne von § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 5. 12. 2002 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Hannover, den 24. Februar 2003

Weinkopf
Verantwortlicher Aktuar

Bestätigung gemäß VAG:

In analoger Anwendung zu § 73 VAG bestätige ich, dass die für die Bedeckung der in der Bilanz eingestellten Deckungsrückstellungen erforderlichen Vermögensanlagen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Hannover, den 25. Februar 2003

Dr. Rose
Treuhandler

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002

Jahresabschluss

	€	€	2002 €	2001 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	641 738 979			632 563 057
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	38 665 746	603 073 233		38 633 980
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	- 763 469			884 514
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	1 289 103	525 634	603 598 867	4 176 691
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			81 353 158	129 634 965
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		4 763 597		4 583 496
davon aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
aa) Erträge aus Grundstücken	9 562 301			7 765 511
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	350 291 977	359 854 278		285 771 587
c) Erträge aus Zuschreibungen		41 915		76 005
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		147 883 416		102 427 060
e) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		24 307	512 567 513	6 751 901
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			77 555 244	7 285 821
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	509 794 938			517 626 404
bb) Anteil der Rückversicherer	11 700 958	498 093 980		7 762 443
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	1 772 814			6 363 802
bb) Anteil der Rückversicherer	39 397	1 733 417	499 827 397	- 139 813
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	- 300 564 064			- 324 665 009
bb) Anteil der Rückversicherer	20 953 629	- 279 610 435		21 984 847
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		0	- 279 610 435	0
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung feR			0	90 569 815
Übertrag:			495 636 950	233 669 075

	€	€	2002 €	2001 €
Übertrag:			495 636 950	233 669 075
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	60 427 014			66 912 330
b) Verwaltungsaufwendungen	12 207 054	72 634 068		12 280 666
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		11 578 455	61 055 613	10 971 935
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		14 285 034		7 369 125
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		379 202 944		110 796 903
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		20 961 748		23 841 700
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		0	414 449 726	0
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			506 620	55 124
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			14 583 874	10 550 443
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			5 041 117	12 834 719
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		7 443 474		1 764 440
2. Sonstige Aufwendungen		11 949 488	4 506 014	11 918 846
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			535 103	2 680 313
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		158 127		1 560 077
5. Sonstige Steuern		376 976	535 103	320 509
6. Jahresüberschuss			0	799 727
7. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen			0	32 789
8. Bilanzgewinn			0	766 938

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

B. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

C. Kapitalanlagen

Grundstücke werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen linearen und degressiven Abschreibungen, ausgewiesen. Sonderabschreibungen nach § 6b EStG werden vorgenommen.

Beteiligungen sind mit Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Der Bilanzwert der Vermögensanlagegesellschaft ergibt sich unter Berücksichtigung der Aufgreif- und Bewertungskriterien der IDW-Verlautbarung zum § 341 b HGB bezogen auf die von dem Unternehmen gehaltenen Einzelwerte (20 Prozent – Aufgreifkriterium), vorhandener Reserven und weiterer Verlustrisiken. Der Bilanzwert der Personengesellschaften ergibt sich aus dem erworbenen Kapitalanteil zuzüglich Kapitalaufstockungen abzüglich eventueller Kapitalrückflüsse.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet, mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen werden nach den für das Anlagevermögen geltenden Grundsätzen unter Beachtung der Verlautbarung des IDW zum § 341 b HGB bewertet.

Eine Abschreibung wegen voraussichtlich dauerhafter Wertminderung erfolgt bei den im Geschäftsjahr erstmals dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen, wenn der Zeitwert in den dem Bilanzstichtag vorangegangenen sechs Monaten durchgehend um mehr als 20 Prozent unter dem Buchwert liegt. Ansonsten wird eine Abschreibung vorgenommen, wenn der Durchschnittswert der täglichen Börsenkurse in den letzten zwölf Monaten um mehr als 10 Prozent unter dem Buchwert liegt. Aufgrund der außergewöhnlichen Kapitalmarktsituation wird der niedrigere beizulegende Wert pauschal als Durchschnittswert der letzten zwölf Monate zuzüglich eines Aufschlages von 10 Prozent angesetzt.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen sind in Höhe der noch nicht getilgten Rückzahlungsbeträge aktiviert. Erforderliche Abschreibungen werden vorgenommen. Agio- und Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung kapitalanteilig auf die Laufzeit verteilt.

Die Namensschuldverschreibungen sind teilweise zu Anschaffungskosten bewertet. Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen nicht börsenfähigen Genussrechte sind zu Anschaffungskosten bilanziert.

Einlagen bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen.

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Die Kapitalanlagen für die fondsgebundene Lebensversicherung werden mit dem Zeitwert angesetzt.

E. Forderungen

Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.

F. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung. Geringwertige Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestands erfolgt mit dem Nennbetrag.

Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Dieser Posten wird, soweit steuerlich zulässig, auch in der Handelsbilanz gebildet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Versicherungsvertrag einzeln ermittelt. Sie sind um die steuerlich zulässigen verausgabten anteiligen Kosten gekürzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Das BdF-Schreiben vom 30. 4. 1974 wird berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet.

Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes werden

■ bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1926/42 und 1967 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35‰ der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafel 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35‰ der Versicherungssumme

■ bei Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 5 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV Sterbetafeln 1994 R mit einem Rechnungszins von 4 % als Rechnungsgrundlage verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes liegen bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 T bzw. bei Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 R sowie ein Rechnungszins von 4 % bzw. 3,25 % und ein Zillmersatz von 40‰ der Beitragssumme zugrunde.

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wird der Schlussüberschussanteilfonds als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 6,5 % berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wird nach dem in § 28 Abs. 7 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 7 % berechnet.

Der Anspruch auf Schlusszahlung für BU-Versicherungen wird in voller Höhe innerhalb des Schlussüberschussanteilfonds reserviert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird individuell je Schadenfall ermittelt. Für Spätschäden wird die fällige Versicherungsleistung unter Abzug der Deckungsrückstellung passiviert. Zu den noch nicht abgewickelten Versicherungsfällen werden die steuerlich rückstellungsfähigen Regulierungsaufwendungen hinzugesetzt. Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen die Rückstellungen den Rückversicherungsverträgen.

D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen wird nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

E. Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem in § 6a EStG festgelegten Teilwert der Verpflichtungen bewertet.

Die Richttafeln 1998 von Dr. Klaus Heubeck sind mit einem Zinssatz von 6 % angewendet worden.

Die Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung für Altersteilzeit umfasst den Aufstockungsbetrag und den Erfüllungsrückstand. Verbindlich feststehende Vorruhestands- und Altersteilzeitvereinbarungen werden mit dem vollen Teilwert passiviert. Für beide Rückstellungen sind die Richttafeln 1998 angewendet worden.

Die Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % berechnet. Die Richttafeln 1998 sind angewendet worden.

Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.

F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

G. Andere Verbindlichkeiten

Der Ansatz erfolgt mit dem Rückzahlungsbetrag.

Fremdwährungsumrechnung

Alle Positionen in Fremdwährung werden zu den Devisenmittelkursen des Bilanzstichtages bewertet.

Erläuterungen zu den Aktiva

C. Kapitalanlagen

C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Grundbesitz umfasst:

18 Grundstücke mit Geschäftsbauten
11 Grundstücke mit Wohnbauten
2 Grundstücke ohne Bauten

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen die im Geschäftsjahr fortgesetzte Bebauung je eines Geschäftsgrundstücks in Hannover und Hamburg.

Im Geschäftsjahr wurden zwei Wohngrundstücke in Hannover und ein Wohngrundstück in Osnabrück veräußert. Am Bilanzstichtag wurden keine Bauten selbst genutzt.

Der Grundbesitz ist mit zinsverbilligten Hypothekendarlehen von 1 605 (1 622) Tausend Euro belastet.

C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Für die Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Provinzial Lebensversicherung mbH, Hannover mit einem Bilanzwert von 187 550 Tausend Euro wurde ein Zeitwert in Höhe von 126 250 Tausend Euro ermittelt.

C III 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter diesem Posten wurden Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 119 798 Tausend Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt 96 480 Tausend Euro.

C III 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Unter diesem Posten wurden Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 37 684 Tausend Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt 36 242 Tausend Euro.

C III 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Bei 60 Hypothekendarlehen übersteigen die Ausleihungen die vorgeschriebene Beleihungsgrenze um 1 974 Tausend Euro. Diese Darlehen sind durch Bürgschaften gem. § 1 Absatz 1 Nr. 3 e der Anlageverordnung zusätzlich gesichert.

Wir betreiben 30 Zwangsversteigerungsverfahren.

C III 4 d. Übrige Ausleihungen

Die übrigen Ausleihungen beinhalten mit 430 180 Tausend Euro Namensgenussrechte, mit 2 045 Tausend Euro nicht börsenfähige Genussrechte und mit 26 Tausend Euro weitere sonstige Ausleihungen.

Zeitwertangabe nach § 54 ff RechVersV

Für zum Anschaffungswert ausgewiesene Kapitalanlagen mit einem Bilanzwert von 1 895 Millionen Euro (einschließlich der Grundstücke und Bauten) beträgt der Zeitwert 1 876 Millionen Euro.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2002

	Bilanzwerte
	2001
	Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	9
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	135 605
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	195 650
2. Beteiligungen	88 592
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
Summe C II.	284 242
C III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 493 420
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	135 271
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	483 778
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	1 880 689
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	972 473
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	109 769
d) Übrige Ausleihungen	356 177
5. Einlagen bei Kreditinstituten	79 000
Summe C III.	5 510 577
Insgesamt	5 930 433

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Der Zeitwert für Grundstücke und Bauten ist im Einzelfall unter Berücksichtigung des Ertrags- und Substanzwerts ermittelt, wobei grundsätzlich der niedrigere Ansatz gewählt ist.

Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte 2002. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wird aus Anteilserwerb/veräußerung hergeleitet.

Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	2002 Tsd. €
1	0	0	0	4	6
16 128	0	256	0	3 607	147 870
8 400	0	0	0	16 500	187 550
24 222	0	19 629	0	0	93 185
1 283	0	0	0	0	1 283
33 905	0	19 629	0	16 500	282 018
239 252	0	203 031	1	358 820	1 170 822
211 601	0	183 797	11	172	162 914
18 188	0	28 205	31	104	473 688
1 203 663	0	1 338 694	0	0	1 745 658
682 601	0	595 327	0	0	1 059 747
35 288	0	43 617	0	0	101 440
396 461	0	320 387	0	0	432 251
3 085 600	0	2 722 600	0	0	442 000
5 872 654	0	5 435 658	43	359 096	5 588 520
5 922 688	0	5 455 543	43	379 207	6 018 414

Die Bewertung der Vermögensanlagegesellschaft basiert auf den Marktwerten der von dem Unternehmen gehaltenen Einzelwerte sowie weiterer Gewinne/Verluste.

Die zu Anschaffungskosten bewerteten Namensschuldverschreibungen werden zum Teil mittels Zinsstrukturkurven und zum Teil zu Marktpreisen bewertet.

Die übrigen Kapitalanlagen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteile am Kapital	Eigenkapital gem. § 266 Abs. 3 HGB	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
	%	Tsd. €	Tsd. €
C II 1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
Norddeutsche Gesellschaft für Vermögensanlagen der Provinzial Lebensversicherung Hannover mbH, Hannover*)	100,00	202 309	- 1 741
C II 2. Beteiligungen			
Hanse-Merkur Reiseversicherung AG, Hamburg	24,10	5 238	15
W Immobilien GmbH & Co. US City KG, München	22,20	178 877	11 107
K.O.O.P. Bauplanungs- und Entwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Eichelmatenweg KG, Berlin	94,00	3 336	- 51

*) Das Geschäftsjahr endet am 30. September

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Zum 31. Dezember 2002 befanden sich 75 951,7 Anteile im Anlagestock.

Der Anlagestock setzt sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung der Fonds	Bilanzwert 31.12. 2002	Anteil-einheiten
	Tsd. €	Anzahl
DekaStruktur: 2		
Ertrag	150	3 269,8
Wachstum	470	12 415,2
Chance	882	31 518,8
Chance Plus	584	28 747,9
Summe	2 086	75 951,7

E I 1. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die ausgewiesenen Forderungen enthalten 10 653 (12 354) Tausend Euro fällige Ansprüche sowie noch nicht fällige Ansprüche von 29 065 (32 642) Tausend Euro.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelt sich im Wesentlichen um Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen mit 98 027 (11 826) Tausend Euro und Schuldscheinforderungen in Höhe von 41 242 (3 620) Tausend Euro. Des Weiteren beinhaltet der Posten abgegrenzte Zinsen für Schuldscheinforderungen und Darlehen in Höhe von 88 512 (65 775) Tausend Euro, für Wertpapiere von 3 974 (3 308) Tausend Euro und für Einlagen bei Kreditinstituten 3 155 (79) Tausend Euro, die erst in 2003 fällig werden.

Erläuterungen zu den Passiva

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten beinhaltet eine Wertberichtigung aus einer Übertragung gemäß §6 b EStG auf das Grundstück der VGH & Partner Grundstücksgesellschaft bR mit 365 (389) Tausend Euro.

C IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung *)

	2002	2001
	Tsd. €	Tsd. €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	563 150	673 590
Ausschüttung im Geschäftsjahr		
deklarierte Gewinnbeteiligung	- 152 204	- 201 010
deklarierte Direktgutschrift	- 77 147	-
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	0	90 570
Stand am Ende des Geschäftsjahres	333 799	563 150

*) Zahlen und Erläuterungen betreffen ausschließlich die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Die Ausschüttungen enthalten auch die den Rechnungszinsfuß übersteigenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

Die Entnahme der Direktgutschrift erfolgte in Höhe der deklarierten Aufwendungen.

Eine weitere Entnahme erfolgte in Höhe von 77,1 Millionen Euro zur Finanzierung der für 2002 deklarierten Direktgutschrift.

Unsere Dividendensätze für das Jahr 2003 sind auf den Seiten 95 bis 105 dieses Geschäftsberichtes dargestellt.

Für das Geschäftsjahr 2003 wird die laufende Gewinnbeteiligung ausschließlich als Direktgutschrift gewährt.

Von der Rückstellung Ende 2002 sind für Schlussüberschussanteile 317,6 Millionen Euro bestimmt, von denen 29,5 Millionen Euro in 2003 fällig werden.

E III. Sonstige Rückstellungen

	2002	2001
	Tsd. €	Tsd. €
Rückstellung für Provisionen	7 420	8 182
Rückstellung für Verpflichtungen aus Vorruhestandsgeld und Altersteilzeit	1 812	1 066
Rückstellung für Mitarbeiterjubiläen	483	448
Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Gleitzeit und Tantiemen	842	808
Rückstellung für Jahresabschlussprüfung und Geschäftsbericht	441	379
Rückstellung für erbrachte und noch nicht abgerechnete Herstellungs- und Instandhaltungsaufwendungen	236	157
Übrige Rückstellungen	1 042	706
Insgesamt	12 276	11 746

G I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten 36 693 (37 216) Tausend Euro gutgeschriebene Überschussanteile.

H. Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden im Voraus empfangene Zinsen und Mieten von 2 657 (2 949) Tausend Euro sowie Disagio aus Kapitalanlagen in Höhe von 1 834 (2 810) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I 1 a. Gebuchte Bruttobeiträge

	2002	2001
	Tsd. €	Tsd. €
Einzelversicherungen		
Kapitalversicherungen		
laufende Beiträge	470 807	463 466
Einmalbeiträge	9 347	12 490
Renten- und Pensionsversicherungen		
laufende Beiträge	111 348	98 087
Einmalbeiträge	32 352	36 812
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	9 599	9 579
Einmalbeiträge	8 286	12 129
Selbst abgeschlossenes Geschäft	641 739	632 563
Die gebuchten Bruttobeiträge verteilen sich wie folgt:		
mit Gewinnbeteiligung	640 137	631 330
Verträge, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	1 602	1 233

I 3./I 10. Erträge aus Kapitalanlagen/Aufwendungen für Kapitalanlagen

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen aus fondsgebundenen Lebensversicherungen sind nicht enthalten.

I 4./I 11. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen/Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen

Der Ausweis betrifft nicht realisierte Verluste in Höhe von 507 Tausend Euro als Differenz der Anschaffungskosten zum Buchwert am Bilanzstichtag. Nicht realisierte Gewinne ergaben sich nicht.

I 5. Sonstige Versicherungstechnische Erträge

Der Ertrag enthält die Entnahme aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 77,1 Millionen Euro zur Finanzierung der deklarierten Direktgut-schrift.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beträgt 6 895 (6 122) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2002	2001
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	34 081	40 819
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	1 140	1 140
3. Löhne und Gehälter	18 260	17 375
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3 083	2 878
5. Aufwendungen für Altersversorgung	3 091	3 748
6. Aufwendungen insgesamt	59 655	65 960

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren betragen 1 520 (1 538) Tausend Euro. Die Verbindlichkeiten sind durch entsprechende Hypotheken gesichert.

Als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer haben wir satzungsgemäß einen Anteil von 87 Tausend Euro an dem Stammkapital des Verbandes übernommen. Unsere Haftung ist auf diesen Betrag, der noch nicht eingefordert ist, begrenzt.

Außerdem bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen bei sieben Beteiligungen in Höhe von insgesamt 24 987 Tausend Euro.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter beträgt 324. Hiervon entfallen im Innendienst 230 auf die Hauptverwaltung und 34 auf unsere Regionaldirektionen.

Im Außendienst sind 60 Mitarbeiter bei uns angestellt.

Mitarbeiter, die auch mit der Landschaftlichen Brandkasse Hannover einen Dienstvertrag haben, sind entsprechend ihrem Arbeitseinsatz anteilig berücksichtigt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 622 Tausend Euro. An den Vorstand gegebene dinglich gesicherte Darlehen sind am Bilanzstichtag in Höhe von 174 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 5 und 26 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 4,5%. An ehemalige Mitglieder des Vorstands sind insgesamt 395 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppen sind Rückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 5 394 Tausend Euro passiviert.

An Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr insgesamt 127 Tausend Euro gezahlt worden. Für diese Personengruppe sind am Bilanzstichtag dinglich gesicherte Kredite in Höhe von 305 Tausend Euro aktiviert. Die Laufzeiten der Kredite liegen zwischen 25 und 39 Jahren. Der durchschnittliche Zinssatz beträgt 5,0%. Rückzahlungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von 5,5 Tausend Euro.

Die Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 34 und 35 angegeben.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Lebensversicherungsvertrages wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tariffkalkulation einfließenden Rechnungsgrundlagen besonders vorsichtig gewählt. An den erwirtschafteten Überschüssen werden die Versicherungsnehmer im Jahr 2003 gemäß der folgenden Deklaration beteiligt.

Dabei wird für Kapitalversicherungen (außer für Risikoversicherungen) und Rentenversicherungen ein Teil des Zinsgewinnes in Form der Direktgutschrift gewährt und auf die deklarierte laufende Überschussbeteiligung angerechnet. Die Direktgutschrift ist abhängig von der Höhe des tariflichen Rechnungszinses und beträgt $(4 - \text{Rechnungszins})\%$ des gewinnberechtigten Vertragsguthabens. Für alle Versicherungen wird die im Folgenden deklarierte laufende Überschussbeteiligung, sofern sie nicht in Form der Schlusszahlung ausgeschüttet wird, als Direktgutschrift gewährt.

Für das Jahr 2003 werden im Einzelnen folgende Überschussanteile festgesetzt:

A. Einzelkapitalversicherungen und Kollektivversicherungen nach Einzeltarifen

I. Tarifgruppen 68, 87, 94, 2000 und 2002

1. Beitragspflichtige und beitragsfreie Kapitalversicherungen (außer Risikoversicherungen)

a) laufende Überschussanteile

Am Schluss des in 2003 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 68	1,00 %
Tarifgruppe 87	0,50 %
Tarifgruppe 94	
mit 3,5 % Rechnungszins	0,50 %
mit 4,0 % Rechnungszins	0,00 %
Tarifgruppen 2000 und 2002	0,75 %

Risikogewinn:

Er wird in Prozent des rechnermäßigen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt.

Tarifgruppe 87 (Tarifgruppe 68):
Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2003 bis zu einem erreichten Alter von 44 Jahren 60 (70) %, fällt dann jährlich um 5 % bis auf 20 (25) %. Der Risikogewinn ist auf 4 (5) ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 (10) ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002:
Der Gewinnprozentsatz beträgt im Jahr 2003 unabhängig vom erreichten Alter für

Männertarife	30 %
Frauentarife	15 %
Tarife auf verbundene Leben	30 %

Der Risikogewinn ist auf 4 ‰ (bei Tarifen auf verbundene Leben 8 ‰) der Risikosumme pro Versicherungsjahr begrenzt.

Kosten- und sonstiger Gewinn:

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 68:	
Normaltarif	0,85 ‰
Tarifgruppe 87:	
Normaltarif	0,75 ‰
Verbundtarif	0,50 ‰

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002,	
Normaltarif:	
Männertarife	0,70 ‰
Frauentarife	0,60 ‰
Tarife auf verb. Leb.	0,70 ‰

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002,
Kollektivversicher. nach Einzeltarifen
und Verbundtarif:

Männertarife	0,60 ‰,
Frauentarife	0,50 ‰,
Tarife auf verb. Leb.	0,60 ‰.

Bei Versicherungen nach dem VermBG
und nach Verbundtarif der Tarifgruppe 68
entfallen Kosten- und sonstige Gewinne.

Die Überschussanteilsätze für Tarif AHV,
Tarifgruppe 94, entsprechen denen der
Tarifgruppe 87, Verbundtarif.

Überschussverwendung:

Entsprechend der vereinbarten
Überschussverwendung wird dieser
jährliche Überschussanteil entweder
in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag
des folgenden Versicherungsjahres
verrechnet, zur Erhöhung der Versiche-
rungsleistung im Todes- und Erlebensfall
(Summenzuwachs) oder zur Erhöhung
der Versicherungsleistung im Erlebens-
fall (Erlebensfallbonus, nur für die Tarif-
gruppen 94, 2000 und 2002 möglich)
verwendet. Summenzuwachs und
Erlebensfallbonus sind ebenfalls
gewinnberechtigt. Für Barbezug beträgt
die Mindestversicherungssumme
5 000 Euro.

b) Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen
wird am Schluss des in 2003 endenden
Versicherungsjahres eine nicht garantierte
Anwartschaft auf Schlussüberschuss-
anteile gebildet bzw. eine bereits beste-
hende nicht garantierte Anwartschaft
erhöht.

Tarifgruppen 68 und 87:
Die Schlussüberschussanteile werden
fällig bei Tod, Heirat (sofern mitversichert)
oder Ablauf der Versicherungsdauer. Bei
Kündigung des Vertrages werden eben-
falls die erreichten Schlussüberschuss-
anteile gezahlt, wenn

- die Deckungsrückstellung für die
Hauptversicherung und für den
Summenzuwachs zusammen mit
den Schlussüberschussanteilen
die Erlebensfallsumme erreicht oder
- der Versicherte das 65. Lebensjahr
vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb
der letzten drei Versicherungsjahre
aufgelöst wird und der Versicherte
zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebens-
jahr (für Frauen das 60. Lebensjahr)
vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüber-
schussanteile bei Rückkauf nach einem
Drittel der Laufzeit, spätestens nach
10 Jahren, in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002:
Die Schlussüberschussanteile werden
fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer.
Bei Tod (sofern für die laufenden Über-
schussanteile nicht der Erlebensfallbonus
vereinbart wurde) oder Heirat (sofern
mitversichert) werden die Schlussüber-
schussanteile in anteiliger Höhe fällig.
Bei Kündigung oder Tod werden die
erreichten Schlussüberschussanteile in
voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte
Person das 60. Lebensjahr (bei Tarifen
auf verbundene Leben ist das Alter der
jüngeren Person maßgebend) vollendet
hat und die Restlaufzeit des Vertrages
5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüber-
schussanteile bei Rückkauf nach einem
Drittel der Laufzeit, spätestens nach
10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Pro-
mille der vereinbarten Erlebensfallsumme
gewährt. Er beträgt im Jahr 2003 für
Tarifgruppen 68 und 87: 2,5 ‰,
Tarifgruppe 94: 2,0 ‰,
Tarifgruppen 2000 und 2002: 3,0 ‰.

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für
 Tarifgruppen 68, 87 und 94: 180 ‰,
 Tarifgruppen 2000 und 2002: 210 ‰
 der vereinbarten Erlebensfallsumme
 erreicht sind.

Für Versicherungen nach dem VermBG
 entfällt eine Schlussüberschusszuteilung.

c) Sonderleistung im Todesfall
 (Mindestgewinnbeteiligung)

Im Jahr 2003 wird für beitragspflichtige
 Versicherungen der Tarifgruppen 68 und
 87 im Todesfall unter Einbeziehung der
 erreichten Todesfalleistung aus der Über-
 schussbeteiligung ein Gewinnanteil von
 10 % der vereinbarten Todesfallsumme
 gezahlt.

Die Sonderleistung im Todesfall entfällt
 bei Vereinbarung von Barbezug oder
 Verrechnung der Überschussanteile mit
 den Beiträgen.

II. Tarifgruppe 42

**1. Versicherungen mit laufender
 Beitragszahlung**

a) Grund- und Zusatzdividende

Am Schluss des in 2003 endenden
 Versicherungsjahres wird eine Grund-
 und Zusatzdividende in Prozent des
 gewinnberechtigten Jahresbeitrags aus-
 geschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit
 vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.– 4.	5 %
5.– 9.	15 %
10.–14.	25 %
15.–19.	35 %
20.–24.	45 %
25.–29.	50 %
ab 30.	60 %.

Entsprechend der vereinbarten Über-
 schussverwendung wird dieser jährliche
 Überschussanteil verzinslich angesam-
 melt oder in bar ausgezahlt. Für Bar-
 bezug beträgt die Mindestversiche-
 rungssumme 5 000 Euro.

Soweit zu Versicherungen der Tarif-
 gruppe 42 mit Zuzahlungsrecht freiwillige
 Zuzahlungen geleistet wurden, wird für
 das im Jahr 2003 endende Versiche-
 rungsjahr ein Überschussanteil in Höhe
 von 1,00 % des gewinnberechtigten
 Deckungskapitals der Zuzahlung unter
 Anrechnung des Risikogewinns gewährt.
 Diese Dividende wird zusammen mit den
 Grund- und Zusatzdividenden geführt
 und verzinslich angesammelt.

b) Summendividende

Versicherungen, die 1964 und früher
 abgeschlossen wurden, erhalten im Jahr
 2003 bei Tod, Heirat (sofern mitver-
 sichert), Ablauf oder Rückkauf für jedes
 Jahr bis 1966 4 ‰ der Versicherungs-
 summe und zwar

- mit Beginn 1954 und früher ab dem
 6. Versicherungsjahr (frühestens ab
 1949)
- mit Beginn 1955 bis 1964 ab dem
 2. Versicherungsjahr.

Ab 1967 erhöhten sich die Versicherun-
 gen, unabhängig vom Beginnjahr
 – sofern sie 2 Jahre bestanden hatten –,
 jährlich zum Jahrestag, indem 4 ‰ der
 Versicherungssumme als Einmalbeitrag
 für eine gleichartige, nicht gewinnberech-
 tigte Versicherung mit restlicher Laufzeit
 verwendet wurden. Eine entsprechende
 Erhöhung erfolgt auch im Jahr 2003.

c) Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen
 wird am Schluss des in 2003 endenden
 Versicherungsjahres eine nicht garantierte
 Anwartschaft auf Schlussüberschuss-
 anteile gebildet bzw. eine bereits beste-
 hende nicht garantierte Anwartschaft
 erhöht.

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Versicherungsdauer. Die Schlussüberschussanteile werden ferner bei Tod, Heirat (sofern mitversichert) oder Rückkauf innerhalb der letzten fünf Jahre der Versicherungsdauer gezahlt, wenn der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren und bei Tod oder Heirat (sofern mitversichert) in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Promille der vereinbarten Erlebensfallsumme gewährt. Er beträgt im Jahr 2003 für Tarifgruppe 42: 2,0‰.

d) Tarif AHV

Die Überschussverwendung und die Gewinnanteilsätze für Versicherungen nach Tarif AHV, Tarifgruppe 42, entsprechen denen der Tarifgruppe 68.

2. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Bei Fälligkeit der Versicherungen durch Tod oder Ablauf im Jahr 2003 werden für alle bis 1973 vollendeten beitragsfreien Versicherungsjahre je 30‰ der Versicherungssumme als Summenzuwachs gewährt. Beitragsfreie Versicherungsjahre vor 1949 bleiben unberücksichtigt.

Für die ab 1974 vollendeten beitragsfreien Versicherungsjahre wird zusätzlich ein Summenzuwachs gemäß nachstehender Tabelle gezahlt.

Beitragsfreies Versicherungsjahr	Summenzuwachs
1. – 5.	15 ‰
6. – 10.	20 ‰
11. – 15.	30 ‰
16. – 20.	35 ‰
21. – 25.	40 ‰
26. – 30.	45 ‰
31. – 35.	50 ‰
36. – 40.	55 ‰
ab 41.	60 ‰

Im Falle des Rückkaufs wird der Barwert des vorhandenen Summenzuwachses gezahlt. Bei Dividendenbarbezug wird der modifizierte versicherungstechnische Barwert des Dividendenanspruchs gezahlt.

III. Risikoversicherungen

1. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1.1 Versicherungen mit Beginn bis 1981

Für diese Versicherungen wird am Schluss des in 2003 endenden Versicherungsjahres die Anwartschaft auf Schlusszahlung erhöht. Die Schlusszahlung wird fällig bei Tod, Ablauf, Kündigung oder Umwandlung in eine beitragspflichtige kapitalbildende Versicherung.

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2003 für Tarifgruppe 68: 65‰.

1.2 Versicherungen mit Beginn ab 1982

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Beitrags gewährt und beträgt im Jahr 2003 für Tarifgruppe 68: 65‰, Tarifgruppe 87:

Normaltarif	55 ‰
Bausparrisiko	40 ‰
Tarifgruppen 94, 2000 und 2002:	
Männertarif	40 ‰
Frauentarif	25 ‰
Tarif auf verbundene Leben	35 ‰
Bausparrisiko	40 ‰

Alternativ kann bei Versicherungsbeginn anstelle der Beitragsreduzierung ein sofortiger Todesfallbonus gewählt werden. Der Überschussanteil wird bei Tod im Jahr 2003 in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt und beträgt für

Tarifgruppe 68:	220 %,
Tarifgruppe 87:	160 %,
Tarifgruppen 94, 2000 und 2002:	
Männertarif	100 %,
Frauentarif	70 %,
Tarif auf verbundene Leben	90 %.

2. Beitragsfreie Versicherungen

Bei Tod im Jahr 2003 wird ein Überschussanteil in Prozent der vereinbarten Todesfallsumme gewährt. Er beträgt für

Tarifgruppe 68:	
Normaltarif	220 %,

Tarifgruppe 87:	
Normaltarif	160 %,
Restkreditversicherungen	85 %,

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002,	
Normaltarif:	
Männertarife	100 %,
Frauentarife	70 %,
Tarife auf verbundene Leben	90 %,

Tarifgruppen 94, 2000 und 2002,	
Restkreditversicherungen:	
Männertarife	70 %,
Frauentarife	60 %.

B. Gruppenkapitalversicherungen nach Sondertarifen

Zu dieser Gruppe zählen die Firmen-, Verbands- und Vereinsgruppen-(Sterbegeld-)versicherungen. Es gelten die gleichen Regelungen wie für Einzelkapitalversicherungen (siehe A.), allerdings gilt für

Kosten- und sonstiger Gewinn:

Er wird in Promille der Todesfallsumme für beitragspflichtige Versicherungsjahre gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 68:	0,75 ‰,
Tarifgruppe 87:	0,50 ‰,
Tarifgruppen 94, 2000 und 2002:	
Männertarife	0,50 ‰,
Frauentarife	0,40 ‰,
Tarife auf verb. Leben	0,50 ‰.

C. Renten- und Pensionsversicherungen

I. Tarifgruppe 42

1. Aufgeschobene Renten

a) Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

Am Schluss des in 2003 endenden Versicherungsjahres wird eine Grund- und Zusatzdividende in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags ausgeschüttet. Sie beträgt in Abhängigkeit vom Versicherungsjahr

Versicherungsjahr	Grund- und Zusatzdividende
2.-4.	5 %
5.-9.	15 %
10.-14.	20 %
15.-19.	30 %
20.-24.	40 %
25.-29.	45 %
ab 30.	55 %.

Die Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und dienen am Ende der Aufschubzeit der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden die bis dahin verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt.

b) Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen

Am Schluss des in 2003 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil in Höhe von 1,0 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, verzinslich angesammelt und bei Beendigung der Aufschubzeit fällig. Die angesammelten Überschussanteile dienen der Erhöhung der versicherten Rente bzw. der Kapitalabfindung. Bei Tod oder Rückkauf vor Rentenbeginn werden sie ausgezahlt.

2. Laufende Renten

An die Bezieher von Renten werden Überschüsse in Form einer Zinsrente ausgeschüttet. Diese errechnet sich als Differenz zwischen der mit Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung gerechneten Rente aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen Deckungskapital und der versicherten Rente. Für die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung wird im Jahr 2003 ein Zinsfuß in Höhe des Rechnungszinses zuzüglich 1,0 % zugrunde gelegt.

II. Tarifgruppen 87, 94, 95, 2000 und 2002 (ohne Versicherungen nach dem AVmG)

1. Laufende Überschussbeteiligung

Am Schluss des in 2003 endenden Versicherungsjahres wird ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppen 87 und 94:	0,50 %
Tarifgruppe 95:	0,00 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %

Grundüberschuss:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags für beitragspflichtige Versicherungen gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppen 87, 94 und 95:	0,50 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,50 %

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder die versicherte Leistung erhöhen (Bonusrente), in bar ausgezahlt bzw. mit dem Beitrag des folgenden Versicherungsjahres verrechnet oder verzinslich angesammelt werden. Für die Barauszahlung bzw. Beitragsverrechnung muss die versicherte Jahresrente mindestens 1 500 Euro betragen.

Während der Rentenbezugszeit dienen die laufenden Überschussanteile entweder zur Finanzierung einer ab Rentenbeginn fälligen Gewinnrente, zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) oder sie werden in bar ausgezahlt.

2. Schlussüberschussanteile

Für beitragspflichtige Versicherungen wird am Schluss des in 2003 endenden Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile gebildet bzw. eine bereits bestehende nicht garantierte Anwartschaft erhöht.

Tarifgruppe 87:

Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Tod oder Ablauf der Aufschubzeit. Bei Kündigung des Vertrages werden ebenfalls die erreichten Schlussüberschussanteile gezahlt, wenn

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- der Versicherungsvertrag innerhalb der letzten drei Versicherungsjahre aufgelöst wird und der Versicherte zu diesem Zeitpunkt das 62. Lebensjahr (für Frauen das 60. Lebensjahr) vollendet hat.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Tarifgruppen 94, 95, 2000 und 2002:
Die Schlussüberschussanteile werden fällig bei Ablauf der Aufschubzeit. Bei Kündigung werden die erreichten Schlussüberschussanteile in voller Höhe gezahlt, wenn die versicherte Person das 60. Lebensjahr vollendet hat und die verbleibende Aufschubzeit des Vertrages 5 Jahre nicht überschreitet.

Ansonsten werden die Schlussüberschussanteile bei Rückkauf nach einem Drittel der Laufzeit, spätestens nach 10 Jahren in verminderter Höhe fällig.

Der Schlussüberschussanteil wird in Prozent der vereinbarten Jahresrente gewährt. Er beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppen 87 und 94:	0,0 %
Tarifgruppe 95:	2,0 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	3,5 %

Die Zuteilung erfolgt solange, bis insgesamt für

Tarifgruppen 87 und 94:	150 %
Tarifgruppe 95:	300 %
Tarifgruppen 2000 und 2002:	360 %

der vereinbarten Jahresrente erreicht sind.

III. Versicherungen nach dem AVmG

1. Laufende Überschussbeteiligung in der Aufschubzeit

Am Ende des Kalenderjahres 2003 wird für Versicherungen in der Aufschubzeit ein Überschussanteil ausgeschüttet, der sich entsprechend seiner Entstehung wie folgt zusammensetzt:

Zinsgewinn:

Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 2002	0,75 %
------------------	--------

Grundüberschuss:

Er wird in Promille der gewinnberechtigten Summe der bisher gezahlten Beiträge gewährt und beträgt im Jahr 2003 für Tarifgruppe 2002:

Normaltarif	0,9 ‰
Kollektivversicherungen nach Einzeltarif	0,7 ‰
Kollektivversicherungen nach Sondertarif	0,6 ‰

Die laufenden Überschussanteile können während der Aufschubzeit entweder verzinslich angesammelt oder in Fondsanteile umgewandelt und einem Sondervermögen zugeführt werden.

2. Laufende Überschussbeteiligung in der Rentenbezugszeit

Am Anfang des in 2003 beginnenden Versicherungsjahres wird für Versicherungen in der Rentenbezugszeit ein Überschussanteil ausgeschüttet. Er wird in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 2002	0,75 %
------------------	--------

Die laufenden Überschussanteile werden zur jährlichen Erhöhung der versicherten Leistung (Bonusrente) verwendet.

3. Schlussüberschussanteile

Bei Ablauf der Aufschubzeit oder bei Rentenbeginn bzw. Vertragsbeendigung innerhalb der Abrufphase werden Schlussüberschussanteile gewährt. Sie werden in Prozent des Ansammlungsguthabens bzw. (bei Umwandlung der laufenden Überschussanteile in Fondsanteile) in Prozent der Summe der ausgeschütteten Überschussanteile festgelegt. In beiden Fällen beträgt der Prozentsatz im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 2002	16 %
------------------	------

D. Selbstständige Berufs- unfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeits- Zusatzversicherungen

I. Versicherungen mit laufender Beitragszahlung

1. Tarifgruppe 68

Im Jahr 2003 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr (für SBV ab dem 3. Versicherungsjahr) ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags bzw. gewinnberechtigten Jahresbeitrags (SBV) gewährt, fällig als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf. Die Höhe des Überschussanteils ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2003 für

Frauen, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	45 %
Frauen, Eintrittsalter über 39 Jahre:	30 %
Männer, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	30 %
Männer, Eintrittsalter über 39 Jahre:	15 %

Alternativ kann bei Tarif BRL mit einer Versicherungsdauer bis zu 20 Jahren eine Überschussbeteiligung in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewählt werden, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Die Höhe der Überschussbeteiligung ist abhängig vom Geschlecht und Eintrittsalter der versicherten Person und beträgt im Jahr 2003 für

Frauen, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	30 %
Frauen, Eintrittsalter über 39 Jahre:	20 %
Männer, Eintrittsalter bis zu 39 Jahre:	20 %
Männer, Eintrittsalter über 39 Jahre:	10 %

Zusätzlich erhalten die Versicherungen bei Ablauf, Rückkauf oder Tod im Jahr 2003, sofern keine Leistung aus der Berufsunfähigkeitsversicherung fällig wurde, für jedes vom 3. Versicherungs-

jahr an zurückgelegte volle beitragspflichtige Jahr einen Überschussanteil in Höhe von 10 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags.

2. Tarifgruppen 87 und 94

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2003 für Tarifgruppen 87 und 94:

20 %.

Alternativ wird ein Überschussanteil gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung, Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung oder Ablauf fällig wird. Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags bzw. Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppen 87 und 94: 30 %.

3. Tarifgruppen 2000 und 2002

Diese Versicherungen erhalten eine Überschussbeteiligung, die ab Versicherungsbeginn auf den Beitrag angerechnet oder am Ende eines Versicherungsjahres zugeteilt und verzinslich angesammelt wird.

a) Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahresbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2003 für Berufsklasse A

Männertarife	55 %
Frauentarife	45 %
Berufsklasse B	
Männertarife	45 %
Frauentarife	35 %
Berufsklasse C	
Männertarife	20 %
Frauentarife	10 %
Berufsklasse D	
Männertarife	15 %
Frauentarife	5 %

b) Berufsunfähigkeits-zusatzversicherungen

Der Überschussanteil wird in Prozent des gewinnberechtigten Jahreszusatzbeitrags gewährt und beträgt im Jahr 2003 für

Berufsklasse A	
Männertarife	45 %,
Frauentarife	40 %,
Berufsklasse B	
Männertarife	30 %,
Frauentarife	25 %,
Berufsklasse C	
Männertarife	15 %,
Frauentarife	10 %,
Berufsklasse D	
Männertarife	10 %,
Frauentarife	5 %.

II. Versicherungen gegen Einmalbeitrag und durch Umwandlung beitragsfreie Versicherungen

Im Jahr 2003 wird für das abgelaufene Versicherungsjahr ein Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals gewährt, der als Schlusszahlung bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung oder Ablauf fällig wird. Die Höhe des Überschussanteils beträgt für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %.

III. Laufende Berufsunfähigkeitsbarrenten

Laufende Barrenten erhalten zum Jahrestag der Versicherung, erstmals am Ende des auf den Eintritt der Berufsunfähigkeit folgenden Versicherungsjahres eine beitragsfreie Zusatzrente in Prozent der jeweils gewährten Rente. Der Prozentsatz beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %.

IV. Laufende Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit

Verträge mit laufender Beitragsbefreiung erhalten einen Überschussanteil in Prozent des gewinnberechtigten Deckungskapitals für die Beitragsbefreiung, fällig als Schlusszahlung bei Ablauf der Beitragsbefreiung. Die Höhe des Überschussanteils beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %.

E. Unfall-Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer, gegen Einmalbeitrag und Unfall-Zusatzversicherungen, die durch Umwandlung beitragsfrei wurden, erhalten am Ende des Versicherungsjahres einen Überschussanteil in Prozent des Deckungskapitals der Unfall-Zusatzversicherung. Der Überschussanteil wird verzinslich angesammelt. Er beträgt im Jahr 2003 für

Tarifgruppe 68:	1,00 %,
Tarifgruppe 87:	0,50 %,
Tarifgruppe 94:	0,00 %,
Tarifgruppen 2000 und 2002:	0,75 %.

F. Fondsgebundene Versicherungen

Fondsgebundene Versicherungen erhalten einen laufenden Überschussanteil, der monatlich dem Fondsguthaben zugeführt wird. Der laufende Überschussanteil setzt sich zusammen aus:

Risikogewinn:

Er wird in Prozent des rechnermäßigen monatlichen Beitrags für das Todesfallrisiko gewährt und beträgt 2003 für

Tarifgruppe 2000	
Männertarife	30 %,
Frauentarife	20 %.

Kostengewinn:

Er wird in Prozent eines Zwölftel des Jahresbeitrags gewährt. Er beträgt 2003 für

Tarifgruppe 2000	1,0 %.
------------------	--------

G. Frauenbonus

Zu Kapitalbildenden und Risikoversicherungen der Tarifgruppen 42 und 68, bei denen mindestens eine versicherte Person eine Frau ist, wird bei Tod der Frau eine zusätzliche Todesfalleistung in Prozent der jeweiligen Todesfallsumme gewährt. Sie beträgt im Jahr 2003 für Versicherungen

nach „Frauentarif“	10 %
sonst	20 %

H. Verzinsung des Ansammlungsguthabens

Dividendenguthaben aufgrund der Dividendenbezugsform „Verzinsliche Ansammlung“ werden ab dem 1. 1. 2003 mit einem Rechnungszins und einem Ansammlungsüberschussanteil von zusammen 4,00 % verzinst.

I. Weitere Erläuterungen

Die Grundlagen der Überschussbeteiligung für die Tarifgruppen 42, 68 und 87 – insbesondere die Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – sind in dem vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen genehmigten Gesamtgeschäftspläne für die Überschussbeteiligung festgelegt.

zu A.

Zur Tarifgruppe 42 gehören der Tarif FV und alle mit römischen Ziffern bezeichneten Tarife der Kapitalversicherungen. Sie wurde 1968 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt bis auf wenige Ausnahmen 3,0 %. Die Tarifgruppe 68 wurde zwischen 1968 und 1987 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %. Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1987 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %. Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt mit wenigen Ausnahmen 4,0 % (Ausnahmen u. a. Tarif AHV, Bausparversicherungen: 3,5 %).

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 ist ab 1.10.2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

zu A. I.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000 und 2002 setzt sich zusammen aus dem positiven geillerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital des Summenzuwachses bzw. Erlebensfallbonus jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu A. III.

Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000 und 2002 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von Zuschlägen für erhöhte Risiken.

zu C.

Die Tarifgruppe 42 wurde 1992 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1992 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war in den ersten acht Monaten des Jahres 1995 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 95 war zwischen September 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 ist ab 1.10.2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

zu C. II.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 95, 2000 und 2002 für Rentenversicherungen in der Aufschubzeit (während der Rentenbezugszeit) setzt sich zusammen aus dem positiven gezillmerten Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn (am Ende) des Versicherungsjahres. Für beitragspflichtige Versicherungen erhöht sich dieser Betrag um einen Nettojahresbeitrag.

zu C. III.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppe 2002 für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den anteiligen Deckungskapitalen zum Monatsende abgeleitet.

Die gewinnberechtigte Summe der bisher gezahlten Beiträge der Tarifgruppe 2002 für Versicherungen in der Aufschubzeit wird aus den jeweils zum Monatsende erreichten Summen anteilig abgeleitet.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppe 2002 für Versicherungen während der Rentenbezugszeit setzt sich zusammen aus dem positiven Deckungskapital der Hauptversicherung und dem Deckungskapital einer vorhandenen Bonusrente jeweils zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu D.

Die Tarifgruppe 68 wurde 1993 für den Neuzugang geschlossen. Der Rechnungszins beträgt 3,0 %.

Die Tarifgruppe 87 wurde zwischen 1993 und 1994 geführt. Der Rechnungszins beträgt 3,5 %.

Die Tarifgruppe 94 war zwischen 1995 und Juni 2000 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %.

Die Tarifgruppe 2000 war zwischen Juli 2000 und September 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

Die Tarifgruppe 2002 ist ab 1. 10. 2001 für den Neuzugang geöffnet. Der Rechnungszins beträgt 3,25 %.

zu D. I.

Der gewinnberechtigte Beitrag der Tarifgruppen 94, 2000 und 2002 entspricht dem tariflichen Brutto-Beitrag ohne Berücksichtigung von medizinischen Zuschlägen.

zu D. II. und D. IV.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000 und 2002 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

zu E.

Das gewinnberechtigte Deckungskapital der Tarifgruppen 94, 2000 und 2002 entspricht dem Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Hannover, den 24. Februar 2003

Der Vorstand

Dr. Pohlhausen

Schnabel

Tewes

Vorholt

Versicherungsarten

Einzelversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Vermögensbildungsversicherung

Risikolebensversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Versicherungen nach
Altersvermögensgesetz

Kollektivversicherung

Kapitalbildende Lebensversicherung

Bausparrisikoversicherung

Restschuldversicherung

Renten- und Pensionsversicherung

Zusatzversicherung

Unfallzusatzversicherung

Berufsunfähigkeits(Invaliditäts)-
Zusatzversicherung

Risikozusatzversicherung

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV sowie den ergänzenden Regelungen in der Satzung der Gesellschaft liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341k in Verbindung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie ergänzender Verlautbarungen der BaFin vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 3. März 2003

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hölzl
Wirtschaftsprüfer

ppa. Warnecke
Wirtschaftsprüfer

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben auf Grund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen drei Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Provinzial Lebensversicherung Hannover unterrichtet worden. Ferner befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2003, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan 2003 und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Der Aufsichtsrat wurde ferner über den Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse der Verbundunternehmen informiert. Über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens wurde quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet.

Im Rahmen der turnusgemäßen Berichterstattung nach KonTraG wurden die Bereiche Kapitalanlagen und Rückversicherung detailliert behandelt.

Der Aufsichtsrat hat einen Hauptausschuss und einen Ausschuss für Vertriebsfragen gebildet. Der Hauptausschuss tagte im Geschäftsjahr dreimal. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die Kapitalanlagetätigkeiten und die Situation auf den Finanzmärkten. In diesem Zusammenhang hat der Aufsichtsrat einen Arbeitskreis einberufen, der unter Einbeziehung externer Berater und der Wirtschaftsprüfer die Auswirkungen des Verfalls der Kapitalmärkte auf die Provinzial untersucht, die Risikotragfähigkeit des Portefeuilles der Provinzial bewertet und dem Aufsichtsrat über die Ergebnisse der Arbeiten berichtet hat. Der Ausschuss für Vertriebsfragen befasste sich in seiner Sitzung insbesondere mit der Kundenbindung bei der VGH sowie den Vertriebschwerpunkten in der VGH Produktpalette.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag nach § 111 Abs. 2 AktG an die PwC Deutsche Revision Aktien-

gesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Provinzial Lebensversicherung Hannover hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Darüber hinaus nahm der Abschlussprüfer in seinem Bericht zu dem bestehenden Überwachungs- und Risikokontrollsystem des Vorstands nach § 91 Abs. 2 AktG Stellung.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor.

Der bisherige Vorstandsvorsitzende Herr Dr. Günter Schmidt und das Vorstandsmitglied Herr Dieter Feldkamp sind am 30. Juni 2002 in den Ruhestand getreten. Der Aufsichtsrat dankt ihnen für ihre langjährige erfolgreiche Arbeit. Mit Wirkung zum 1. Juli 2002 wurde Herr Dr. Robert Pohlhausen zum Vorstandsvorsitzenden und Herr Bernd Schnabel zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt. Die Herren Rainer Tewes und Thomas Vorholt wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der VGH für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, 25. März 2003

v. Lenthe
Vorsitzender

Provinzial Lebensversicherung Hannover,
gegründet im Jahre 1918 durch Beschluss des
Hannoverschen Provinzial-Landtages.

Jahr	Bruttobeitrag	Nettobeitrag	Versicherungs- technische Nettorück- stellungen	Trägerkapital und offene Rücklagen	Lebensver- sicherungs- bestand
	TRM	TRM	TRM	TRM	TRM
1925	1 513	363	104	–	28 701
1938	11 670	9 730	44 264	–	207 574
1945	12 863	12 836	104 232	–	294 275
1947	12 443	9 340	121 016	–	279 310
	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
1949	11 160	7 583	34 290	1 856	152 275
1950	11 246	7 949	40 127	1 298	152 275
1955	23 992	21 331	89 206	1 338	216 991
1960	45 172	40 369	166 528	4 800	378 524
1965	79 429	73 986	262 458*	12 500	753 963
1970	141 871	131 583	423 957	24 700	1 340 381
1975	282 112	263 607	823 268	49 000	2 687 508
1980	527 346	482 772	1 568 911	95 000	5 741 932
1985**	356 803	315 131	2 413 961	17 400	9 914 373
1986	434 408	387 150	2 734 689	19 000	11 336 870
1987	643 264	587 770	3 081 059	20 600	13 052 833
1988	583 046	518 953	3 527 030	21 450	14 749 984
1989	597 794	532 647	3 991 391	51 450	16 496 564
1990	644 460	581 952	4 378 988	51 450	18 552 433
1991	711 829	622 733	4 808 208	51 450	21 009 150
1992	770 590	693 641	5 319 225	51 450	23 184 179
1993	861 607	790 187	5 899 308	51 450	25 626 457
1994	986 782	910 633	6 507 309	51 450	28 278 208
1995	1 027 910	952 105	6 777 143	141 450	30 226 087
1996	1 099 681	1 010 148	7 392 052	141 450	32 179 602
1997	1 149 576	1 065 043	8 079 542	141 450	33 991 965
1998	1 216 996	1 141 426	8 788 861*	141 450	35 703 496
1999	1 365 362	1 281 585	9 566 515	141 450	40 044 886
2000	1 427 541	1 390 395	10 731 639	141 450	40 909 627
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2001	762 197	723 563	5 666 250	171 000	23 141 197
2002	723 092	684 952	5 722 179	171 000	23 774 910

* Übergang von Brutto- auf Nettoausweis in der Schaden- und Unfallversicherung.
** bis 1984 einschließlich HUK-Versicherungen.

Die Gruppe öffentlicher Versicherer

Niedersachsen, Bremen

Landschaftliche Brandkasse Hannover,
Hannover

Provinzial Lebensversicherung
Hannover, Hannover

Provinzial Krankenversicherung
Hannover AG, Hannover

Öffentliche Versicherung Bremen,
Bremen

Oldenburgische Landesbrandkasse,
Oldenburg

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Oldenburg, Oldenburg

Ostfriesische Landschaftliche
Brandkasse, Aurich

Öffentliche Sachversicherung
Braunschweig, Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung
Braunschweig, Braunschweig

Sachsen-Anhalt

Öffentliche Feuerversicherung
Sachsen-Anhalt – ÖSA, Magdeburg

Öffentliche Lebensversicherung
Sachsen-Anhalt – ÖSA, Magdeburg

Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg

Provinzial Nord Holding AG, Kiel

Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel

Provinzial Nord Lebensversicherung AG,
Kiel

Hamburger Feuerkasse
Versicherungs-AG, Hamburg

Berlin, Brandenburg

Feuersozietät Berlin Brandenburg,
Berlin/Potsdam

Öffentliche Lebensversicherung
Berlin Brandenburg,
Berlin/Potsdam

Hessen, Thüringen

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Versicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

Nordrhein-Westfalen

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG,
Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung
AG, Düsseldorf

 direkt Versicherung AG, Düsseldorf

Lippische Landes-Brandversicherungs-
anstalt, Detmold

Provinzial Holding Westfalen, Münster

Westfälische Provinzial Versicherung
AG, Münster

Westfälische Provinzial Lebensversiche-
rung AG, Münster

Rheinland-Pfalz

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Feuerversicherungsanstalt
der Rheinprovinz – Versicherung der
Sparkassen, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG,
Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung
AG, Düsseldorf

 direkt Versicherung AG, Düsseldorf

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Versicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

SV Sparkassenversicherung
Öffentliche Lebensversicherungsanstalt
Hessen – Nassau – Thüringen,
Wiesbaden, Erfurt, Kassel

Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen
Rechts, München

Bayerische Beamtenkrankenkasse
Aktiengesellschaft, München

Bayerische Landesbrandversicherung
Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband
Versicherungsaktiengesellschaft,
München

Bayern-Versicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
München

Saarland

SAARLAND Feuerversicherung AG,
Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG,
Saarbrücken

Baden-Württemberg

SV Sparkassen-Versicherung
Baden-Württemberg Holding AG,
Stuttgart

SV Sparkassenversicherung
Gebäudeversicherung
Baden-Württemberg AG, Stuttgart

SV Sparkassen-Versicherung
Lebensversicherung
Baden-Württemberg AG, Mannheim

Badische Allgemeine Versicherung AG,
Karlsruhe

Badischer Gemeinde-Versicherungs-
Verband, Karlsruhe

Badische Rechtsschutzversicherung AG,
Karlsruhe

Sachsen

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG, Dresden

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Lebensversicherung AG, Dresden

Bayern

Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des öffentlichen
Rechts, München

Bayerische Beamtenkrankenkasse
Aktiengesellschaft, München

Bayerische Landesbrandversicherung
Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband
Versicherungsaktiengesellschaft,
München

Versicherungskammer Bayern
Konzern-Rückversicherung AG,
München

Bayern-Versicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
München

(Stand: 1.1.2003)

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen
Schiffgraben 4
30159 Hannover

Tel.: 05 11/36 20
Fax: 05 11/362-29 60
E-Mail: service@vgh.de
Internet: <http://www.vgh.de>

Magazin:

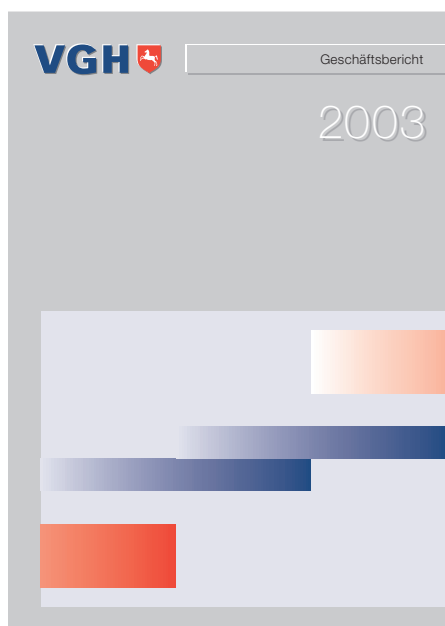
Fotos: VGH Versicherungen
Texte, Redaktion und Layout:
team P GmbH, Hannover

Druck:

Hahn-Druckerei, Hannover



Fortsetzung folgt ...





Versicherungen

 Finanzgruppe